



MONATLICHER PRESSESPIEGEL

FEBRUAR 2021

Inhalt:

- Staat und Politik
- Wirtschaft
- Finanzen
- Transport und Logistik
- Wissenschaft, Bildung und Kultur
- Tourismus und Gastronomie
- Verschiedenes
- Zahlen und Fakten

Folgen Sie uns auf [Twitter](#) und [Facebook](#)

Botschaft von Luxemburg
Presseabteilung
Klingelhöferstraße 7
D-10785 Berlin

Tel. +49 30 263 957 0
Fax +49 30 263 957 27

berlin.amb@mae.etat.lu
berlin.mae.lu





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

STAAT UND POLITIK

Gebranntes Kind

EDITORIAL Deutschland, Luxemburg – und die Grenze

Tobias Senzig
tsenzig@tageblatt.lu

Ein unangenehmes Thema schleicht sich langsam wieder auf die Agenda. Spätestens nachdem Deutschland seine Grenzen zu Tschechien und dem österreichischen Bundesland Tirol geschlossen hat, wurden in Luxemburg dunkle Erinnerungen wach. Im März hatte Deutschland in einer Art Nacht-und-Nebel-Aktion Kontrollstellen an der Grenze zu Luxemburg aufgestellt. Das war mit Blick auf Europa und die Schengener Verträge problematisch genug. Für die immer weiter zusammenwachsende Großregion war es eine symbolpolitische Katastrophe. Und zu allem Überfluss hatte die deutsche Regierung es offenbar auch versäumt, die Luxemburger Nachbarn vorher über den Schritt zu informieren.

Das hinderte sie aber nicht daran, im Juli den zweiten Akt des Dramas aufs Parkett zu bringen: Weil Luxemburg die Sieben-Tage-Inzidenz von 50 überschritten hatte, wurde es zum „Risikogebiet“ erklärt. Beim Grenzübertritt gab es wochenlang Unklarheiten und Probleme. Ob diese Maßnahmen tatsächlich etwas gegen die weitere Verbreitung der Pandemie ausgerichtet haben, ist nicht klar.

Jetzt, im Februar 2021, klopft das Schreckgespenst der Grenzkontrollen erneut an die Tür. Diesmal sind für das Robert-Koch-Institut (RKI) vor allem Gebiete mit „besonders hohem Infektionsrisiko durch verbreitetes Auftreten bestimmter SARS-CoV-2-Varianten“ gefährlich. Insgesamt hat das RKI – Stand Montag – 15 Länder als „Virusvarianten-Gebiete“ identifiziert.

Die französische Region Grand Est gehört noch nicht dazu. Dass auch dort derzeit die Mutanten wüten, haben aber auch die deutschen Grenzschießer mitbekommen. Am Montag war der Grand Est sogar Thema auf der Bundespressekonferenz. Schön: Die deutsche Regierung redet offenbar mit „den Freunden auf der französischen Seite“, wie das mit der Grenze gemanagt werden soll, sagt Regierungssprecher Steffen Seibert. „Deutschland und Frankreich werden sehr zeitnah Beratungen aufnehmen.“

Und Luxemburg? Auch hier sind die neuen Varianten festgestellt worden. Ob ihr Anteil größer oder kleiner als in Deutschland ist, ist derzeit noch unklar. Immerhin: Auf offiziellen Kanälen führt Deutschland offenbar noch keine „Grenzberatungen“ mit Luxemburg, das ließ sich die Berliner Regierungssprecher-Riege am Montag auch durch direkte Journalistenfrage nicht entlocken.

Aber ein gebranntes Kind scheut das Feuer – und spätestens seit März scheint die Luxemburger Regierung, was die Funkstille angeht, ein bisschen das Vertrauen in die deutschen Kollegen verloren zu haben. Außenminister Jean Asselborn warnte am Sonntag erneut vor Grenzschließungen: „Wir müssen alles dafür tun, dass die Pendler ohne Einschränkungen zu ihren Arbeitsplätzen kommen“, sagte er. Die sind für Luxemburg nach wie vor lebenswichtig. „60 Prozent der Beschäftigten in unseren Krankenhäusern, Altenheimen und Pflegeeinrichtungen sind Grenzgänger“, sagte Asselborn. „Wenn diese Pendler nicht mehr einreisen können, dann bricht das Gesundheitssystem in Luxemburg zusammen.“

Die Bundesregierung hat in der Großregion einiges wiedergutzumachen. Sollte Deutschland in Luxemburg tatsächlich irgendwann ein „Virusvarianten-Gebiet“ sehen, darf eines nicht wieder passieren: eine unilaterale und plötzliche Entscheidung aus Berlin, die für Chaos an der Grenze sorgt. Die Luxemburger Behörden müssen in den Entscheidungsprozess und das Management der Übergänge eingebunden werden – und zwar genau so, wie das für die französischen jetzt angekündigt ist.

Die Begründung der deutschen Polizei für die Kontrollen, die sie seit dem Wochenende wieder am berühmten Autobahnparkplatz Markusberg an der Trier-Autobahn macht, kann einen daran aber schon wieder ein wenig zweifeln lassen: Die Bundespolizei führt dort nämlich eine „Maßnahme zur Eindämmung der illegalen Einreise“ durch – so hatten sich die Beamten anfangs auch bei den Kontrollen im März ausgedrückt.

Ein Jahr Corona-Pandemie

„Arbeit wie im Zeitraffer“

Gab es verpasste Momente bei der Bekämpfung der Pandemie? Hätte man besser bilateral mit den Impfstoffherstellern verhandelt? Werden Grenzschließungen auf uns zukommen? Wird es eine Impfpflicht geben? Wir stellen Gesundheitsministerin Paulette Lenert unter anderem diese Fragen.

*Interview: Martina Folscheid
Fotos: Gerry Huberty*

Frau Ministerin, am 1. März 2020 gab es in Luxemburg die erste bestätigte Corona-Infektion. Welches Fazit ziehen Sie ein Jahr später?

Es ist unglaublich, wie viel in ein Jahr hineinpasst. An Erkenntnissen, an Arbeit, an Erfahrungen. Es war ein Jahr, in dem man Dinge erlebt hat, die man in einer viel längeren zeitlichen Periode normalerweise nicht zusammenbekommt. Eine Arbeit wie im Zeitraffer sozusagen.

Wenn Sie einen Wunsch frei hätten: Was hätten Sie im Nachhinein anders gemacht bei der Bekämpfung der Pandemie?

Das weiß ich nicht. Um auf diese Frage zu antworten, benötige ich mehr Abstand. Meiner Meinung nach kann man etwas erst analysieren, wenn man Distanz dazu hat, wenn es hinter einem liegt. Dann sieht man es klar. Im Moment ist es das Handeln, das alles bestimmt. Ich glaube, irgendeinen Moment, wo man sagen würde, in dem haben wir was verpasst, den gab es in Luxemburg nicht. Wir haben es irgendwie hingekriegt, mehr oder weniger gut, aber so einen richtig verpassten Moment hatten wir keinen.

Geht das Impfen in Luxemburg denn schnell genug voran?

Ja, Luxemburg sitzt mit all seinen europäischen Partnern in demselben Boot. Ich habe nicht das Gefühl, dass wir schlechter wegkommen wie die anderen Länder. Wir haben mit denselben Problemen und Herausforderungen

zu kämpfen. Wir sind halt von den Impfstofflieferungen abhängig. Aber ich bin zuversichtlich. Wir erhalten ja die Lieferungen, die uns proportional zur Bevölkerungszahl zugesprochen wurden. Ich finde es beruhigend für alle europäischen Bürger, dass es einen Schlüssel gibt, der objektiv die Zuteilung regelt. Luxemburg hat keine drastische Verzögerung zu anderen Ländern zu beklagen.

Werden Sie an der Option festhalten, jedem die zweite Impfdosis zu reservieren, auch wenn die Situation sich durch die Mutationen verschlechtern sollte?

Ja, das werden wir. Es sei denn, wir kämen so sehr in Bedrängnis, dass die Wissenschaftler uns von der Risikobewertung her raten würden, vorerst nur jeweils eine Dosis zu verabreichen. Aber ich bin der Meinung, wenn man der Bevölkerung sagt, dass jeder eine zweite Dosis erhält, dann hat auch jeder ein Recht darauf. Die ersten Länder, die das anders gehandhabt haben, stehen jetzt schon vor dem Problem, sagen zu müssen: Sorry, die zweite Dosis bekommt ihr jetzt erst mal nicht. Das finde ich unfair und nicht korrekt. Man hat schließlich eine Verpflichtung gegenüber den Menschen, sie haben sich unter der Maßgabe impfen gelassen, dass sie zwei Dosen erhalten. Dann ist es auch unsere Aufgabe, dies sicherzustellen.

Halten Sie das System mit Einladungen und Terminvergabe für flexibel genug?

Auf diese Weise wissen wir natürlich nicht genau im Voraus, wie viele Menschen sich einen Termin holen. Dies ist möglicherweise weniger effizient, als jedem einfach einen Termin und eine Uhrzeit zuzuteilen, aber ich denke, das wird sich einpendeln. Unsere Logistikkette funktioniert jedenfalls nach Plan. Insofern bin ich nicht unzufrieden, im Gegenteil. Im Moment verschicken wir die Einladungen, sobald wir eine schriftliche Bestätigung von der Lieferung des Impfstoffs haben. Das hat bis jetzt immer geklappt. Wenn wir Dosen übrig haben, gehen diese an die Altenheime. Es läuft alles nach Plan. **Hatten Sie schon mal den Gedanken, dass es besser gewesen wäre, sich vom europäischen Solidargedanken zu verabschieden und bilaterale Verträge mit den Impfstoffherstellern abzuschließen?**

Nein, so habe ich nie gedacht. Erstens von der Expertise her, wir haben keine Arzneimittelagentur hierzulande. Und ich bin ganz froh, dass wir auf die Expertise der Europäischen Arzneimittelagentur EMA zurückgreifen können bei den Zulassungen. Und auch hinsichtlich der Verhandlungen bin ich fest davon überzeugt, dass wir in dem globalen „Run“, den es nun auf die Impfstoffe gibt, sicherlich keine so gute Verhandlungsposition gehabt hätten wie Europa als Ganzes. Luxemburg ist immer ein Befürworter von mehr gemeinsamen Aktionen gewesen, und ich finde es eigentlich schade, dass jetzt so auf die Europäische Kommission eingedroschen wird, weil es zum ersten Mal wirklich funktioniert hat, gemeinsam zu handeln. Und die Mitgliedsländer halten sich auch daran. **Wobei Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sich schon den Vorwurf gefallen lassen musste, sie habe zu langsam agiert...**

Ich weiß es nicht, aber ich denke jedenfalls nicht, dass wir das allein so hinbekommen hätten zu verhandeln. **Im Pflegesektor und auch zum Teil unter den Ärzten existiert eine nicht unerhebliche Impfskepsis. Was wollen Sie dagegen tun? Von diesen Berufsgruppen geht eine hohe Signalwirkung aus...**

Noch ist diese Phase nicht abgeschlossen. Wir haben zum Beispiel auf den Weg gebracht, dass die Pflegekräfte in den Altenheimen sich auch dort vor Ort von den mobilen Teams impfen lassen können, die die Bewohner impfen. Das kommt anscheinend sehr gut an. Die Berufstätigen dort arbeiten in Schichten, viele von ihnen, vor allem Grenz-

gänger, haben lange Anfahrtswege. Ich glaube schon, dass es eine Hürde ist, sich dann auch noch übers Internet einen Termin zu organisieren und nach der Arbeit ein Impfzentrum aufzusuchen. Diese Einschätzung scheint sich zu bestätigen vom ersten Feedback her.

In anderen Ländern wurde bereits hitzig über das Thema Impfpflicht diskutiert. Käme diese für Sie in Frage?

Nein. Das wäre das falsche Signal. Die Menschen sollen sich aus Überzeugung impfen lassen. Die Gesellschaft ist ohnehin schon polarisiert, und darum wäre dies in meinen Augen genau der falsche Weg. Am wichtigsten ist es, dass die vulnerablen Personen sich impfen lassen wollen, und das ist derzeit der Fall. In den Altenheimen liegt die Bereitschaft bei 86 Prozent, und das ist beruhigend.

Wie stehen Sie zu den Diskussionen, dass Privatunternehmen wie Reise- oder Konzertveranstalter auf die Idee kommen könnten, einen Impfpass zu verlangen?

Wir werden es von öffentlicher Seite ja nicht fordern, das ist klar. Was Privatunternehmen angeht, dazu möchte ich mich derzeit nicht äußern.

Halten Sie es für möglich, dass nochmal Grenzsicherungen auf uns zukommen?

Die Situation ist momentan in unseren Nachbarländern, zum Beispiel in Deutschland, politisch betrachtet extrem angespannt. Ich hoffe nicht, dass dies nochmal auf uns zukommt. Wir sind sehr bemüht, im Dialog zu bleiben. Doch wir hatten von Anfang an das Problem, dass wir viel testen und nach wie vor mehr Fälle finden als andere Länder. Es ist nun mal eine Tatsache! Je mehr man testet, desto höher ist der Inzidenzwert. Das macht uns Sorgen und wir versuchen immer wieder, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen. Inzwischen ziehen viele Länder nach, die Teststrategien werden überall hochgefahren. Luxemburg ist nach wie vor mit großem Abstand führend. Es ist nicht fair, dafür bestraft zu werden.

Sie schließen Grenzsicherungen also nicht aus?

Ehrlich gesagt kann man nichts ausschließen, wir sind noch lange nicht durch die Krise. Der Druck ist in

allen Ländern präsent. Hierzulande haben wir die Zahlen vorerst ganz gut senken können. Dass in anderen Ländern, in denen die Zahlen wieder steigen, solche Themen wie Grenzsicherungen auf die Agenda kommen, ist ein Fakt.

Was halten Sie von Österreichs Strategie, unter strengen Bedingungen zu lockern? Zum Beispiel Frisörbesuche mit negativem Testergebnis, Tragepflicht von FFP2-Masken im Einzelhandel...

Das ist eine nuancierte Strategie, so wie wir sie ja eigentlich auch haben.

In Luxemburg ist auch vieles geöffnet im Vergleich zu anderen Ländern. Im Kultur- und Sportbereich, quasi überall außer im Hotel- und Gaststättengewerbe, weil die Aktivität des Essens ein ungeschützter Bereich ist. Essen mit Maske geht nun mal nicht. Ansonsten verfolgen wir das Ziel: Normalität ja, aber mit strengen Auflagen. So sieht Luxemburgs Weg aus, eben nicht zu sagen, jeder muss zuhause bleiben. Sondern man darf Dinge in sehr kleinem Kreis tun oder eben auf Distanz. Nehmen wir als Beispiel die Kinos, wo ein Abstand von zwei Metern und Maskenpflicht einzuhalten ist. Diese Strategie trägt zur Beruhigung in der Bevölkerung bei. Zu drastische Maßnahmen wie zum Beispiel eine sehr frühe Ausgangssperre können erdrückend wirken und sollten nur in extremen Situationen zum Einsatz kommen. Was es für einen Stress bedeuten muss, den Job, Einkaufen und Freizeitaktivitäten an der frischen Luft bis 18 Uhr erledigt haben zu müssen... Wenn man zu radikale Maßnahmen verhängt, ist das wie ein Kochtopf ...

... in dem das Wasser brodeln und irgendwann riskiert überzukochen?

Ja, ich will nicht wissen, wie es sich anfühlt, Teenager-Kinder zu haben, die um 18 Uhr zuhause sein müssen! Oder auch das Kulturangebot. Es ist ja hierzulande alles nur im kleinen Rahmen möglich, aber es gibt den Menschen Luft zum Atmen. Gepaart mit strengen Auflagen ist das meiner Ansicht nach der Weg durch die Krise. Es sei denn, alles kommt wieder anders als geplant ...

Warum werden FFP2-Masken in Luxemburg nicht zur Pflicht gemacht?

Die Gesundheitsdirektion hat eine klare

Richtlinie ausgegeben, die das Tragen von FFP2-Masken empfiehlt. Wir tun uns jedoch schwer damit, es zur Pflicht zu machen. Weil es zum Beispiel in einem Krankenhaus nicht zum Standard gehört, dort sind es stattdessen die chirurgischen Masken. Was immer etwas in Vergessenheit gerät in dieser Debatte: Wir befinden uns nicht mehr am Anfang der Krise, wo diese Schutzutensilien weder im Handel noch in der Apotheke erhältlich waren. Das mag nun provokativ klingen, aber ich sage mir: Wenn es draußen kalt ist, ziehe ich Mütze, Schal und Stiefel an. Und dann sage ich auch nicht: Der Staat muss mir meine Stiefel bezahlen. Wir empfehlen sie, man kriegt sie zu kaufen und viele Institutionen bieten sie auch gratis an. Also in der jetzigen Situation mit einem Virus, das sehr präsent ist, mit

Mutationen, möchten wir schon, dass die Bevölkerung versteht, dass es einen Unterschied zwischen einer Stoff-, einer chirurgischen und einer FFP2-Maske gibt. Und daraus soll jeder für sich seine Schlüsse ziehen.

Sie haben im August in einem Télécran-Interview gesagt, die Pandemie habe Sie noch geduldiger gemacht. Stehen Sie immer noch hinter dieser Aussage?

(lacht) Oh, meine Nerven sind definitiv strapaziert. Aber objektiv gesehen bin ich wahrscheinlich noch geduldiger geworden. Natürlich gibt es bei einer nervlichen Belastung Grenzen, bei jedem Menschen. Aber trotzdem, man lernt immer besser damit umzugehen. Entweder zerbricht man daran oder man wird stabiler. Also so schnell haut mich nichts um. Dennoch: Mein Team und ich, wir sind alle nur Menschen und die Pandemie währt nun schon eine lange Zeit. Das nagt schon an einem.

Gibt es für Sie noch Momente am Tag, an denen Sie nicht an Corona denken?

(lacht) Ja. Nachts denke ich nicht daran. Das kriege ich ganz gut hin. Ich schalte eigentlich jeden Tag ab, das ist ein Ritual. Wenn ich das nicht mehr habe, dann kann ich auch nicht mehr funktionieren.

Sie haben also keine schlaflosen Nächte wegen Corona?

Nein, eigentlich nicht. Es gibt den Tag, um über etwas nachzudenken, und ich mache mir auch viele Sorgen. Aber irgendwann muss man sie wegwegen, sonst fressen sie einen auf.

Santé

„Wir möchten schon, dass die Bevölkerung versteht, dass es einen Unterschied zwischen einer Stoff-, einer chirurgischen und einer FFP2-Maske gibt.“

„Ich will nicht wissen, wie es sich anfühlt, Teenager-Kinder zu haben, die um 18 Uhr zuhause sein müssen!“



Das gegenseitige Misstrauen ist wieder da

CORONA Deutschlands Grenzkontrollen und die Lehren von 2020

Andreas Rinke

Die Grenzkontrollen Deutschlands zu Tschechien und dem österreichischen Bundesland Tirol werden ebenfalls von Luxemburg aus mit gesteigertem Interesse beobachtet. Auch hierzulande besteht die Sorge, als sogenanntes Virusvarianten-Gebiet eingestuft zu werden – mit allen negativen Folgen für den Grenzverkehr.

Die Stimmung zwischen Bayern und Österreich war schon besser: Vor allem die Corona-Krise zehrt an den Nerven und Beziehungen auch zwischen der konservativen Partei von Kanzler Sebastian Kurz und der in Bayern regierenden CSU. „Ein zweites Ischgl darf es nicht geben“, warnte Bayerns Ministerpräsident und CSU-Chef Markus Söder schon 2020 immer wieder in Anspielung auf den österreichischen Skiort, von wo sich das Coronavirus über ganz Europa kräftig mit ausbreitete.

Die jüngsten Lockerungen in Österreich – die lange nach den Lockerungen in Luxemburg kamen – nannte CSU-Generalsekretär Markus Blume „eine absolute Zumutung gerade für die Grenzlandkreise in Bayern“, weil diese zum Teil seit Monaten im Lockdown seien. Nun hat Deutschlands Innenminister Horst Seehofer (ebenfalls CSU) Grenzkontrollen zu Tirol und Tschechien eingeführt.

Prompt gibt es den Vorwurf, dass Seehofer über das Ziel hinausschieße. „Unverhältnismäßig“ sei die Maßnahme, heißt es im österreichischen Außenministerium, wo sofort auf das Vorgehen 2020 verwiesen wurde, als die Alpenrepublik im Frühjahr wie Lu-

xemburg vom großen Nachbarn die Grenzen vor der Nase dichtgemacht bekommen hatte. „Wir sind alle dringend aufgefordert, die Fehler vom Frühjahr 2020 nicht zu wiederholen und die ohnehin stark geschwächte Wirtschaft noch weiter massiv zu behindern.“

Nach den Grenzschließungen im Frühjahr schaukelten sich nationale Emotionen gegeneinander hoch. Saarlands Ministerpräsident Tobias Hans (CDU) musste seinen Innenminister bremsen, weil im französisch-saarländischen Grenzgebiet wie in jenem zu Luxemburg, in dem Menschen seit Jahrzehnten ohne fühlbare Grenzen leben, die Stimmung immer schlechter wurde.

Hans betonte denn auch am Montag, dass er zwar nicht ausschließen könne, dass die Ausbreitung hochansteckender Mutationen irgendwann Abschottungen nötig machen könnte – fügte aber hinzu: „Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um Grenzkontrollen wie im Frühjahr zu verhindern.“

Kontrollen laufen – Ausnahmen noch ungeklärt

Gerade weil man die Fehler vom Frühjahr vermeiden wollte, verfiel man Ende 2020 zunächst ins andere Extrem. Obwohl die Infektionszahlen in der zweiten Corona-Welle erkennbar vor allem in Deutschlands Grenzgebieten zu Österreich, der Schweiz und Tschechien am deutlichsten in die Höhe schossen, geschah zunächst in Sachsen und Bayern – nichts. Nun kommen die Grenzkontrollen

alleine mit dem Hinweis auf eine drohende Mutations-Verbreitung just zu einem Zeitpunkt, in der die Infektionszahlen in Deutschland wieder sinken.

Die Anordnung von Grenzkontrollen wirkte nun trotzdem wie ein Schnellschuss. Denn am Wochenende führte die Bundespolizei zwar Kontrollen ein. Nach heftiger Kritik auch der EU-Kommission wird aber nun erst bis Mitte der Woche geklärt, für welche Pendlergruppen es Ausnahmen geben soll. Dabei hatte man bereits 2020 etwa an der bayerisch-tschechischen Grenze die Erfahrung gemacht, wie schnell viele Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen auf deutscher Seite ohne die Mitarbeiter etwa aus Tschechien an ihre Grenzen geraten. In Luxemburg stellt sich das Problem bekanntlich anders herum – hierzulande ist man auf die Pendler in Gesundheitsberufen angewiesen, die in Deutschland leben. Inzwischen wird nun an den Einsatz von Schnelltests gedacht, die etwa für Pendler oder auch Fernfahrer – anders als 2020 – einsetzbar wären.

So oder so, das gegenseitige Misstrauen ist wieder da. Der deutsche Botschafter in Wien wurde zum klärenden Gespräch gebeten. Allerdings zeigt gerade das Beispiel Österreich, dass die Lage viel komplizierter ist als es zunächst erscheint. Denn auch die Regierung in Wien hat Schutzmaßnahmen gegen das eigene Bundesland Tirol erlassen – weil man nicht einmal im eigenen Land eine einheitliche Einschätzung über die Gefahren der Mutationen hat.

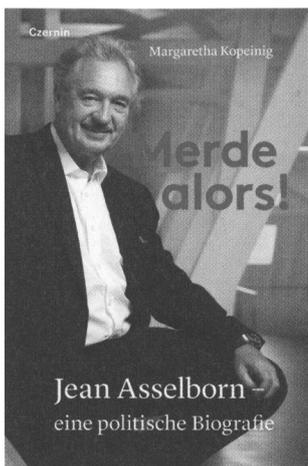
(dpa)

Buchkritik

Frisch gedruckt

Merde alors!

von Margaretha Kopeinig, Wien, Czernin Verlag, 2020, 224 S., € 25,-.



Was bewegt eine österreichische Journalistin, Biografien über Luxemburger Politiker zu verfassen? Auf dem Cover von Margaretha Kopeinigs Erstlingswerk von 2004 doziert ein noch halbjugendlich anmutender Jean-Claude Juncker über Europa, Gott und die Welt. Zehn Jahre später, nach dem Wechsel des Langzeitpremiers zur EU-Kommission nach Brüssel, erschien *Jean-Claude Juncker. Der Europäer* in aktualisierter Neuauflage mit anderem Buchdeckel.

Erstaunlicherweise ist es die bis dato einzige Biografie über den berühmtesten Sohn des Landes.

Unter dem expliziten Titel *Merde alors!* porträtiert Margaretha Kopeinig jetzt Luxemburgs Nationalheld Nummer 2, den dienstältesten EU-Außenminister Jean Asselborn. Dessen politisches Etikett passt zur Paradedisziplin der promovierten Soziologin und Politikwissenschaftlerin, die sich auf prominente Sozialdemokraten spezialisiert hat. Dazu gehören die Ikonen Bruno Kreisky, Martin Schulz und der burgenländische Landeshauptmann Hans Peter Doskozil – paradoxerweise ein Law-and-Order-Mann mit Faible für geschlossene Grenzen – sowie Ex-Bundeskanzler Werner Faymann, Sigmar Gabriel und Federica Mogherini. Juncker ist demnach der einzige Nicht-Sozi – wobei sich auch darüber trefflich streiten ließe – auf Kopeinigs Veröffentlichungsliste.

Doch zurück zur Beantwortung unserer Ausgangsfrage. Wer in die Juncker- und Asselborn-Porträts eintaucht, merkt schnell, welche Qualitäten die Autorin den beiden Luxemburgern zuschreibt. Dass das Publikum im deutschsprachigen Kulturkreis den Dreiklang „kleines Land, großes Herz, große Klappe“ goutiert, wird nicht zuletzt daran ersichtlich, dass beide es dort zum Medienliebling in Funk und Fernsehen gebracht haben.

Margaretha Kopeinig, die zu den profiliertesten Journalistinnen Österreichs zählt, ist mit ihren Sujets vertraut. Lange Jahre war die vormalige Redakteurin des SPÖ-Zentralorgans *Arbeiter-Zeitung* für die Tageszeitung *Kurier* als Ressortleiterin für Europa-politik bzw. EU-Korrespondentin in Brüssel tätig. Von Jean

Asselborn, nicht weniger Naturtalent in Sachen PR als Juncker, weiß man, dass er einen völlig unbefangenen, geradezu filterlosen Umgang mit der Presse pflegt. Kopeinig malt ihn als charismatischen Vorzeige-Europäer und kompromisslosen Humanisten, der für die europäische Gemeinschaftsidee, Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kämpft.

Für luxemburgische Leser, die ihren *Jang* in- und auswendig kennen, bringt *Merde alors!* nicht unbedingt neue Erkenntnisgewinne. Wer die Europa-Berichterstattung in den Tageszeitungen verfolgt – wer von uns Karlspreisträgern tut das nicht? – und überdies zum großen Facebook-Freundeskreis des Außenministers gehört, dürfte über den Lokal- und den Weltpolitiker, den öffentlichen und den privaten Jean Asselborn hinlänglich gut im Bilde sein. Entsprechend wurde das im Wiener Czernin Verlag erschienene Werk nicht vorrangig für die Untertanen des Großherzogs geschrieben, sondern für Alpenrepublikler und Bundesdeutsche. Die Botschaft der Autorin an ihre Landsleute ließe sich in etwa so resümieren: Schaut's her, Ihr lieben Leut', die Ihr für das Virus des Rechtspopulismus empfänglich seid und darum den gefühlskalten Sebastian Kurz mit seiner unsäglichen *Message Control* oder die gruseligen Kretins von der FPÖ wählt. In den einst zu uns gehörenden Österreichischen Niederlanden gibt es ein kleines Volk, das sich uns so verbunden fühlt, dass in dessen Hauptstadt gar Prachtstraßen nach Erzherzogin Maria Theresia und Kaiser Joseph II. benannt sind und dessen populärster Politiker heuer ein radsportbegeisterter 71-jähriger sozialdemokratischer Außenminister ist, der Europa hochleben lässt, sich für Flüchtlinge und Migranten einsetzt, keine Angst vor einer dritten Osmanenbelagerung hat und den König von Ungarn einen Faschisten nennt, weshalb er ihn am liebsten per Fußtritt aus dem Reich katapultieren würde.

Das aus hiesiger Perspektive vielleicht interessanteste Kapitel im Buch schildert detailliert den Ablauf des EU-Afrika-Treffens am 14. September 2018 in Wien mit dem mittlerweile legendären asselborn'schen *Merde-alsors*-Wutausbruch nach der suprematistischen Intervention des langobardischen Kraftmeiers Matteo Salvini. Der Eklat inspirierte die österreichischen Autoren Doron Rabinovici und Florian Klenk zum Theaterstück *Alles kann passieren!*, in dem vier Burgschauspielerinnen die Hassrhetorik bekannter europäischer Rechtspopulisten entlarven.

Wie gesagt erhebt Kopeinigs Buch nicht den Anspruch einer ultimativen Asselborn-Biografie mit spannenden, bislang unveröffentlichten Geschichten aus den Dunkelkammern der großen Politik. Eine solche dürfte frühestens 2045 in die Buchläden kommen, dann nämlich, wenn der frischgebackene Ruheständler Jean Asselborn den 40-Jahre-Rekord des saudischen Prinzen Saud ibn Faisal gebrochen haben wird: den des am längsten amtierenden Außenministers der Welt.

lop

„Unsere Liebe wird stärker“

Anlässlich ihres 40. Hochzeitstages am 14. Februar berichten Großherzog Henri und Großherzogin Maria Teresa im Exklusiv-Interview unter anderem darüber, was sie am anderen jeweils am meisten schätzen.

Interview: Martina Folscheid, Manon Kramp

Monseigneur, Madame, welchen Moment, welches Bild haben Sie vor Augen, wenn Sie an den Tag Ihrer Hochzeit vor 40 Jahren zurückdenken?

Großherzog Henri: Für mich war es ganz sicher der Moment, in dem meine zukünftige Ehefrau in ihrem wunderbaren Brautkleid, am Arm ihres Vaters, durch das Mittelschiff der Kathedrale auf mich zukam.

In meinen Augen war es die Erfüllung eines Traumes, der Höhepunkt einer romantischen Begegnung fünf Jahre zuvor.

Großherzogin Maria Teresa: Ich erinnere mich vor allem an den tiefblauen Himmel und dieses intensive Glücksgefühl, das mich den ganzen Tag begleitet hat. Die Freude hat mich getragen. Einerseits habe ich meine große Liebe geheiratet, andererseits erinnere ich mich aber auch an einen ganz besonderen Augenblick auf dem Balkon, als ich mich bei der Bevölkerung, die sich vor dem Palast versammelt hatte, mit einer Kusshand für ihren warmherzigen Empfang bedanken wollte. In diesem Augenblick passierte zwischen diesen Menschen und mir etwas Besonderes, es entstand eine außergewöhnliche Verbindung. Jedenfalls habe ich das so empfunden.

An diesem Tag habe ich, wie gesagt, die Liebe meines Lebens geheiratet, und zugleich ein Land gefunden, das meine Heimat werden sollte. Nachdem ich als Kind mein Land verlassen und im Exil leben musste, wollte ich so sehr Teil des Landes sein, das mich mit offenen Armen aufgenommen hatte. Ich möchte sagen, dass ich an dem Tag meinen Mann und mein Land geheiratet habe, was der Beginn einer großen Liebesgeschichte war, mit seinen Höhen und Tiefen, seinen

Missverständnissen, seinen Freuden und Leiden.

Erinnern Sie sich auch noch an Ihr erstes Date?

Großherzog Henri: Wir sind uns zum ersten Mal im Oktober 1975 begegnet, als wir unser Politikwissenschaftsstudium an der Universität von Genf begonnen haben.

Unsere Eltern hatten gemeinsame Freunde, die uns einander vorgestellt haben.

Ich fand sie sofort sehr hübsch und war begeistert von ihrer Intelligenz, ihrem Humor und ihrer Lebenslust. Im März 1976 sind wir dann das erste Mal zusammen ausgegangen.

Großherzogin Maria Teresa: Natürlich erinnere ich mich daran! Ich wusste, dass dieser außergewöhnliche junge Mann sein Studium im selben Jahr beginnen würde wie ich. Übrigens hatten meine spanischen Freunde, die uns einander vorgestellt hatten, mich gefragt, ob ich ihn am Anfang seines Studiums begleiten könnte. Ich habe mir gesagt, das Letzte, was ich tun sollte, wäre es, mich in einen Mann in seiner Position zu verlieben. Aber dann! Ich habe ihn gesehen und sofort etwas gespürt und ich wusste: Es war um mich geschehen!

Zu einer guten Partnerschaft gehört nicht nur Liebe, auch wenn sie die Basis ist. Welche Zutaten gehören Ihrer Meinung nach noch unabdingbar dazu?

Großherzog Henri: Neben der Liebe braucht man vor allem auch Respekt und Einfühlungsvermögen, man muss bereit sein, sich zu opfern und auf Dinge zu verzichten, die dem anderen weniger zusagen.

Man sollte auch gemeinsame Werte vertreten, aber ich glaube, es ist unglaublich wichtig, verzeihen zu können.

Großherzogin Maria Teresa: Ich glaube, dass, wenn die Liebe die unumstrittene Basis ist, der Dialog und die Kommunikation die wesentlichen Elemente sind, um Missverständnissen aus dem Weg zu gehen, bevor diese sich in Verständnislosigkeit verwandeln. An seine Partnerschaft zu glauben, zu vertrauen und sich gegenseitig eine Chance zu geben, scheinen mir unumgänglich. Die Gesten und kleinen Aufmerksamkeiten sind auch sehr wichtig: Liebe in Taten und nicht nur in Worten.

Hatten Sie beide sich bei der Hochzeit ein gemeinsames Lebensmotto vorgenommen, nach dem Sie Ihre Ehe führen wollten?

Großherzog Henri: Ja, natürlich. Wir wollten unserem Land dienen, mit der ganzen Kraft unserer Idealvorstellung.

Großherzogin Maria Teresa: Wir waren voller Begeisterung, unserem Land nach unseren Idealvorstellungen dienen zu können. Dies nahm einen sehr wichtigen Platz in unserer Beziehung ein. Aber auch, und vor allem, war die Gründung einer Familie wesentlich für uns. Wir konnten uns diesen Herzenswunsch erfüllen, den wir heute noch voller Freude und mit großem Stolz tragen, besonders, wenn wir unsere fünf wundervollen Kinder sehen.

Was ist Ihre größte Stärke als Paar?

Großherzog Henri: Ohne zu zögern kann ich sagen, dass das unser enges Miteinander ist. Ja, es ist eine Verbundenheit im privaten wie auch im offiziellen Leben. Man kann sich den hohen Arbeitsaufwand, den die Organisation der Familie, die Aufgaben als Hausherrin und die Arbeit im sozialen und humanitären Bereich – sowohl national als auch international – mit sich bringen, nicht vorstellen. Ohne meine Frau an meiner Seite hätte ich meine Rolle niemals so gut erfüllen können.

Großherzogin Maria Teresa: Unsere Stärke ist ohne Zweifel die Liebe, die wir füreinander empfinden, die Liebe, die uns übersteigt und uns sogar durch Stürme trägt.

Monarchies / Palais grand-ducal

Trotz dieser Jahre sind wir noch immer sehr verbunden, und unsere Liebe wird stärker durch die Prüfungen und schwieriger Momente. Wir beide ertragen es nicht, wenn die geliebte Person leidet oder traurig ist. Wir sind tatsächlich noch enger verbunden und stärker, wenn wir auf Gegenwind treffen. Ich denke, es kommt auch dadurch, dass wir in all den Jahren gemeinsam gewachsen sind und immer versuchen, uns gegenseitig zu unterstützen und zu ermutigen.

Und was schätzen Sie jeweils am anderen am meisten?

Großherzog Henri: Nach 40 Ehejahren sind es noch immer ihre Lebensfreude, ihr Humor, ihre Intelligenz und ihre Energie, die mich begeistern.

Großherzogin Maria Teresa: Nach 40 Ehejahren sind es seine Gutherzigkeit, seine Weisheit, seine ruhige Kraft und die Großherzigkeit, die mich faszinieren.

Gibt es Gemeinsamkeiten wie zum Beispiel Hobbys, Musik, Filme, die Ihnen heute noch genauso viel Freude bereiten wie vor 40 Jahren?

Großherzog Henri: Unsere Geschmäcker waren stets verschieden, aber sie sind trotzdem sehr ergänzend.

Großherzogin Maria Teresa: Wir lieben es, Filme zu sehen und gemeinsam ins Theater zu gehen. Aber tatsächlich sind unsere Geschmäcker sehr unterschiedlich, was eigentlich sehr bereichernd ist!

Sie wussten von Anfang an, dass Ihr gemeinsames Leben zu einem guten Teil in der Öffentlichkeit stattfinden würde. Wie wichtig ist Ihnen die private „Quality time“? Gibt es feste „Zeitinseln“, die nur Ihnen gehören?

Großherzog Henri: Private Momente in unserem Leben gibt es eher selten, deswegen ist es umso wichtiger, dass wir diese wenigen zu zweit genießen können, es sind besondere Momente. Die Zeit, die wir mit unseren Kindern und Enkelkindern verbringen, ist uns ebenfalls sehr wertvoll.

Großherzogin Maria Teresa: Ja, die besonderen Momente sind die, in denen wir zu zweit etwas unternehmen können: Spaziergänge, das Entdecken neuer Orte, neuer Gegenden oder auch ganz einfache Dinge, wie eine Tasse Kaffee auf einer Terrasse trinken... Wir schätzen jeden Moment, den wir mit

unseren Kindern, unseren Schwiegertöchtern und Enkelkindern verbringen können. Das sind Augenblicke, die uns sehr glücklich machen. Wenn wir zusammen sind, teilen wir diese Momente der Freude und der Unbekümmertheit.

Im Juni 2020 äußerten Sie in einem „Paris Match“-Interview, Sie würden sich in der Corona-Zeit Mahlzeiten selbst zubereiten. Wer von Ihnen beiden gibt beim Kochen den Ton an?

Großherzog Henri: Ich koche manchmal im Urlaub, oder auch zum Beispiel während der Ausgangssperre. Das entspannt mich einerseits und ermöglicht uns andererseits gemeinsame Zeit als Familie. Die Konkurrenz wird aber immer größer, weil mehrere unserer Kinder sehr gut kochen!

Großherzogin Maria Teresa: Der Chef in der Küche ist definitiv mein Mann! (lacht)

Kochen Sie gerne? Haben Sie ein Lieblingsgericht?

Großherzog Henri: Ich koche besonders gerne Fleisch, Fisch, Nudeln und Gemüsewoks, die auch mein Lieblingsessen sind. Dagegen bin ich kein Freund von süßem Nachtisch!

Wie hat sich das Ehegelübde in Ihren Augen innerhalb der letzten 40 Jahre verändert? Gehen Paare heute leichtfertiger mit der Schließung des Bundes der Ehe um?

Großherzog Henri: Ich glaube, dass wir die Schwierigkeiten, denen Paare heutzutage begegnen, nicht beurteilen können. Sie sind die unvermeidlichen Folgen der Entwicklung von Gesellschaft und Familie, die sich in den letzten zwanzig Jahren sehr verändert haben.

Großherzogin Maria Teresa: Die Zukunft ist für die jungen Menschen verstörender und komplizierter, als sie es für uns war. Daher ist es völlig normal und verständlich, dass sie sich mehr Fragen stellen. Ich persönlich finde, dass die jungen Leute heute viel reifer sind, als wir es im gleichen Alter waren.

Großherzogin Maria Teresa, Sie setzen sich seit jeher gegen die Unterdrückung von Frauen und für die Gleichberechtigung ein. Wie wichtig finden Sie beide Gleichberechtigung in
einer Partnerschaft?

Großherzogin Maria Teresa: Ich lege großen Wert darauf und bin auf diesem Gebiet eine entschiedene Frauenrechtlerin! Mit ganzer Kraft setze ich mich für die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern ein. Wie Sie wissen, liegt mir dieses extrem wichtige Thema, sei es im Hinblick auf Gewalt gegen Frauen oder im Bereich der Bildung, sehr am Herzen.

Auch mein Mann hat die Gleichberechtigung in der Ehe nie in Frage gestellt. Das ist eine der Eigenschaften, die ich an ihm bewundere, auch wenn seine Unterstützung für die Sache der Frauen ihm manchmal ein gewisses Unverständnis eingebracht hat. Dabei geht es doch um die Bekämpfung von Ungerechtigkeit, um das Einfordern gleicher Rechte, nicht mehr und nicht weniger.

Was hat Sie in all den Jahren am meisten zusammengeschweißt?

Großherzog Henri: Ich denke, es ist vor allem eine starke Verbundenheit, die wir sowohl im privaten als auch im offiziellen Leben teilen. Wir arbeiten zusammen und tauschen uns aus, was uns erlaubt hat, eine harmonische Beziehung aufzubauen. Der Dialog ist ein wesentliches Element in einer Partnerschaft, und wenn Schwierigkeiten auftauchen, muss man sie mit Liebe überwinden. Unsere Kinder festigen die Einheit zwischen uns noch stärker.

Großherzogin Maria Teresa: Wir sind ein Paar, das schon immer zusammengearbeitet hat. Das macht die Dinge sicherlich nicht einfacher, aber interessanter. Es hat eine tiefe Verbundenheit zwischen uns geschaffen und uns gelehrt, aufeinander zu hören, zusammen zu wachsen, und uns gemeinsam weiterzuentwickeln.

Die Prüfungen, denen wir in unserem Leben begegneten, haben uns noch stärker und näher zusammengebracht, weil wir, wie ich schon sagte, es nicht ertragen können, den anderen leiden, traurig oder kritisiert zu sehen. Auch der Wunsch, unsere gemeinsamen Werte weiterzugeben und für unsere Enkelkinder zu sorgen, verbindet uns sehr stark.

Welche Botschaft geben Sie Paaren mit auf den Weg, die sich in der heutigen Zeit trauen lassen?

Großherzog Henri: Niemals bei der ersten Schwierigkeit aufgeben. Eine Ehe ist Arbeit, man muss täglich an der Beziehung arbeiten, dann entwickelt die Liebe sich und wächst im Laufe der Zeit.

Großherzogin Maria Teresa: Dass es in der Ehe nichts Starres oder Stillstehendes gibt. In der Tat ist die Ehe ein aufregendes Abenteuer, an dem man jeden Tag arbeiten muss. Wir entwickeln uns gemeinsam, wir verändern uns und es überrascht mich! Vierzig Jahre verheiratet! Ich kann mir kaum vorstellen, dass es schon 40 Jahre sind!

In all diesen Jahren haben wir uns natürlich verändert, aber nicht jeder für sich, sondern gemeinsam. Wir haben uns gemeinsam entwickelt, Seite an Seite. Das ist die große Herausforderung, die ebenso interessant wie motivierend ist!

Eine Bedingung dafür, dass die Beziehung hält und funktioniert, ist die Ehrlichkeit zueinander und gegenüber sich selbst. Gegenseitiger Respekt, daher auch die Wichtigkeit des Dialogs und der Kommunikation, die, zusammen mit der Fähigkeit des Vergebens, für mich die Geheimnisse einer anhaltenden Ehe sind.

Wie werden Sie Ihren Ehrentag feiern?

Großherzog Henri: Wir hoffen, dass wir, sobald die Pandemie vorbei ist, unsere vierzig Ehejahre mit einem großen Fest im Kreise unserer Familie feiern können!

Großherzogin Maria Teresa: Sobald es wieder möglich ist, werden wir ein großes Fest feiern!

Monseigneur, Madame, wir danken Ihnen für dieses Interview.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WIRTSCHAFT

Moody's ist optimistischer als Statec

WACHSTUM 2020 war für Luxemburg weniger schlimm als befürchtet

Christian Muller

Statec und Moody's schauen heute mit deutlich mehr Zuversicht auf die Entwicklung der Luxemburger Wirtschaft als noch im April 2020. Beide haben ihre Schätzungen für das eben abgelaufene Krisenjahr nach einem ersten Schock wieder nach oben geschraubt. Die Ratingagentur Moody's ist dabei optimistischer als das Statec.

Im April letzten Jahres wurde mit dem Schlimmsten gerechnet: Im besten Falle würde die Wirtschaft im Jahresverlauf um sechs Prozent einbrechen, glaubte das Statec damals. Ein historischer Wirtschaftseinbruch von bis zu 12,4 Prozent wurde laut einem pessimistischen Szenario ebenfalls als realistische Möglichkeit eingestuft. Welches Zukunftsmodell das Statec selbst als realistischer erachtet, gab das Institut damals nicht an. Nur, dass man mit dem damaligen Kenntnisstand weder das eine noch das andere Szenario als wahrscheinlicher einstufen könne. Ab Juni setzte Statec dann auf das optimistische Szenario.

Doch so schlimm wie erwartet sollte es nicht kommen. Selbst das optimistische Szenario von April war augenscheinlich noch zu pessimistisch. Zwar liegen derzeit noch keine genauen Zahlen für die Entwicklung der Luxemburger Wirtschaft im Gesamtjahr 2020 vor, doch es ist bereits deutlich, dass das Ergebnis besser sein wird als damals befürchtet. Aktuell schätzt das Statec, dass die Wirtschaft im Jahr 2020 hierzulande um zwischen 3,5 und 4,5 Prozent eingebrochen ist.

Hintergrund der besser als erwarteten Entwicklung war ein Rekord-Wachstum von 9,8 Prozent im dritten Quartal (verglichen mit dem Vorquartal). In den Monaten Juli bis September hat sich die Luxemburger Wirtschaft demnach derart gut entwickelt, dass die Wirtschaftskraft zum Ende des Zeitraums bereits 0,5 Prozent über der des Vorjahreszeitraumes lag. Im Juli lag die Wirtschafts-

leistung (mit minus 7,8 Prozent) noch ganz deutlich unter dem Vorjahr. Die Konjunktur hat in den Monaten Juli-September wortwörtlich geboomt.

Nur milde Auswirkungen durch die Pandemie

Die Ratingagentur Moody's erstellt ihre eigenen Prognosen. Als die Pandemie zu Jahresbeginn mit Wucht zuschlug, hatte sie ihre Prognose für Luxemburg (im April) auf minus 4,5 Anfang herabgesetzt. Doch auch sie hat ihre Erwartungen mittlerweile wieder etwas nach oben geschraubt. Aktuell (Bericht von Januar 2021) rechnen die Analysten nur noch mit einem kleinen Minus von 2,7 Prozent. Das ist optimistischer als die Prognose des Statec.

Insgesamt zählten die Auswirkungen der Pandemie auf die luxemburgische Wirtschaft zu den mildesten in Europa, schreibt Moody's in dem Januar-Bericht. Die Struktur der Wirtschaft habe dem Land geholfen, den Schock besser zu überstehen als andere europäische Länder. Dank einer guten Entwicklung der Aktienmärkte und der Möglichkeit des Homeoffice habe sich der große luxemburgische Finanzsektor relativ gut halten können, so die Ratingagentur. Der Finanzsektor steht hierzulande für ein Viertel der Wirtschaftsleistung und elf Prozent der Beschäftigung. Auch geholfen haben staatliche Unterstützungsmaßnahmen (wie Kurzarbeit) und die großen Vermögenspuffer der luxemburgischen Haushalte, die den Konsum ankurbeln, so Moody's weiter.

Damit, dass das Wachstum das Tempo vom dritten Quartal halten kann, rechnet derweil niemand. Sowohl Statec als auch Moody's rechnen im Gesamtjahr mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung. Man gehe von einer Stagnation im vierten Quartal aus, schreibt Moody's. Hintergrund sei der erneute Anstieg der Neuinfektionen,

der sowohl in Luxemburg als auch bei seinen wichtigsten Handelspartnern zu einer Rückkehr zu restriktiveren Maßnahmen geführt hat. Wie schwerwiegend die Folgen für die Wirtschaft sein werden, sei vor allem von den wichtigsten Exportmärkten abhängig. Für die Eurozone gibt es seit dem gestrigen Dienstag eine erste Schätzung: Es wird mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 6,8 Prozent gerechnet.

Nur ein vorübergehender Einbruch

Insgesamt schaut Moody's in dem Bericht mit viel Lob auf die Situation und die Entwicklung in Luxemburg. „Das Kreditprofil Luxemburgs spiegelt ein außergewöhnlich hohes Wohlstandsniveau, eine dynamische und flexible Wirtschaft und die sehr starke Bilanz des Landes wider“, schreibt die Agentur. Zusammen mit starken Institutionen können so Herausforderungen wie die Abhängigkeit der luxemburgischen Wirtschaft vom Finanzsektor, die Anfälligkeit für die Volatilität der globalen Finanzmärkte sowie der internationale Druck auf das Unternehmenssteuersystem ausgeglichen werden.

Ein Abwärtsdruck auf Luxemburgs AAA-Rating würde entstehen, wenn „wir einen großen, dauerhaften Anstieg der Schuldenlast des Staates beobachten würden“, schreiben die Analysten. Damit rechnen die Analysten allerdings nicht. Luxemburgs Schuldenstand ist im Vergleich zu anderen Ländern niedrig, schreibt Moody's. Zudem „glauben wir, dass die negativen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die Wirtschaft und die luxemburgischen Staatsfinanzen und die Verschuldungszahlen vorübergehend sein werden.“ Man erwarte, dass die Staatsschuldenlast bis 2022 einen Höchststand von 30 Prozent erreicht.

In einer deutlich langfristigeren

Zukunft sieht die Agentur ein potenzielles Risiko für die finanzielle Gesundheit des Landes. Es handelt sich um die demografische Entwicklung. Luxemburg sei laut dem jüngsten Ageing Report das Land mit dem stärksten Anstieg der altersbedingten Kosten innerhalb der EU, warnt Moody's. Nach offiziellen Projektionen werde das Vermögen

des Rentenreservfonds (32 Prozent des BIP Ende 2019) noch bis die frühen 2030er Jahre weiter ansteigen und dann abnehmen. Nach 2040 werden die Reserven unter den gesetzlichen Schwellenwert des 1,5-fachen der jährlichen Rentenausgaben fallen und um 2050 erschöpft sein. Weitere Reformen könnten demnach notwendig sein.

Für das Wachstum im bereits angelaufenen Jahr 2021 ähneln sich die Erwartungen beider Organisationen. Das Statec rechnet mit einem Ergebnis zwischen minus 0,5 und plus vier Prozent. Moody's erwartet ein Plus von 2,5 Prozent, wobei die Risiken für die Prognosen weiterhin nach unten tendieren.

Luxemburger Wort

[DBRS bestätigt AAA-Rating für Luxemburg \(https://wort.lu/de/business/dbrs-bestaetigt-aaa-rating-fuer-luxemburg-60279977de135b92368a4d6c\)](https://wort.lu/de/business/dbrs-bestaetigt-aaa-rating-fuer-luxemburg-60279977de135b92368a4d6c)

[Wirtschaft \(https://wort.lu/de/business\)](https://wort.lu/de/business) 13.02.2021



DBRS bestätigt AAA-Rating für Luxemburg

[Wirtschaft \(https://wort.lu/de/business\)](https://wort.lu/de/business) 13.02.2021

(TJ) - DBRS, eine der führenden Ratingagenturen, hat für Luxemburg die Bestnote „AAA“ bestätigt. Erstmals wurde dabei nicht nur die Finanzpolitik und damit die Kreditwürdigkeit des Landes bewertet, sondern auch ökologische Aspekte mit einbezogen. Luxemburgs Anstrengungen zur Treibhausreduzierung und die rezente [Verabschiedung des Klimagesetzes \[http://www.wort.lu/de/politik/claude-turmes-klimaschutz-rettet-unsere-freiheit-600bdecode135b923646c44f\]](http://www.wort.lu/de/politik/claude-turmes-klimaschutz-rettet-unsere-freiheit-600bdecode135b923646c44f) dürften ihren Teil dazu beigetragen haben.

In sozialer Hinsicht streicht DBRS die **hohe Produktivität**, den **Respekt der Menschenrechte** und eine **gut zugängliche und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung** hervor. Die vorsichtige Finanzpolitik der vergangenen Jahre habe es Luxemburg ermöglicht, während der Corona-Krise Unternehmen und Beschäftigten wirksam unter die Arme zu greifen, so die Agentur weiter. Finanzminister Pierre Gramegna zeigt sich erfreut, dass nicht nur die Finanzpolitik gute Noten bekam.

WERBUNG

Wirtschaft neu denken

Regierung plädiert für mehr Nachhaltigkeit durch Kreislaufwirtschaft

Von Nadia Di Pillo

Das Wirtschaftsministerium weiß, welches Potenzial die Kreislaufwirtschaft birgt und unterstützt daher seit 2014 öffentliche und private Investoren auf ihrem Weg dorthin. „Kreislaufwirtschaft ist ein Wirtschaftsmodell, das wie kein anderes auf Nachhaltigkeit setzt und neue Geschäftsmodelle braucht“, sagt Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) bei der Vorstellung der nationalen Strategie.

In einer Kreislaufwirtschaft werden Produkte und Rohstoffe möglichst lange genutzt, damit ihr Wert erhalten bleibt. Das spart Wasser und andere Ressourcen. Nach ihrer Benutzung werden die Produkte wiederverwertet, und der Kreislauf beginnt von vorn. Die Umstellung auf eine Kreislaufwirtschaft entlastet nicht nur die Umwelt, auch die Wirtschaft kann davon profitieren: durch Innovation, Wachstum und Jobs. „Bei diesem Wirtschaftsmodell spielen die ökologischen Aspekte eine dominante Rolle und daher haben wir 2014 in der Kreislaufwirtschaft ein nationales Standbein in der ökologischen Entwicklung des Landes gesehen“, so Fayot.

2016 wurde die Kreislaufwirtschaft als Horizontalthema in den sogenannten Rifkin-Prozess integriert. Seitdem sind mehrere Projekte und Partnerschaften mit der Wirtschaft entstanden. „Nachdem sich die Gemeinde Wiltz als Hotspot der Kreislaufwirtschaft positioniert hat, haben wir diese Initiative begrüßt und unterstützt“, erläutert Fayot weiter. In den vergangenen Jahren seien auch verschiedene Maßnahmen umgesetzt worden, um die Unternehmen in ihren Bemühungen in Richtung Nachhaltigkeit zu unterstützen. Zusammen mit Luxinnovation

übernimmt das Wirtschaftsministerium etwa im Rahmen des Programms „Fit 4 Circularity“ 50 Prozent der Beratungskosten der Unternehmen. Auch das Cleantech-Cluster von Luxinnovation betreibt bereits verschiedene Projekten im Bereich Recycling von Bauelementen und Beton. „Auch das Woodcluster hat Projekte gestartet rund um eine mehr regionale und zirkuläre Nutzung von Holz“, so Fayot. Zusammen mit dem Finanzministerium verfolge man nun das Ziel, „aus Luxemburg ein businessorientiertes Service-Center für Kreislaufwirtschaft in Europa machen“. Die Luxemburger Finanzindustrie könne nämlich in diesem Bereich „eine wichtige Rolle spielen“, so Fayot.

„Vorreiter in Europa“

So habe die gegenwärtige Corona-Krise das Engagement der Regierung in Sachen Kreislaufwirtschaft nicht gebremst – im Gegenteil. Im „Neistart“-Programm der Regierung sei zum Beispiel eine neue Finanzhilfe für Betriebe vorgesehen. So könnten etwa Unternehmen, die ein Element der Kreislaufwirtschaft in ein Projekt einbringen, noch zusätzliche Finanzhilfen bekommen. „Da sind wir Vorreiter in Europa“, sagt Fayot. Mit einer neuen Strategie sollen nun die Bemühungen aus den vergangenen Jahren „besser strukturiert“ werden. Unter anderem sollen die privaten und öffentlichen Akteure durch eine optimierte „Gouvernance“ „wirksamer eingebunden werden“. Auch die einzelnen Ministerien sollen in Sachen Kreislaufwirtschaft besser zusammenarbeiten können; das gilt etwa für die Ressorts Wirtschaft, Finanzen, Umwelt und Energie.

Für Umweltministerin Carole

Dieschbourg (Déi Gréng) steht fest: „Die Entwicklung der Kreislaufwirtschaft ist eine notwendige Voraussetzung für den Erfolg unserer nationalen strategischen Bemühungen, sei es im Kampf gegen die Klimakrise, beim Ressourcenschutz oder bei der nachhaltigen Finanzierung.“ Auch laut Energieminister Claude Turmes (Déi Gréng) soll die nationale Strategie dazu beitragen, die Gesellschaft nachhaltiger zu machen. „Indem wir unsere gesamte Wirtschaft von A bis Z neu denken“, könne das gelingen.

Methoden und Instrumente

Mit der Strategie zur Kreislaufwirtschaft, die gestern vorgestellt wurde, soll die luxemburgische Wirtschaft nachhaltiger und klimaneutral umgebaut werden. Die Strategie besteht aus drei Hauptelementen. Zum einen sollen Methoden und Instrumente zur Stimulierung von Innovation identifiziert werden, etwa in den Bereichen „Regulierung und Standards“, „finanzielle Hilfen“, „Wissensmanagement“ mit den Schwerpunkten Bildung, Ausbildung und öffentliche Forschung, sowie auch in der Digitalisierung und im Datenmanagement.

Zum anderen soll eine „Methodik zur Aktivierung von Prozessen und Instrumenten in einer Reihe von wirtschaftlichen Schlüssel-sektoren vorgestellt werden“. Das soll durch konkrete Projekte von öffentlichen und privaten Akteuren erfolgen. Schließlich sieht die nationale Strategie einen Mechanismus und Kommunikationsmittel vor, um eine reibungslose Abstimmung zwischen den einzelnen Ministerien zu gewährleisten.

Corona-Hilfen ausgeweitet

Staat überweist bisher über 300 Millionen Euros an Betriebe

Von Thomas Klein

In den letzten Wochen haben die Hilferufe aus der Wirtschaft und insbesondere aus der Gastronomie zugenommen. Auf mehreren Demonstrationen machten die Wirte deutlich, dass ihnen infolge der Zwangsschließungen das Wasser bis zum Hals steht. Die Regierung hat nun auf den Druck der Interessenverbände reagiert und bei den Hilfsmaßnahmen nachgebessert. „Die Folgen der Corona-Pandemie treffen wichtige Teile unserer Wirtschaft noch immer ganz stark, besonders den Horeca-Sektor, aber auch den Events-Bereich“, sagte Mittelstandsminister Lex Delles gestern auf der Pressekonferenz, auf der er die neuen Hilfspakete vorstellte. „Es sind schwere Zeiten und in den kommenden Wochen wird es auch nicht viel leichter werden.“ So habe man in den letzten Wochen viele Gespräche mit verschiedenen Berufsverbänden geführt, um einen besseren Einblick in die Situation der Betriebe zu bekommen und zu sehen, „wo der Schuh drückt“, so der Mittelstandsminister.

Durch die Lockerung der Vorgaben für die Staatshilfe, die die Europäische Kommission vor etwa zwei Wochen beschlossen hat, habe man mehr Flexibilität erhalten, um die eigenen Maßnahmen anzupassen, betonte Delles.

Verlängerte Fristen

Die Unternehmenshilfen fußen im wesentlichen auf zwei Säulen. Die eine ist die „Aide de relance“, die andere die „Aide coûts non-couverts“. Mit den neuesten Änderungen wurden die Laufzeiten der beiden Hilfsprogramme nun bis einschließlich Juni diesen Jahres verlängert. Ebenso erhalten die Unternehmen mehr Zeit, um die Hilfen zu beantragen. Wer das bisher noch nicht gemacht hat, kann nun noch bis zum 15. September die entsprechenden Papiere einreichen. Die Hilfgelder aus dem „Fonds de relance“ können noch bis zum 15. Mai beantragt werden. Wesentliche Änderungen wurden im Rahmen der „Aide coûts non-couverts“ vorgenommen: Betriebe, die im Zuge der Schutzmaßnahmen gegen das Virus schlie-

ßen beziehungsweise Umsatzeinbußen von mindestens 75 Prozent hinnehmen mussten, erhalten ab Februar hundert Prozent ihrer nicht abgedeckten Kosten erstattet. Bisher konnten mittlere und große Betriebe lediglich 70 Prozent und kleine Firmen 90 Prozent der Unkosten geltend machen.

Daneben erhöht sich der Maximalbetrag der Hilfen im Rahmen dieses Programms, den die Betriebe erhalten dürfen, um 50 Prozent. Firmen mit bis zu neun Mitarbeitern können demnach ab sofort Hilfen von höchstens 30 000 Euro monatlich erhalten. Bei Unternehmen zwischen 10 und 49 Mitarbeitern sind die Hilfszahlungen auf 150 000 Euro pro Monat gedeckelt, bei größeren Betrieben liegt ab Februar die Grenze bei monatlich 300 000 Euro. In Gastronomiebetrieben, die durch Lieferdienste oder „Take Away“ trotz der Schließung Einnahmen erzielen, werden bis zu 25 Prozent dieser Umsätze „immunisiert“. Das heißt, dass diese Beträge dann nicht mehr wie bisher aus den Hilfszahlungen rausgerechnet werden. „Damit wollen wir die Arbeit von Restaurants und Cafés honorieren, die trotz der schwierigen Situation weiterhin einen Service anbieten“, sagte Delles. „Es ist uns wichtig, dass diese Unternehmen diesen zusätzlichen Einsatz auch im Geldbeutel spüren.“

Hilfen nicht rückwirkend

Außerdem greifen die Änderungen einen Kritikpunkt auf, der in den vergangenen Monaten vermehrt geäußert wurde. Nämlich, dass neu gegründete Unternehmen, die kaum Umsätze aus der Vorkrisenzeit nachweisen können, häufig durch das Raster der Hilfen fallen. Wenn die Betriebe vor dem 1. Januar 2021 gegründet wurden, sollen sie zukünftig auch für die „Aide coûts non-couverts“ infrage kommen.

Schließlich soll bei der Berechnung der Verluste von Firmen, die zu größeren Unternehmensgruppen gehören, nicht die Situation des Gesamtverbandes herangezogen werden, sondern die Zahlen der einzelnen Betriebe. „Damit werden dann Gruppen nicht mehr

benachteiligt, wenn sie Aktivitäten haben, die nicht von der Krise betroffen sind“, sagte der Mittelstandsminister.

Dabei habe man bewusst die Verlängerung der Maßnahmen zunächst nur auf drei Monate beschlossen. „Das gibt uns die Möglichkeit, die Hilfen regelmäßig zu evaluieren und anzupassen“, sagt Delles. Der Minister erinnerte daran, dass die Anträge auf die Hilfen vollständig eingereicht werden müssen, um die Auszahlung zu beschleunigen. Das „House of Entrepreneurship“ biete den Betrieben Hilfe beim korrekten Ausfüllen der Unterlagen an. In der Vergangenheit hatte es häufiger Kritik daran gegeben, dass die Anträge zu kompliziert seien und die Hilfen zu spät bei den Unternehmen ankommen.

Den Forderungen, die Hilfen für ungedeckte Kosten auch rückwirkend zu erhöhen, erteilte der Minister hingegen eine Absage. Dies wurde postwendend vom Horeca-Verband kritisiert, der die Änderungen aber insgesamt begrüßte. In einer Pressemitteilung forderte die Interessensvertretung der Gastronomie und Hotellerie die Verlängerung aller Beihilfen bis Ende 2021 sowie die Senkung der Mehrwertsteuer für den Sektor auf drei Prozent und eine Ausweitung der Frist für die Unterkunftsgutscheine.



Minister Lex Delles

Plötzlich Krisenmanager

Vor einem Jahr wurde Franz Fayot Wirtschaftsminister - fast zeitgleich kam die Pandemie

Luxemburg. Gerade einmal eine Reise führte Franz Fayot als Wirtschaftsminister durch - alle anderen geplanten Missionen mussten abgesagt werden. War sein Vorgänger fast unentwegt auf Promotiontour, so hatte Fayot kaum den Amtseid abgelegt, als die Corona-Pandemie Luxemburg heimsuchte

und der neue Minister prompt in Quarantäne musste. Seitdem ist sein Ministerium vor allem mit Krisenbewältigung beschäftigt. Die Pläne und Ideen, die Fayot für sein Amt mitbrachte, mussten dennoch nicht in der untersten Schublade verschwinden. Mehr Nachhaltigkeit, mehr Digitalisierung,

mehr Lokalität, mehr Kreislaufwirtschaft - dazu hat die Pandemie viele Unternehmen gezwungen - und alle sehen, es kann funktionieren. Das heißt aber nicht, dass zum Beispiel in puncto Digitalisierung schon viel erreicht wäre und nicht noch große Anstrengungen unternommen werden

müssten, so Fayot im Interview. Home Office, auch für das Gros der Arbeitnehmer, die Grenzgänger, wird es sicherlich nach der Pandemie vermehrt geben, ist sich der Minister sicher. Allerdings dieses Jahr wohl auch mehr Firmenpleiten.

MeM



Seit einem Jahr Wirtschaftsminister: Franz Fayot. Foto: Anouk Antony

„2020 war kein verlorenes Jahr“

Fast zeitgleich mit Beginn der Corona-Pandemie wurde Franz Fayot vor einem Jahr Wirtschaftsminister

Interview: Marco Meng

Letzten Februar trat Franz Fayot (LSAP) sein Amt als Wirtschaftsminister an. Zeitgleich kam die Corona-Pandemie. Fayots Ideen von mehr Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Kreislaufwirtschaft wurden dadurch aber nicht verdrängt, sondern eher noch gefördert.

Franz Fayot, kaum im Amt fanden Sie sich mitten in einer handfesten Krise wieder und die Corona-Pandemie ging los. Was war der schwerste Moment?

Ja, ich war gerade mit dem Finanzminister auf meiner ersten Reise in Italien, als der Covid-Tsunami auf uns einschlug. Von da ab war meine Tätigkeit vor allem Krisenmanagement, da alles von der Pandemie dominiert wurde. Einen schwersten Moment gab es nicht, aber die ganze Periode war schwer, weil sich alles schlagartig änderte. Im Gegensatz zu meinem Vorgänger, der viel gereist ist und das Land nach außen vertreten hat, gab es das bei mir von einem Tag zum anderen nicht mehr, alle geplante Missionen mussten gestrichen werden.

Wie viele Corona-Hilfen wurden bislang ausbezahlt? Und waren Sie überrascht, wie teuer die Kurzarbeiterzahlungen wurden?

Um den sofortigen Liquiditätsbedarf der Unternehmen zu decken oder zur Förderung von Forschung und Investitionen zur Bekämpfung von Covid-19 hat das Wirtschaftsministerium seit Anfang der Krise um die 340 Millionen Euro an direkten und indirekten Beihilfen ausbezahlt. Die 175 Millionen Euro für das staatliche Garantiesystem für neue Bankkredite nicht mitgerechnet. Hinzu kommt natürlich auch noch die Inanspruchnahme von Kurzarbeit durch die Unternehmen. Zwischen März und Juli 2020 belief sich das Kurzarbeitergeld auf fast 450 Millionen Euro. Die Ausgaben diesbezüglich sind absolut gerechtfertigt, da sie besonders in den stärker von der Pandemie betroffenen Wirtschaftszweigen dazu beitragen, dass Unternehmen kein Personal entlassen müssen.

Nach der Pandemie ist es aber nicht vorbei: fürchten Sie eine Pleitewelle?

2020 gab es nicht mehr Pleiten als im Jahr davor, wofür es zwei Erklärungen gibt: mit dem ersten Lockdown hatten wir die Fristen, in denen Insolvenzen angemeldet werden müssen, aufgehoben, zum anderen konnten viele Betriebe durch die ausgezahlten Staatshilfen stabilisiert werden. Aber in den Branchen, die stark betroffen sind und wo die Betriebe wenig liquide sind, wie Horesca, die Tourismus- und die Veranstaltungsbranche, rechnen wir für dieses Jahr mit mehr Insolvenzen.

Sind Geschäftstourismus und Veranstaltungen wie Messen, die ja ein Teil der Luxemburger Wirtschaftsstrategie sind, durch die Pandemie infrage gestellt?

Es ist zu erwarten, dass – auch wenn mehr Menschen geimpft sind – wir nicht gleich wieder von null auf hundert zurück zur bislang gekannten Normalität kommen. Aber irgendwann wird es wieder Kongresse und Seminare geben, wo die Menschen auch physisch wieder zusammenkommen. Der persönliche Kontakt bleibt in der Wirtschaft dennoch wichtig und kann nicht vollkommen durch virtuelle Kontakt ersetzt werden.

Die Krise hat aber auch vielen gezeigt, wie hilfreich die digitalen Möglichkeiten sind, von Home Office bis zu virtuellen Meetings. Länder wie Taiwan oder Südkorea sind da trotzdem einige Schritte weiter als wir. Holen wir das nach der Krise auf?

Durch die Krise und zum Beispiel durch die Teletravail, die auch wegen des guten luxemburger Netzausbaus gut funktioniert, gewinnt die Digitalisierung an Tempo. Auch entstand hier schnell viel Neues, so dass beispielsweise heute bei Gericht online gemacht werden kann, wofür man vorher mit einem Papier persönlich erscheinen musste. Auch alle Covid-Hilfen, die beim Wirtschaftsministerium eingereicht werden, können nur online über MyGuichet angefragt werden, denn sonst könnte die Masse gar

nicht bewältigt werden. Auf Guichet.lu gab es letztes Jahr mehr als zwei Millionen Transaktionen. Das Comité de conjoncture, das vorher sehr papierlastig war, hat sich vollkommen digitalisiert. Und in Telemedizin und Onlinehandel wurde ebenfalls schnell umgesetzt, was vorher nur probiert worden war. Aber bei der Digitalisierung insgesamt sind wir weltweit etwa im Mittelfeld und noch nicht da, wo wir hinwollen. Da müssen wir noch einige Anstrengungen machen.

Wird Luxemburg sich nach der Krise bemühen, eine dauerhafte Lösung zu finden, damit mehr Home Office auch für die Beschäftigten im Land möglich ist, die nicht hier leben, die Grenzgänger? So könnten die täglichen Staus verringert werden.

Ich denke ja, das wird diskutiert werden. Der Finanzminister hat ja für die Zeit der Krise mit den Nachbarländern Vereinbarungen getroffen, und Experten meinen, dass auch nach der Krise sich durchschnittlich, je nach Branche, zwei Tage Home Office pro Woche etablieren werden. Dafür müssen die Rahmenbedingungen, rechtlicher und steuerlicher Art, gesetzt werden. Teletravail hat definitiv einige Vorteile, sei es die Entlastung des Verkehrs, mehr Zeit für das Familienleben und auch eine Belebung der Ortschaften, in denen die Arbeitnehmer leben.

Als Sie Ihr Amt antraten, hatten Sie sicher einige Ideen, die Sie umsetzen wollten und die durch Corona blockiert wurden.

Sowohl als Kooperationsminister wie auch als Wirtschaftsminister konnte ich nicht reisen und persönliche Kontakte pflegen; auf der anderen Seite konnte ich mich als Wirtschaftsminister in all die verschiedenen Dossiers gründlich einarbeiten und sitze da jetzt fest im Sattel. Nachhaltigkeit, Digitalisierung, lokale Lieferketten, Kreislaufwirtschaft, Gesundheitswesen und Forschung, das alles hat aber durch die Pandemie eine Aufwertung erhalten, und mit unserem Programm „Neistart Lëtzebuerg“

fördern wir ja die Digitalisierung der Betriebe, was von denen auch gut angenommen wird. Es war also in dieser Hinsicht kein „verlorenes“ Jahr.

Wie wird die Luxemburger Wirtschaft nach der Pandemie aussehen?

Ich hoffe, dass wir bis Sommer die vulnerable Bevölkerung geimpft haben und zu einer gewissen Normalität zurückkehren können. Wir werden dann keine radikal andere Wirtschaft haben als wir sie vorher kannten, auch wegen der staatlichen Hilfen. Viele Betriebe haben die Krise darüber hinaus auch als Chance genutzt, um sich neu aufzustellen und werden gestärkt aus der Krise hervorgehen. Anderes werden wir mit der Zeit sehen, zum Beispiel, wie sich der E-Commerce auf den Konsum und die Geschäfte im Land, kleine Läden wie große Einkaufszentren, auswirkt.

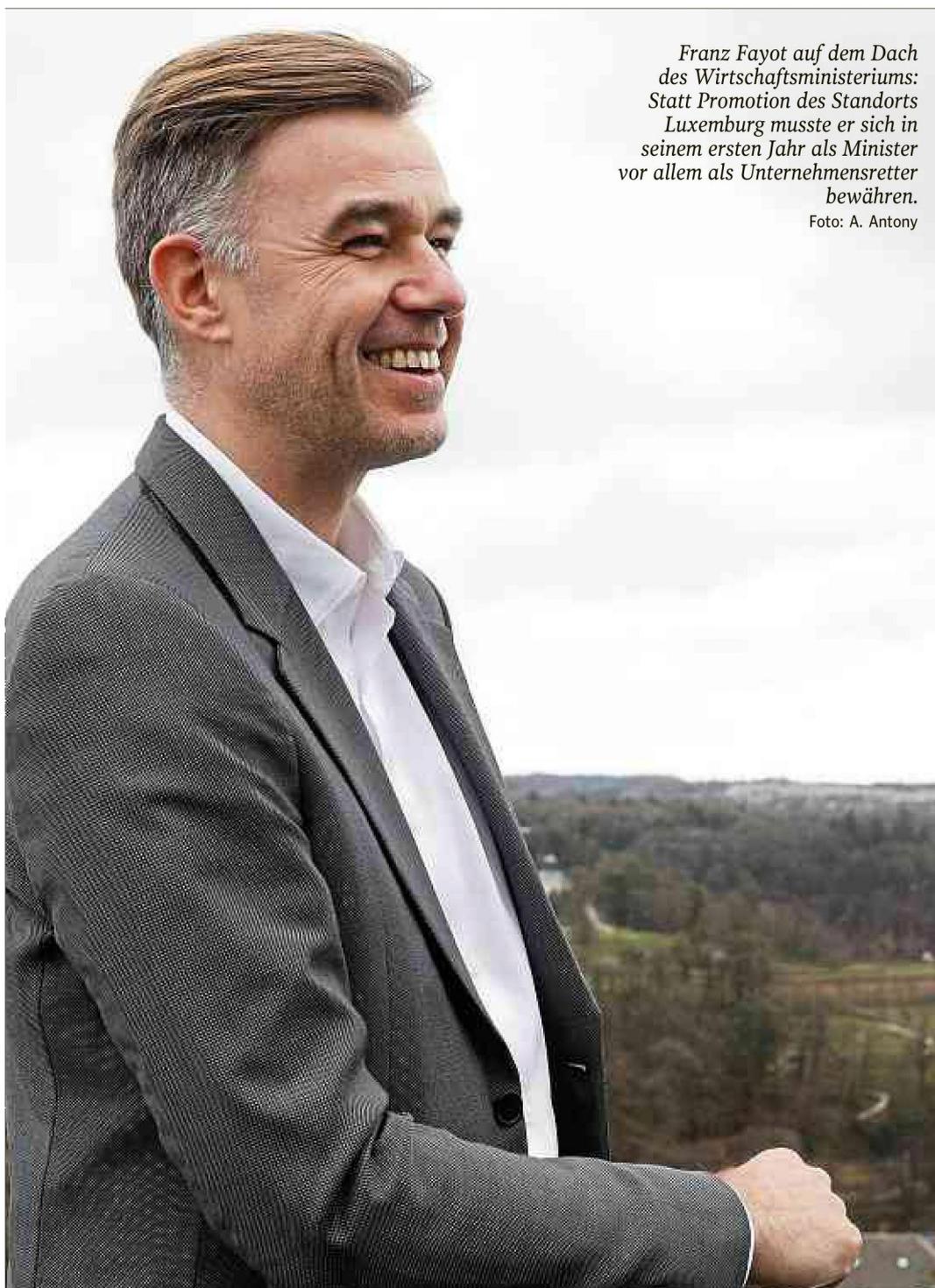
Sie sprachen die Dossiers an, zwei davon sind Google und Guardian. Wie sieht es damit aus?

Bei Google ist das PAP (Teilbebauungsplan, d. Red) von der Gemeinde Bissen gestimmt worden, und das Datacenter-Projekt ist auf einer guten Schiene; derzeit laufen die Umweltpflichten. Was Guardian betrifft, so bin ich in Kontakt mit der Europadirektion des Unternehmens; Reisen nach Amerika zur Konzernzentrale waren ja wegen Covid nicht möglich, aber auch da werde ich den Kontakt aufnehmen, da wir natürlich wollen, dass Guardian weiterhin in Luxemburg Flachglas produziert und hier in einen neuen, emissionsarmen Ofen investiert.

Wie Sie aussehen, sind Sie gut in Form. Sie nahmen sich also auch als Minister die Zeit, weiterhin seilzuspringen?

Auf jeden Fall, ich laufe und spaziere auch viel und habe angefangen mit Yoga. Ich komme jetzt ja in ein Alter, wo es immer wichtiger wird, fit zu bleiben.

- *Von da ab war*
- *meine Tätigkeit vor allem Krisenmanagement.*
- *Für Horesca,*
- *Tourismus- und Veranstaltungsbranche rechnen wir in diesem Jahr mit mehr Insolvenzen.*
- *Hunderte*
- *Millionen an Covid-Hilfen wurden ausbezahlt.*



Franz Fayot auf dem Dach des Wirtschaftsministeriums: Statt Promotion des Standorts Luxemburg musste er sich in seinem ersten Jahr als Minister vor allem als Unternehmensretter bewähren.

Foto: A. Antony

Sechs Millionen „Covid-Investment“

Das Familienunternehmen Rotarex baut seine Produktionslinie im Kampf gegen die Pandemie aus

Von Marlene Brey

In den Hallen, in denen Ventile hergestellt werden, dröhnt es. An manchen Maschinen stehen Menschen, an anderen drehen sich nur die Roboter. Auf manchen Apparaten ist ein Aufkleber mit einem Symbol für das Virus: „Maschine dedicated to Covid critical Equipment“ steht darauf. Jene Maschinen sind es, die dem Kampf gegen die Pandemie gewidmet sind. Denn auch in Atemgeräten befinden sich Ventile, und auf die ist man hier spezialisiert.

Ventile für Medizintechnik

Erbgroßherzog Guillaume und Wirtschaftsminister Franz Fayot (LSAP) haben gestern die Produktionsanlagen des Familienunternehmens in Lintgen besucht. 1922 gründete August Theodor Schmitz an diesem Standort Rotarex und begann mit der Herstellung von Gasflaschenventilen. Damit legte er den Grundstein für ein Unternehmen, das sich inzwischen zu einem weltweit führenden Hersteller von Produkten und Systemen für die Gasregelung entwickelt hat. Heute hat das Unternehmen mit Hauptsitz in Luxemburg mehr als 1 600 Mitarbeiter, davon 780 im Großherzogtum, Produktionsstätten in den USA, China und Brasilien.

Seit Beginn der Corona-Krise ist die Nachfrage nach Medizinprodukten explodiert. Auch bei Rot-

arex hat diese Nachfrage die jährliche Produktionskapazität überschritten. Um dem Bedarf gerecht zu werden und einen Beitrag in der Bekämpfung der Pandemie zu leisten, stellt Rotarex nun kritische Komponenten her, die zu Beginn der Krise fehlten. Das Unternehmen will seine Produktion in diesem Bereich verdoppeln und bis 2025 zehn bis 25 Arbeitsplätze schaffen.

„Wann war der Moment, als die Nachfrage am höchsten war und Sie sich dachten: Wir müssen etwas machen?“, fragt Erbgroßherzog Guillaume die Unternehmer. Philippe Schmitz, Direktor und stellvertretender CEO, nennt die Schreckensbilder aus Bergamo. Inzwischen ist aus der Vision Wirklichkeit geworden. Als Schmitz durch das Labyrinth in den Produktionshallen führt, sagt er: „Wir wissen gar nicht mehr, wo wir die vielen neuen Maschinen noch unterbringen sollen.“ Das Auge des Laien sieht: überall Ventile. Der Experte weiß, wie unterschiedlich ihre Herstellung und ihr Einsatzort ist. In den Hallen entstehen günstige Ventile in Massenproduktion, etwa um Getränke mit Kohlensäure zu versetzen. Was man als Soda Stream oder Wasser-Max kennt, heißt hier Bubble Box. Daneben gibt es aber auch absolute Präzisionsware für Medizinprodukte.

Parallel zur Produktionserwei-

terung hat das Unternehmen drei Forschungs- und Entwicklungsprojekte realisiert, um neue Generationen von Ventilen und Reglern für die Verabreichung von medizinischen Gasen zu entwickeln. „Rotarex leistet einen konkreten Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie“, sagt Wirtschaftsminister Fayot. „Mit diesem Investitionsprojekt steht das Unternehmen in Einklang mit der europäischen Strategie zur Reindustrialisierung und Stärkung kritischer Lieferketten“. Das Ziel: Den Kontinent in Krisensituationen widerstandsfähiger machen. Insgesamt hat das Unternehmen 2020 sechs Millionen Euro in die neue Produktionslinie investiert, erklärt Isabelle Schmitz, Präsidentin für die Abteilungen Nordamerika und Rotarex Solutions. Sie bezeichnet es als „Covid-Investment“. Ab wann wird sich die Investition rentieren? „Schon jetzt“, antwortet Schmitz. „Aber es ist kein sehr profitables Geschäft. Das war aber auch nicht das Ziel. Das Ziel war ganz klar: Wir wollen helfen.“ Rotarex kann es sich auch deshalb leisten zu investieren, weil das Geschäft extrem diversifiziert ist. Das sieht, wer dem Erbgroßherzog und dem Wirtschaftsminister durch die Hallen folgt. Maschine reiht sich an Maschine. Damit die Mitarbeiter wissen, woran sie eigentlich arbeiten, zeigen Schilder, wo die Ventile später eingesetzt werden.

Breit aufgestellt

Auf einem Plakat liegt ein kleines Mädchen im Bett und trägt eine Atemschutzmaske, auf einem weiteren wird erklärt: „Wir helfen mit, schnellere Computer zu bauen.“ Ein Beispiel dafür ist die aktuelle Mangelware Computerchips. Auch um sie herzustellen braucht man ultrahochreine Gase. Was ist das profitabelste Geschäft von Rotarex? „Es sind ganze System, etwa Löschsysteme für Flughäfen“, erklärt Isabelle Schmitz. Und auch das Sprudelwasser ist darunter. „In der Krise haben verschiedene Segmente angezogen, darunter auch die Bubble Box. Hier hat sich das Geschäft fast verdoppelt, weil die Leute eben mehr Zeit zu Hause verbringen.“ In diesem Bereich sieht das Familienunternehmen noch weiteres Entwicklungspotenzial und arbeitet laut Schmitz an einer Lösung für Cocktails – auch hier für den Heimgebrauch. Der Wirtschaftsminister sieht das als großen Vorteil auf dem Markt: „Das Unternehmen hat den Wert von Forschung und Innovation als Aktivposten für die Wettbewerbsfähigkeit verinnerlicht“.

- *Das Ziel war klar:*
- *Wir wollten helfen.*

Isabelle Schmitz, Rotarex

Führungswechsel bei ArcelorMittal

Lakshmi Mittal übergibt an seinen Sohn – Stahlkonzern kündigt ein Sparprogramm an

Höhere Stahlpreise und eine anziehende Rohstahlproduktion verschafften ArcelorMittal im letzten Quartal 2020 einen Aufschwung. Unter dem Strich verblieben 1,2 Milliarden US-Dollar, nachdem im vorangegangenen dritten Quartal ein Verlust von 261 Millionen Dollar verbucht worden war. Das gab der Stahlkonzern mit Präsentation der Bilanz für das vergangene Jahr bekannt. Wegen der Pandemie sanken insgesamt die Umsätze im Jahr 2020 um rund ein Viertel auf 53,3 Milliarden Dollar, das Vorsteuerergebnis (Ebitda) fiel um 17 Prozent auf 4,3 Milliarden Dollar. Dennoch konnte ArcelorMittal die Verluste auf 733 Millionen Dollar deutlich reduzieren. Im Vorjahr war wegen hoher Abschreibungen ein Fehlbetrag von knapp 2,5 Milliarden Dollar angefallen. Für das

neue Jahr geht ArcelorMittal von einer weiteren Erholung der Stahlnachfrage aus.

Lakshmi Mittal zieht sich in den Verwaltungsrat zurück

Zugleich verkündete der Konzern gestern einen Führungswechsel. Der Vorstandschef, Verwaltungsratsvorsitzende und Gründer Lakshmi Mittal macht Platz für seinen Sohn. Aditya Mittal war bislang Finanzvorstand sowie Chef von ArcelorMittal Europe. Seinen Posten als Chef des Verwaltungsrats will Lakshmi Mittal behalten. Es sei der richtige Zeitpunkt für einen Übergang, sagte er.

„Wir haben eng zusammengearbeitet, seit er 1997 in das Unternehmen eingetreten ist, und in den letzten Jahren haben wir das

Unternehmen tatsächlich gemeinsam geführt“, so Lakshmi Mittal in einer Erklärung.

Mit einer Nettoverschuldung von 6,4 Milliarden Dollar zum Jahresende lag der Konzern unter seinem Ziel von sieben Milliarden Dollar. Wegen der robusten Bilanz will ArcelorMittal seinen Aktionären eine Dividende von 0,30 Dollar je Aktie zahlen. Hinzu kommen Aktienrückkaufprogramme.

Personal soll reduziert, Werke geschlossen werden

Das Unternehmen kündigte zudem ein Sparprogramm über eine Milliarde Dollar an, welches ab 2022 voll wirken soll. Ziel sei es, auch nach der Pandemie wettbewerbsfähig zu bleiben.

Die meisten Einsparungen sollen in der Produktion erreicht wer-

den, zudem plant ArcelorMittal die Schließung vereinzelter Werke in Europa und Südafrika. In der Verwaltung sollen zudem 20 Prozent der Stellen abgebaut werden. Der weltgrößte Stahlproduzent beschäftigt weltweit rund 190 000 Mitarbeiter, in Luxemburg rund 3 500 Vollzeitbeschäftigte. Hier wurde bereits eine Reduzierung der Mitarbeiterzahl um rund 500 beschlossen. *dpa/MeM*

● *In den letzten Jahren haben wir das Unternehmen tatsächlich gemeinsam geführt.*

Lakshmi Mittal, Firmengründer

Auf den Vater folgt der Sohn

Der neue Konzernchef Aditya Mittal (45), der zuvor Finanzchef und Leiter des Europageschäfts des Unternehmens war, hat sich mehr als zwei Jahrzehnte lang auf diese Rolle vorbereitet. Sein Vater Lakshmi Mittal (70) hält heute 36 Prozent am Stahlkonzern. Er baute das Unternehmen 1976, als Aditya Mittal geboren wurde, aus einem Walzwerk in Indone-

sien auf, bevor er 2006 mit der 34 Milliarden Dollar schweren Übernahme seines größten Rivalen Arcelor in Luxemburg die Branche umkrempelte. Das hat dem Unternehmen auch

Schulden aufgebürdet, von denen es sich zu befreien versucht.

Aditya Mittal, der zuvor in der Investmentbank Credit Suisse First

Boston tätig war und 1997 ins väterliche Unternehmen kam, spielte eine Schlüsselrolle bei dieser Übernahme. Es war der größte Deal in der Stahlindustrie überhaupt. Jetzt steht der neue Chef vor der doppelten Herausforderung: die Billigproduktion von der Türkei bis nach China zu bekämpfen und gleichzeitig die Kohlenstoffemissionen des Unternehmens zu reduzieren. *Bloomberg/MeM*

Der Sohn übernimmt bei ArcelorMittal

Von Antje Kullrich, Köln

Der weltgrößte Stahlkonzern ArcelorMittal steht vor einem Führungswechsel. Der Vater übergibt an seinen Sohn. Lakshmi Mittal (70) zieht sich auf den Posten des Executive Chairman zurück und wird künftig nur noch den Verwaltungsrat des Unternehmens leiten. Den CEO-Posten gibt er an seinen Sohn Aditya Mittal (45) ab.

Lange vorbereiteter Übergang

Es ist ein lange vorbereiteter Wechsel und schon vor Jahren angekündigter Schritt. Aditya Mittal, Sohn des einst reichsten Briten, hat sich auf die operative Führung des globalen Konzerns mit Hauptsitz in Luxemburg mehr als zwei Jahrzehnte lang vorbereitet. Der Manager, der an der renommierten Wharton Business School in Pennsylvania studiert hat und im Investment Banking von Credit Suisse seine ersten Berufserfahrungen machte, stieg 1997 in das Familienunternehmen ein. Seine erste Aufgabe war es, das IPO der damals als Ispat International firmierenden Stahlaktivitäten in New York über die Bühne zu bringen. Aditya war im Jahr 2006 im Alter von gerade mal 30 Jahren auch einer der Treiber der Fusion von Mittal Steel mit Arce-

lor, die den kombinierten Konzern an die Weltspitze in der Branche katalysierte, aber gleichzeitig auch mit Schulden überhäufte. Der Vater von zwei Töchtern ist derzeit Finanzvizepräsident von ArcelorMittal und CEO des Europa-Geschäfts. Seine Frau Megha (44), die er an der Uni kennenlernte, ist ebenfalls Unternehmerin und Investorin. Sie hatte 2009 die Luxusmodemarke Escada nach deren Insolvenz gekauft. Ende 2019 hatte sie das Unternehmen an einen Finanzinvestor weiterveräußert.

Atemberaubende Karriere

Ihr Schwiegervater Lakshmi, der 1950 im indischen Bundesstaat Rajasthan als Sohn einer Unternehmerfamilie zur Welt kam, wurde nach seinem Studium in Kalkutta von seiner Familie 1976 mit der Sanierung eines maroden indonesischen Stahlwerks beauftragt. Von dort startete er eine gewaltige Expansion mit dem Erwerb von Stahlwerken in Mexiko, den USA, Deutschland (Hamburger Stahlwerke), Kasachstan und zahlreichen osteuropäischen Ländern, die 2006 in der feindlichen Übernahme des Wettbewerbers Arcelor gipfelte.

Mittal gehören heute noch rund 36% an dem Stahlkonzern, der gestern unerwartet hohe Gewinne be-

kannt gab. ArcelorMittal stehe gut da, kommentierte Lakshmi Mittal. „Nachdem wir diverse wesentliche strategische Ziele erreicht haben, ist jetzt der richtige Moment für den Wechsel an der Spitze.“ Er habe in den vergangenen 23 Jahren sehr eng mit seinem Sohn zusammengearbeitet. Mittal, der auch dem Verwaltungsrat von Goldman Sachs angehört, attestierte Aditya das richtige Gespür dafür, wie sich der Konzern transformieren müsse, um die weltweit führende Stellung zu behaupten.

Dividende für den Milliardär

Die am Donnerstag angekündigte Rückkehr von ArcelorMittal zu einer Dividendenzahlung von 0,30 Dollar wird auch die Familienkasse weiter füllen. Die Mittals leben seit vielen Jahren in London, wo sie ein Anwesen in den exklusiven Kensington Palace Gardens besitzen, das sie einst für nahezu 130 Mill. Euro von Formel-1-Chef Bernie Ecclestone erworben haben. Auf der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt wird Lakshmi Mittal derzeit „nur“ auf Rang 161 geführt. Vor der Finanzkrise 2009 galt er noch als drittreichster Mann weltweit.

ArcelorMittal spürt Nachfrageerholung

Sparprogramm über 1 Mrd. Dollar angekündigt

dpa-afx Luxemburg – Der Stahlkonzern ArcelorMittal hat im vierten Quartal von einer Erholung des wirtschaftlichen Umfeldes insbesondere in der Automobilindustrie profitiert. So konnte der Umsatz im Vergleich zum Vorquartal von rund 13,3 Mrd. auf knapp 14,2 Mrd. Dollar zulegen, wie das Unternehmen am Donnerstag in Luxemburg mitteilte. Höhere Verkaufspreise wirkten sich positiv aus, die Rohstahlproduktion nahm wieder zu. Investoren reagierten nur Anfangs positiv. Die Aktie legte zu Handelsbeginn um fast 3 % zu, drehte dann aber alsbald ins Minus und ging gut 2 % unter Vortageschluss aus dem Handel.

Beim Ergebnis profitierte ArcelorMittal auch vom Verkauf des US-Geschäfts. Unter dem Strich verblieben 1,2 Mrd. Dollar, nachdem im vorangegangenen dritten Quartal ein Verlust von 261 Mill. Dollar verbucht worden war. Das Gesamtjahr 2020 war maßgeblich durch die Einbußen im Zusammenhang mit der Pandemie geprägt. Die Umsätze sanken um rund ein Viertel auf 53,3 Mrd. Dollar, das Ebitda fiel um 17 % auf 4,3 Mrd. Dollar. Netto konnte ArcelorMittal ihre Verluste jedoch auf 733 Mill. Dollar deutlich reduzieren. Im Vorjahr war wegen hoher Abschreibungen ein Fehlbetrag von knapp 2,5 Mrd. Dollar angefallen.

Für das neue Jahr geht ArcelorMittal von einer weiteren Erholung der Stahlnachfrage aus. Mit einer Nettoverschuldung von 6,4 Mrd. Dollar zum Jahresende lag der Konzern unter seinem Ziel von 7 Mrd. Dollar. Wegen der robusten Bilanz will ArcelorMittal ihren Aktionären eine Dividende von 0,30 Dollar je Aktie zahlen. Hinzu kommen Aktienrückkaufprogramme. Das Unternehmen kündigte zudem ein Sparprogramm über 1 Mrd. Dollar an, das ab 2022 voll wirken soll. Ziel sei es, auch nach der Pandemie wettbewerbsfähig zu bleiben. Die meisten Einsparungen sollen in der Produktion anfallen, zudem plant ArcelorMittal die Schließung vereinzelter Werke in Europa und Südafrika. In der Verwaltung sollen 20 % der Stellen abgebaut werden.

Zugleich verkündete der Konzern einen Führungswechsel. CEO und Gründer Lakshmi Mittal macht ab sofort Platz für seinen Sohn.

Paul Wurth in deutscher Hand

Der Staat verkauft seine 40-prozentige Beteiligung an dem Traditionsunternehmen

Von Nadia Di Pillo

Es ist das Luxemburger Traditionsunternehmen par excellence, ein Urgestein der Luxemburger Industrie. Am 4. November 2020 feierte das Unternehmen, das auf die Auslegung und Lieferung von Technologien und Anlagen zur Roh-eisenerzeugung spezialisiert ist, sein 150-jähriges Bestehen. International ist die Paul-Wurth-Gruppe mit über 1 500 Mitarbeitern in etwa 20 Ländern in allen Regionen der Welt vertreten. Darüber hinaus fokussiert sich Paul Wurth Gepronlux auf regionaler Ebene auf die Planung und Koordinierung von großen Bau- und Infrastrukturprojekten.

Seit 2012 ist Paul Wurth Mitglied der deutschen SMS Gruppe. Die Unternehmensgruppe SMS Holding hatte 2012 die Mehrheitsbeteiligung an Paul Wurth übernommen, genauer gesagt das Aktienpaket, das bis dahin Arcelor-Mittal und der Beteiligungsgesellschaft Luxempart gehörte. 40,8 Prozent der Anteile verblieben damals bei den derzeitigen öffentlichen Anteilseignern, der Société nationale de crédit et d'investissement (SNCI) (18,84 Prozent), der Spuerkeess (10,98 Prozent) und dem Luxemburger Staat (10,98 Prozent).

Nun beginnt eine weitere Etappe in der langen Geschichte des Unternehmens: Der Luxemburger Staat, die SNCI und die Spuerkeess wollen ihre 40-prozentige Beteiligung an Paul Wurth an dessen Mutterhausgesellschaft SMS verkaufen. Somit wird Paul Wurth zu 100 Prozent in deutscher Hand sein. Das wurde dem „Luxembur-

ger Wort“ nun von offizieller Seite bestätigt. Die Verhandlungen laufen bereits seit Monaten und „sind noch nicht abgeschlossen“. Zu den Details will sich der CEO von Paul Wurth nicht äußern, solange die Verhandlungen noch im Laufen sind.

Wie Finanzminister Pierre Gramagna und Wirtschaftsminister Franz Fayot bereits im Januar in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage andeuteten - ohne aber den Namen der Firma zu nennen - war der Luxemburger Staat bei Paul Wurth im Rahmen der Finanzkrise 2008 eingestiegen. Heute sei die Situation in diesem Sektor allerdings „eine andere als damals“. „In Zukunft werden in diesem Bereich neue Technologien eingeführt, die die Herstellung von Stahl mit stark reduziertem CO₂-Ausstoß ermöglichen. Unternehmen, die in diesem Sektor tätig sind, müssen auf diese Herausforderungen entsprechend reagieren können. Die Regierung will diese Technologien in Luxemburg fördern und hierzu neue Umwelttechnologien entwickeln.“

SMS-Gruppe steckt in der Krise

Besonders hervorzuheben in diesem Zusammenhang ist, dass SMS derzeit alles andere als ein Unternehmen im Aufschwung ist - ganz im Gegenteil. Der Anlagen- und Walzwerkbauer in Hilchenbach steckt derzeit in einer tiefen Krise und plant einen massiven Stellenabbau. Nach Angaben des Unternehmens hat SMS während der Corona-Pandemie deutlich weniger Aufträge erhalten. In der gesamten Gruppe verzeichnete das

Unternehmen 2020 einen Einbruch im Auftragseingang von 40 Prozent auf weniger als zwei Milliarden Euro. „Auch in den kommenden Jahren können wir nicht von einer nennenswerten Erholung im Kerngeschäft ausgehen“, schreibt das Unternehmen im Januar in einem „CEO Letter“ an die Mitarbeiter. Weltweite Überkapazitäten und steigende Rohstoffpreise würden die Margen der Kunden drücken. Der CEO gehe von mindestens drei bis vier Jahre aus, bevor eine Erholung in dem Geschäft wirklich spürbar sei. Das Unternehmen stehe vor „einer langen Durststrecke“. Deshalb müsse die Firma nun unverzüglich handeln und die laufenden Kosten - insbesondere die Personalkosten - senken.

1 200 Stellen gefährdet

In Deutschland hat das Unternehmen im Januar bereits Sondierungsgespräche mit den Tarifvertragsparteien aufgenommen, um Anpassungen des Zukunftstarifvertrags zu besprechen. „Nachdem wir Ende 2020 die gesamtwirtschaftliche Entwicklung analysiert und in Form von Szenarien abgebildet haben, sind wir nun mit den Arbeitnehmervertretern über eine nachhaltige Senkung unserer Personalkosten in Dialog getreten. Sobald wir hierzu Näheres berichten können, werden wir dies tun“, sagt ein Unternehmenssprecher der Gruppe auf Nachfrage hin.

Das Unternehmen will seine Personalkosten allein in Deutschland um deutlich mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr einsparen. „Sollten die Personalkosten ausschließlich durch einen Stellen-

abbau gesenkt werden müssen, entspräche dies 1 200 Stellen“, heißt es in dem Brief an die Mitarbeiter.

Kompetenzzentrum für Wasserstoff

In welchem Ausmaß der Standort in Luxemburg von den Umstrukturierungen betroffen sein wird, steht nicht fest. „Auch wenn die Kostenstruktur in allen Bereichen und Regionen weltweit optimiert wird, so werden zeitgleich die Investitionen in der grünen Metallurgie gesteigert. Da Luxemburg Hauptsitz unseres globalen Kompetenzzentrums für Wasserstoff sein wird, arbeiten wir an einer entsprechenden Wachstumsstrategie“, sagt der Unternehmenssprecher. Und fügt hinzu: „Im Rahmen einer Dezentralisierung der globalen Unternehmensstruktur - mit mehr Verantwortung für die einzelnen Regionen - wird es in mehreren Ländern zu geringfügigen Anpassungen kommen. In Luxemburg werden wir jedoch an dem im letzten Jahr unterzeichneten Plan zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung festhalten.“

● *In Luxemburg werden wir an dem im letzten Jahr unterzeichneten Plan zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung festhalten.*

Unternehmenssprecher SMS

Partnerschaft für grünen Stahl gegründet

Liberty Steel, Paul Wurth und SHS kooperieren

Börsen-Zeitung, 23.2.2021
ab Düsseldorf – Liberty Steel, Paul Wurth und die Stahl-Holding-Saar (SHS) machen sich gemeinsam an die Entwicklung eines Stahlwerks auf Wasserstoffbasis in Frankreich. Die Unternehmen unterzeichneten ein Memorandum of Understanding, um den Bau und Betrieb eines Stahlwerks in industriellem Maßstab zu prüfen, teilten die Firmen in einer Pressemitteilung mit. Das Stahlwerk soll im französischen Dunkerque errichtet werden. Konkret geht es um den Bau einer Anlage für direktreduziertes Eisen mit eingebauter Wasserstoff-Elektrolyse, die in den GFG-Standort Alvanç Aluminium Dünkirchen integriert werden soll. GFG

Alliance (Gupta Family Group) ist die Obergesellschaft von Liberty Steel, hinter der der britisch-indische Geschäftsmann Sanjeev Gupta steht, der zuletzt mit seiner Übernahme der Stahlsparte von Thyssenkrupp gescheitert ist.

Nach den Angaben arbeiten die drei Partner seit Anfang vorigen Jahres an der wirtschaftlichen und technischen Machbarkeit des Projekts. Die Partnerschaft konzentriert sich auf die Entwicklung von Technologien, Stahl umweltfreundlicher herzustellen. Liberty Steel hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2030 klimaneutral zu werden.

Eine entscheidende Rolle kommt dabei dem zur SMS Group gehören-

den Hochofenbauer Paul Wurth zu. Zusammen mit Sunfire, die Hochleistungselektrolyseure zur Wasserstoff-erzeugung entwickelt, soll die Technologie für industrielle Anwendungen zur Marktreife gebracht werden.

Sollte die Direktreduktionsanlage gebaut werden, werde zunächst eine Mischung aus Wasserstoff und Erdgas als Reduktionsmittel genutzt, bevor nach Fertigstellung der Elektrolyse-Einheit komplett auf Wasserstoff umgestellt werde. Das direktreduzierte Eisen werde hauptsächlich in dem Liberty-Werk Ascavol in Frankreich eingesetzt. Überschüssige Mengen könnten in den SHS-Werken Dillinger und Saarstahl verwendet werden. In den nächsten zwölf Wochen soll die kommerzielle Machbarkeit des Projekts verbessert werden. Das umfasse auch die Aspekte möglicher weiterer Partner und die Finanzierung.

RTL Group sucht neue Strategie

EUROPA Neue Tendenz: Medien werden wieder national

Der Medienriese Bertelsmann erwägt Insidern zufolge einen Umbau beim Medienkonzern RTL Group. Neben anderen Optionen wird auch ein Verkauf der französischen Fernsehtochter M6 in Betracht gezogen. Es gebe in frühem Stadium Gespräche etwa mit dem Medienkonzern Vivendi, dem französischen Fernsehsender und Branchenprimus TF1 und dem Unternehmer Patrick Drahi von Altice Europe, berichtete die Nachrichtenagentur Reuters letzte Woche. Zudem gebe es Kontakt zum tschechischen Milliardär Daniel Kretinsky und der italienischen Mediaset, die beide Großaktionär bei der deutschen Senderkette ProSiebenSat.1 sind.

Bertelsmann, M6, Vivendi, Mediaset, TF1 und Altice Europe lehnten konkrete Stellungnahmen ab. Die RTL Group, die 48 Prozent an M6 hält, verwies auf Äußerungen von Konzernchef Thomas Rabe, der sich für eine Konsolidierung der europäischen TV-Landschaft und „nationale Champions“ ausgesprochen hatte. „RTL prüft solche Optionen laufend mit dem Ziel, Wert für die Aktionäre zu schaffen“, hieß es in einer Mitteilung.

Offen bleibt, ob sich Bertelsmann damit weitgehend aus Frankreich verabschiedet. Die Konzerntochter Gruner + Jahr (G+J) trennt sich bereits vom Zeitschriften-Geschäft in Frankreich. Vivendi will die französische G+J-Tochter Prisma Media kaufen, die 20 Zeitschriften-Titel – von *Femme actuelle* über *GEO*, *Capital*, *Gala* bis zur Programmzeitschrift *Télé Loisirs* – herausgibt.

Knackpunkt Kartellrecht

Die Groupe M6 wurde 1987 um den TV-Sender M6 gegründet und betreibt 13 Fernsehkanäle und drei Radiosender. Das Unternehmen machte 2019 einen Um-

satz von 1,46 Milliarden Euro und erzielte operativ einen Gewinn von 287 Millionen Euro. Im Oktober 2020 startete in Frankreich der gemeinsame Bezahl-Streaming-Dienst Salto von Groupe M6, TF1 und France Télévisions. Die zu RTL gehörende M6 könnte mit rund drei Milliarden Euro bewertet werden, wie Reuters von mehreren mit der Sache vertrauten Personen erfuhr.

Wie Rabe hat sich auch M6-Chef Nicolas de Tavernost für Zusammenschlüsse und Fusionen im europäischen Fernsehsektor ausgesprochen. Im September 2020 sagte er dem *Le Journal du Dimanche* auf die Frage, ob eine Annäherung zwischen TF1 und M6 vorstellbar sei: „Es gibt heute keine Pläne in diese Richtung.“ Aber der Manager betonte, nationale Gruppierungen seien nötig, wenn Frankreich im internationalen Wettbewerb mithalten wolle.

Rabe, Chef von Bertelsmann und RTL Group, hat wiederholt eine Lanze für mehr Kooperationen gebrochen – vor allem, um gegen die Macht der US-Giganten aus dem Silicon Valley zu bestehen. Im Februar 2020 hatte Rabe dafür plädiert, größere Zusammenschlüsse zuzulassen, „um nationale Champions etwa im Fernsbereich zu schaffen; wie gegebenenfalls mit RTL und ProSiebenSat.1“. Nach dem Kartellrecht gilt dies als ausgeschlossen.

Viele Medienvertreter fordern ohnehin, dass Wettbewerbshüter die Märkte wegen der Präsenz von Google, Facebook, Apple, Amazon, Netflix & Co. anders definieren müssten. Deshalb fragen sich Branchenexperten, ob Rabe statt eines Verkaufs von M6 nicht auch auf mehr Kooperation und Allianzen – intern wie extern – setzen könnte, die er stets propagiert. Bertelsmann will seine „Content Alliance“ im Inhaltebereich ausbauen, ebenso die „Ad Alliance“ in der Werbevermarktung.

SpotX für 1,2 Milliarden Dollar

verkauft

Zuletzt wurde zudem bekannt, dass RTL Group den US-Werbevermarkter SpotX verkauft und sich nun stärker auf ihr Digitalgeschäft in Europa konzentrieren will. Das Unternehmen gehe für 1,17 Milliarden Dollar vollständig an die US-Werbetechnologiefirma Magnite, teilte die Bertelsmann-Tochter RTL letzte Woche mit. Der Kaufpreis bestehe aus 560 Millionen Dollar in bar sowie 14 Millionen Magnite-Aktien. Die Transaktion soll im Laufe des zweiten Quartals über die Bühne gehen. „Der Verkauf von SpotX steht im Einklang mit unserer Strategie, sich auf das Wachstum unserer europäischen Digitalgeschäfte in den Bereichen Streaming, Werbetechnologie, digitales Video und Audio sowie auf unser globales Inhaltegeschäft Fremantle zu fokussieren“, sagte der Chef des europäischen Fernsehkonzerns, Thomas Rabe. Die RTL Group hatte 2014 eine Mehrheitsbeteiligung von 65 Prozent an SpotX für 107 Millionen Euro erworben und dann 2017 die noch ausstehende Beteiligung für 123 Millionen Euro gekauft. Rabe betonte, dass Werbetechnologie eine strategische Priorität für die RTL Group bleibe. Mit den europäischen Ad-Tech-Geschäften Smartclip und Yospace habe man große Fortschritte erzielt, eine offene europäische Werbetechnologie-Plattform zu schaffen und damit den stark wachsenden Markt für zielgerichtete TV-Werbung zu erschließen.

An der Börse kamen die Entwicklungen gut an. Die Aktien der drei betroffenen Firmen legten deutlich zu. Der Kurs der RTL-Aktie stieg am Freitag auf den höchsten Stand seit mehr als einem Jahr. Den coronabedingten Einbruch des Aktienkurses von März 2020 hat der Konzern hinter sich gelassen. Magnite will zusammen mit SpotX die größte unabhängige Plattform für Video-Werbung und Connected TV (CTV) schmieden und Kunden eine Alternative zu großen Playern wie Google und Facebook bieten. CTV sind Fernsehgeräte, die mit dem Internet verbunden sind. (Reuters)

Internet aus dem Orbit

Die Europäische Weltraumagentur will 5G mithilfe von Satelliten verlässlicher machen – Firmen aus Luxemburg helfen dabei

Von Thomas Klein

Noch vor zwei Jahrzehnten war die Vorstellung eines selbstfahrenden Autos reine Science-Fiction. Heute scheint diese Zukunft aber bereits greifbar nahe zu sein. Prototypen von fast allen großen Herstellern – von Daimler bis Tesla – haben schon Millionen Testkilometer auf dem Buckel und in manchen Städten wie Helsinki werden derzeit autonome Busse ausprobiert. Es gilt nur als eine Frage der Zeit, bis wir allmorgendlich Kaffee trinkend und Zeitung lesend von einer Computersoftware zur Arbeit chauffiert werden.

Unabhängig davon, wann es soweit ist, eins ist sicher: Die Grundlage dieser Technologie wird die Fähigkeit des Autos der Zukunft sein, in Echtzeit Daten über die Umgebung zu empfangen, zu verarbeiten und weiter zu senden. Die Infrastruktur für diesen permanenten Datenaustausch stellt das 5G-Mobilnetzwerk dar, das gerade aufgebaut wird. Solche Anwendungen wie das autonome Fahren machen aber auch deutlich, dass die Anforderungen an die nächste Mobilfunkgeneration andere sein werden als in der Vergangenheit. Während bei einem Handy lediglich das Gespräch unterbrochen wird, wenn der Empfang weg ist, könnte das bei selbstfahrenden Autos schnell gefährlich werden. „Bei autonomen Fahrzeugen muss immer sicher gestellt sein, dass man eine stabile und sichere Verbindung hat“, sagt Elodie Viau, die bei der Europäischen Weltraumagentur ESA den Bereich Telekommunikation leitet. Aufgrund der hohen Kosten beim Bau von 5G-Masten in ländlichen und abgelegenen Gebieten wird der erdgestützte (terrestrische) 5G-Roll-out niemals eine vollständige Abdeckung erreichen, schätzt Viau. Daher entwickelt die ESA eine Technologie, die es erlaubt, dass die Verbindung über Satelliten aufrecht erhalten werden kann, wenn kein Mobilfunkmast in Reichweite ist. „Wir arbeiten an der nahtlosen Integration des erdgestützten und des satellitengestützten Netzwerks“, sagt Elodie Viau.

Entwicklung steht noch am Anfang

Dabei sind selbstfahrende Automobile bei weitem nicht die einzige Anwendung, bei denen 5G schnell an Bedeutung gewinnen wird. „Die Anwendungsmöglichkeiten im sogenannten „Internet der Dinge“ werden in den kommenden Jahren durch die Decke schießen. Zum Beispiel in den Bereichen Industrieautomation, „Smart Cities“, intelligente Stromnetze, auto-

me Drohnen oder Telemedizin wird die Technologie eine entscheidende Rolle spielen“, sagt Viau, die bis August letzten Jahres beim Betzdorfer Satellitenbetreiber SES für das Technologiemanagement verantwortlich war. „Auf See werden internetbasierte Lösungen helfen, die Schiffe zu steuern oder die günstigste Route zu finden, um Treibstoff zu sparen. Auf dem Meer oder in abgelegenen Regionen wird es aber schwierig werden, die Internetverbindung mit erdgestützten Technologien aufrecht zu erhalten. Das wird dann weitestgehend über Satelliten passieren.“ Die ESA arbeite heute schon mit Unternehmen zusammen an Lösungen, um die Kommunikation über Satelliten und normale Mobilfunkmasten so zu integrieren, dass der Nutzer den Übergang gar nicht bemerkt. Aus diesem Grund hat die Raumfahrtagentur auch eigens einen „5G/6G-Hub“ in Harwell in Großbritannien (Auch nach dem Brexit bleibt das Land ein Mitglied der ESA) eingerichtet; ein Testlabor, in dem auch private Unternehmen die Anbindung ihrer Produkte an die Satellitenkommunikation erproben und verbessern können. „Zum Beispiel testet ein Unternehmen, wie die Technologie bei ihrem autonomen Fahrzeug funktioniert“, sagt Viau.

Wichtig sei es gewesen, sagt sie, dass die weltallgestützte Technologie von Anfang an bei der Entwicklung der neuen Mobilfunkstandards mitgedacht worden ist. „Bisher bewegten sich der terrestrische und der satellitenbasierte Mobilfunk technologisch in unterschiedlichen Welten. Das im Nachhinein zu integrieren, ist sehr komplex. 5G ist jetzt die erste Generation, in der die beiden Technologien konvergieren“, so Viau. Im Gegensatz zu den 5G-Mobilfunkmasten, die vielerorts bereits hochgezogen sind, steht der Aufbau der Mobilfunkinfrastruktur im Weltall noch ziemlich am Anfang.

Aufbau eines Satellitennetzwerks

Mittelfristig will die ESA ein eigenes Satellitennetzwerk auf die Beine stellen, das an das Mobilnetz angebunden werden kann. Für das Projekt konnten zwar bereits private Partner wie SES, der Luft- und Raumfahrtkonzern Thales oder der französische Mobilfunkanbieter Orange gewonnen werden. Aber bis die europäische Satellitenkonstellation ihren Betrieb aufnimmt, wird noch einige Zeit vergehen. Derzeit erstellen die ESA und die Euro-

päische Kommission eine Machbarkeitsstudie; frühestens 2024 sollen die ersten Satelliten in ihre Umlaufbahn starten. In der vergangenen Woche unterschrieb zudem das Luxemburger Start-up OQ Technology mit Sitz in Leudelingen einen Vertrag mit der ESA über zwei Millionen Euro. Das Weltraumunternehmen soll einen Nanosatelliten entwickeln, über den internetfähige Geräte über das 5G Netzwerk verbunden werden können. Das Demonstrationsprojekt soll im kommenden Jahr starten.

„Wenn das Satellitennetzwerk erstmal fertig entwickelt ist, könnte darüber eine Kapazität von bis zu tausend Terabyte pro Sekunde zur Verfügung stehen. Analysten denken, dass irgendwann die Hälfte des Internetverkehrs über das Weltall abgewickelt werden könnte“, sagt Elodie Viau. Ob es tatsächlich so komme, hänge natürlich auch davon ab, ob die Kosten der satellitenbasierten Kommunikation gegenüber den Preisen der terrestrischen Netzwerke konkurrenzfähig sein werden. Dabei können die Satelliten auch in Notfällen einspringen, wenn das terrestrische Netz, beispielsweise in Folge einer Naturkatastrophe, ausfällt, erklärt Elodie Viau. „Die Idee ist, dass Europa seine technologische und industrielle Souveränität entwickelt, ein autonomes System hat und nicht auf amerikanische oder asiatische Netzwerke angewiesen ist“, so Viau.

Während indes das 5G-Netzwerk gerade erst den Betrieb aufnimmt, denken die Ingenieure der ESA bereits über die nächste Mobilfunkgeneration nach. Es wird erwartet, dass ungefähr ab 2030 6G allmählich 5G ersetzen wird. Analysten erwarten, dass das „Internet der Dinge“ bis dahin einen Großteil des Internetverkehrs dominiert. „Beispielsweise ist denkbar, dass die Telemedizin dann so weit entwickelt ist, dass man zuhause von einem Roboter operiert wird, den ein Arzt aus der Ferne steuert. Für solche Anwendungen in Echtzeit ist es natürlich entscheidend, dass die Verbindung absolut sicher, verlässlich und stabil ist“, sagt Elodie Viau. „Die Entwicklungsarbeit an dieser nächsten Generation hat jetzt schon begonnen. Zum Beispiel werden Elemente wie Künstliche Intelligenz von Anfang an in die Technologie eingebettet sein, um die Leistung zu verbessern. Ebenso arbeiten wir schon daran, wie wir unsere Satelliten noch effizienter in das Mobilfunknetzwerk einbinden.“

„Wir sind die Pioniere in dieser Geschichte“

INTERVIEW Etienne Schneider über „Space Mining“ und das Risiko eines Wirtschaftsministers

Yves Greis

Vor fünf Jahren – im Februar 2016 – lancierte der damalige Wirtschaftsminister Etienne Schneider ein neues Abenteuer für die luxemburgische Wirtschaft: die „Space Resources“-Initiative, besser bekannt als „Space Mining“. Dafür wurde er in höchsten Tönen gelobt und gleichzeitig harsch kritisiert. Es brauche Leute, die bereit sind, ein Risiko einzugehen und für eine Sache einzustehen, sagt Schneider. Das habe er getan. **Tageblatt: Hatten Sie damit gerechnet, dass die „Space Resources“-Initiative sich zu einem Erfolg entwickelt?**

Etienne Schneider: Mir war klar, dass es sich zu etwas Großem entwickeln kann. Bevor wir es in Luxemburg lanciert haben, habe ich viele Gespräche mit der Branche geführt – hauptsächlich mit Menschen aus Kalifornien und mit der NASA. Ich hatte auch Kontakte zu Start-ups und Investmentfonds, die in den USA im Entstehungsprozess waren. Dort habe ich gesehen, dass es sich um etwas Seriöses handelt.

Nachdem wir die Sache in Luxemburg lanciert hatten und in den Jahren danach, wurde ich in der Meinung bestätigt, dass wir einen richtigen Weg beschreiten. Immer öfter wollten Industrien aus dem Ausland wissen, wie genau wir eigentlich in Luxemburg vorgehen. Ein Beispiel: Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat bei mir angeklopft und gefragt, ob ich beim deutschen Wirtschaftsminister Peter Altmaier intervenieren könne, damit dieser einen Rahmen für sie schafft.

Als Minister habe ich gespürt, dass Interesse bestanden hat, dass aber viele meiner Ministerkollegen im Ausland keinen Draht dazu hatten. Hinzu kommt, dass viele der Unternehmen, die in diesem Bereich aktiv sind, Start-ups sind. Die haben keine Lobby und dringen nicht zum Minister vor. Das mag in Luxemburg gehen, aber

nicht in Deutschland, Frankreich und England. Das hat dazu geführt, dass die Kooperationen, die wir eingegangen sind, anfangs mit Ländern außerhalb der EU waren.

In der EU ist damals nicht viel gelaufen in dieser Hinsicht. Nicht einmal bei der ESA. Als ich bei der ESA dafür vorgeschrieben habe, dass wir uns eine gemeinsame Strategie für die New-Space-Branche geben, wollte anfangs niemand etwas davon wissen. Jetzt ist es ins Gegenteil umgeschlagen und eine ganze Reihe von Leuten hat mich kontaktiert, um Chef von der ESA zu werden. Das habe ich aus anderen Gründen nicht machen wollen.

Trotzdem sieht man immer noch, dass Europa in diesem Bereich sehr zögerlich ist, während andere Länder nach vorne preschen. Nicht nur die Amerikaner, sondern auch die Japaner, die Südkoreaner, die Emirate und die Inder.

In Luxemburg waren die Reaktionen eher verhalten, auch bei der Opposition.

Das ist doch immer so. Ich verstehe die Reaktionen sogar zum Teil. Es ist ein sehr komplexes Thema und klingt sehr nach Science-Fiction. Damit muss man leben. Wenn man aber glaubt, die richtige Idee zu haben, um einen neuen Wirtschaftssektor zu entwickeln, dann muss man das durchziehen.

Die Opposition, insbesondere die größte Oppositionspartei, war eigentlich nie wirklich dagegen, weil sie Angst hatte, sie könnte auf der falschen Seite der Wirtschaftsgeschichte stehen und weil es den Präzedenzfall der SES gibt. Die Leute sind im Zwiespalt. Zum einen sagen sie sich, dass das Ganze eine verrückte Sache ist. Zum anderen sagen sie sich, das damals mit der SES sei nicht weniger verrückt gewesen und habe auch funktioniert.

In Luxemburg hatten wir immer Nischen, die aber immer kleiner werden, weil sie meist mit

Steuern zu tun haben. Andererseits haben wir immer wieder Ideen umgesetzt, die auf den ersten Blick nicht ganz nachvollziehbar waren, die aber etwas gebracht haben. Als wir in den 70er Jahren entschieden haben, ein Finanzplatz zu werden, haben die Leute auch mit Unverständnis reagiert, weil wir keine Voraussetzungen dafür erfüllt haben. Als wir die luxemburgische Seeflagge eingeführt haben, haben die Menschen auch mit Unverständnis reagiert, weil wir keinen Zugang zum Meer haben. Wir haben es trotzdem geschafft. Und so wird es auch hiermit gehen.

Kritiker haben anfangs eingewandt, dass „Space Mining“ nicht legal ist. Sie haben immer den Vergleich mit der Fischerei in internationalen Gewässern gemacht. Wieso waren Sie sich von vorneherein sicher, im Recht zu sein?

Es ist einfach: Legal ist das, was nicht verboten ist. Verboten ist es definitiv nicht. Der deutsche Autor, der immer zitiert wird, ist in der gesamten Branche als Miesmacher verschrien. Solche Leute gibt es immer. Es gibt allerdings den Weltraumvertrag von 1967. Dieser sagt, dass alles im Weltall der gesamten Menschheit gehört und dass kein Staat es in Beschlag nehmen darf. Damit wollte man damals vermeiden, dass eine der Großmächte, Russland oder die USA ihre Flagge auf den Mond stellt und ihn für sich beansprucht. 1967 ist aber noch niemand davon ausgegangen, dass wir irgendwann Rohstoffe aus dem Weltall nutzen und dass man irgendwann Tourismus im Weltall machen kann oder Tankstellen baut.

In all den Jahren habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Vereinten Nationen das Abkommen modernisieren. Ich habe mit António Guterres darüber gesprochen, der mir aber gesagt hat, dass so etwas mindestens zehn Jahre in Anspruch nehmen würde. Er empfand das nicht als

wichtig genug, um sofort zu handeln.

Allerdings: Eine Reihe von Ländern haben den Mondvertrag unterschrieben. Zu diesen Ländern gehört beispielsweise Belgien. Dieser Vertrag aus den 70er Jahren verbietet jegliche kommerzielle Aktivität im Weltall. Glücklicherweise haben wir den nicht unterschrieben, sonst hätten wir die SES auch nicht gründen können. Vor Kurzem habe ich mit dem früheren Minister und heutigen Ministerpräsidenten von Flandern, Johan Jambon, gesprochen. Belgien will sich jetzt auch im „Space Mining“ einbringen und Jambon wollte von mir Ratschläge einholen, auch im Hinblick auf eine Kooperation mit Luxemburg. Er hat zu mir gesagt, dass sie aus dem Mondabkommen aussteigen müssen, sonst könnte es zu Problemen kommen.

Im Moment ist das alles noch halb so wild, weil das Gros der Aktivitäten in diesem Bereich Forschung ist, die auf der Erde stattfindet und nicht im Weltall.

Nun haben sich in Luxemburg viele Firmen niedergelassen, die nicht auf Asteroiden per se schürfen wollen. Man denke an die Firma iSpace, die gewissermaßen zum Aushängeschild der neuen Weltraumbranche in Luxemburg geworden ist und die sich auf den Mond spezialisiert hat.

Klar. Wir haben von Anfang an versucht, uns breit aufzustellen. Wir wollten nicht nur Unternehmen unterstützen, die morgen schon auf irgendeinem Himmelskörper fliegen, um Mineralien einzusammeln und zu nutzen, sondern jegliche Form der wirtschaftlichen Aktivität im Weltraum. Dazu gehört auch der Weltraumtourismus. Dazu gehören jene, die Tankstellen im Weltall eröffnen wollen. Eine amerikanische Firma, die auch in Luxemburg vertreten ist, heißt „Made in Space“ und hat einen 3D-Drucker entwickelt, der in der Schwerelosigkeit funktioniert. Im Moment wird er auf der ISS getestet. Die Station hat einen enormen Bedarf an einem solchen Printer. Ein Beispiel: Wenn auf der Weltraumstation morgen eine

Zange benötigt wird, dann genügt es, den Astronauten einen Bauplan zu senden, sodass der Printer eine herstellen kann. Früher hätte man eine Rakete hochschicken müssen.

In Zukunft sollen mit diesem Printer komplette Konstruktionen hergestellt werden, ohne dass dafür alles von der Erde ins Weltall transportiert werden muss. Dafür sollen Mineralien genutzt werden, die man vor Ort findet. Das Material findet man dort. Die Forschung muss nur die Prozeduren entwickeln, um es umzusetzen. „Made in Space“ verdient damit sogar schon Geld.

Bei der Pressekonferenz vor fünf Jahren hatten sie den ehemaligen Direktor der ESA Jean-Jacques Dordain an Ihrer Seite. Wie haben Sie es fertiggebracht, dass die ganzen Experten mitgespielt haben?

Sie waren begeistert, dass sich ein Politiker dem Thema annimmt und etwas daraus machen will. Als ich mit den USA eine Einigung unterzeichnet habe, ist der amerikanische Handelsminister Wilbur Ross dafür extra nach Luxemburg gereist und dann wieder zurückgefliegen. Es war nicht etwa so, dass er sowieso in Europa war. Weil mich das gewundert hat, habe ich ihn bei einem Essen darauf angesprochen. Er hat daraufhin einen Satz gesagt, der bei mir hängen geblieben ist: „Weil du der Einzige in Europa bist, der versteht, um was es hier geht und was noch kommen wird.“ Die USA suchen Partner in Europa, weil sie keinen Alleingang im Weltall machen wollen. Er sagte: „Wir wissen, dass Luxemburg ein kleines Land ist, uns ist es aber enorm wichtig, einen europäischen Partner zu haben, und die Großen um euch herum bewegen sich nicht.“

In unserem Advisory Board sind Pete Worden, der frühere Chef von NASA AMES, Jean-Jacques Dordain, der frühere ESA-Chef und die ehemaligen Chefs chinesischer und südkoreanischer Weltraumorganisationen. Sie alle kommen drei- oder viermal im Jahr extra nach Luxemburg – im Moment natürlich nicht wegen Corona – nur um zu besprechen, wie unsere Strategie weitergedacht werden muss und wie unsere Partner-

schaften ausgebaut werden müssen. Das will schon etwas heißen. Es hat keine zwei Tage gedauert, als ich mich von der Regierung zurückgezogen habe, da haben die Arabischen Emirate mich angerufen und gefragt, ob ich nicht ihr Berater werden will.

Es besteht also ein enormes Interesse und wir haben in Europa eine Rolle zu spielen, weil wir die Einzigen sind, die es wirklich ernst meinen.

Haben Sie sich Sorgen gemacht, Ihr Nachfolger, Franz Fayot, könnte das anders sehen?

Erstens ist es ganz normal, dass ein neuer Minister andere Akzente setzt. Er hat mir gegenüber aber immer bestätigt, dass er das Thema weitertreiben will. Im Moment ist es schwer, einen Vergleich zu ziehen, weil Corona alles komplizierter gemacht hat. Aber ich glaube, dass er die Bedeutung davon auch gesehen hat.

Nicht immer ist alles gut gelaufen. Der Staat hat bei seinen Investitionen in dem Bereich auch Geld verloren.

Das war eine einzige Firma. Meine Politik war es eher, Beteiligungen in diesen Unternehmen zu kaufen, anstatt ihnen das Geld als Finanzhilfe für ihre Forschung zu geben. Jedes Jahr geben wir Millionen für Forschung an die Betriebe. Wenn diese Forschung keine Ergebnisse liefert, ist das Geld auch weg und darüber hat sich noch nie jemand beschwert.

Wir haben entschieden, dass es interessant ist, in diesem Bereich Aktionär zu werden, so wie damals bei der SES. Anstatt verschiedenen Firmen nur Geld für die Forschung zu geben, haben wir einen Teil dafür ausgegeben und mit einem anderen Teil Aktien gekauft. Wenn es ein Erfolg wird, dann verdienen wir so später als Staat Geld damit.

Ergo: Wenn ich Planetary Resources (die Firma, die pleiteging, Anm. d. Red.) das Geld in Form von Forschungsgeldern gegeben hätte, dann hätte nie ein Hahn danach gekräht, dass das Geld weg ist und es die Firma nicht mehr gibt. Weil ich aber versucht habe, eventuell einen Return für den Staat zu haben, ist eine große Diskussion

entstanden.

Ich wiederhole mich, aber wenn man eine komplett neue Branche aufbaut, dann muss man mit Rückschlägen rechnen. Wir haben kein Vorbild in der Welt, an dem wir uns orientieren können. Wir sind die Pioniere in dieser Geschichte und müssen in Kauf nehmen, dass manchmal etwas schief läuft.

Nicht wenige Leute haben gesagt, man solle „Schneider mit seinem ganzen Scheiß auf den Mond schießen“. Würden Sie sich über eine Reise ins Weltall freuen?

Nein! Ich bin absolut nicht schwindelfrei. Viele Menschen haben mich gefragt, ob ich als Kind Astronaut werden wollte. Überhaupt nicht! Ich war in dieser Sache nur Ökonom und Wirtschaftsminister, der versucht hat, eine Branche zu entwickeln, von der er überzeugt ist, dass es auf lange Sicht eine gute Sache für Luxemburg sein kann. So wie wir in den 70er Jahren einen Finanzplatz entwickelt haben, hoffe ich, dass diese Branche uns irgendwann Geld reinbringt. Dass es Rückschläge gibt, ist normal und als Politiker muss man wissen, dass man dafür kritisiert wird, das gehört zum politischen Alltag. Mich interessiert das langfristige Ergebnis.

Als die SES ihren ersten Satelliten ins Weltall schießen wollte, wollte keine Versicherung der

Welt das versichern. Der Luxemburger Staat hat ein Gesetz votiert, durch das der Staat für diesen Start die Garantie übernommen hat. Das war ein enormes Risiko. Es ging um ein paar Prozent des Staatshaushaltes, die verloren gegangen wären, wenn dieser Start schiefgelaufen wäre.

Damals wurde auch viel debattiert. Im Parlament ging es darum, warum wir überhaupt einen TV-Satelliten brauchen, wenn doch jeder eine Antenne auf dem Dach hat. Die paar Sender und das sonntägliche „Hei Elei Kuck Elei“ seien schließlich ausreichend. Oppositionspolitiker haben dagegen gewettert, die Regierung ginge ein viel zu großes Risiko ein, um etwas umzusetzen, das Nonsense sei. Heute könnten wir uns nicht mehr vorstellen, ohne Satellitentechnologie zu leben. Dabei geht es nicht nur um Fernsehen, sondern auch um GPS und alles Mögliche, das über Satelliten gesteuert und beobachtet wird (z.B. die Beobachtung von Naturkatastrophen). Niemand außer ein paar Pionieren konnte sich vorstellen, welche Möglichkeiten sich hier bieten. Es ist einfach normal, dass es immer einen braucht, der ein Risiko eingeht und das Heft in die Hand nimmt.

Das war einer der Gründe, warum ich dafür plädiert habe, das Ministermandat auf zwei Perioden zu begrenzen. Wer von der Politik abhängig wird, macht irgendwann

nur noch das, was hilft, wiedergewählt zu werden, und das ist nicht unbedingt das, was im Interesse des Landes ist. Vor allem übernimmt man kein Risiko, um ja nirgends anzuecken. Wenn die Mandate zeitlich begrenzt sind, dann ist man im zweiten Mandat frei, die Dinge zu tun, ohne Angst zu haben, seinen Job zu verlieren, weil man eh weiß, dass man aufgehört. Schlussendlich wurde im Referendum nicht dafür gestimmt. Für mich selbst habe ich es dennoch umgesetzt.

Es braucht immer Leute, die bereit sind, ein Risiko einzugehen und für eine Sache einzustehen. Ich glaube, das habe ich getan – nicht nur bei dieser Sache, sondern auch bei anderen. Es braucht immer Leute, die bereit sind, ein Risiko einzugehen und für eine Sache einzustehen. Ich glaube, das habe ich getan – nicht nur bei dieser Sache, sondern auch bei anderen.

Etienne Schneider
ehemaliger Wirtschaftsminister
und Vizepremier

Ethik im Weltraum

Etienne Schneider liegen, eigenen Aussagen zufolge, die ethischen Aspekte der Weltraumbranche am Herzen. Es dürften im Weltall nicht die gleichen Fehler begangen werden wie bei der Industrialisierung der Erde. Man solle das Weltall nicht verseuchen und verdrecken, so der ehemalige Minister. Weltraumschrott wird immer mehr zum Problem im Weltall. „Wir haben versucht, diese Fragen von Anfang an zu klären“, so Schneider. Auf internationalen Konferenzen habe er immer dafür geworben. Luxemburg sei dafür in x Gremien aktiv. Der Luxemburger Weltraumpolitik wird immer wieder vorgeworfen, den Kapitalismus auf das Weltall auszudehnen. „Es ist das Schicksal eines Wirtschaftsministers, dass er den Leuten, die etwas gegen Kapitalismus haben, ein Dorn im Auge ist“, sagt Schneider. „Das Ganze läuft aber nur so!“ Kein Staat und keine Gemeinschaft haben das Geld, eine solche Aktivität zu entwickeln.

Zahl der Jobsuchenden stagniert im Januar

KONJUNKTUR Keine Besserung auf dem Arbeitsmarkt

Christian Muller

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich im ersten Monat des Jahres 2021 hierzulande nicht verbessert. Verglichen mit dem Vormonat Dezember sind die Zahlen stabil geblieben. Insgesamt sind jedoch weiterhin deutlich mehr Menschen auf Arbeitssuche als vor einem Jahr.

Nachdem sich die Zahlen zur Arbeitslosigkeit im Dezember 2020 merklich verschlechtert hatten (ein Anstieg von 1.759 Arbeitssuchenden innerhalb eines Monats), hat sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Luxemburg im ersten Monat des Jahres 2021 wieder leicht beruhigt. Die Zahlen sind stabil geblieben. Insgesamt 19.882 Personen waren zum 31. Januar 2021 bei dem Arbeitsamt Adem als arbeitssuchend eingeschrieben, wie die Behörde am Montag mittels einer Pressemeldung mitteilte. Das sind 36 Menschen weniger als vor einem Monat.

Verglichen mit Januar 2020, vor dem Beginn der Corona-Krise, liegt die Zahl dennoch weiterhin deutlich höher. Insgesamt sind aktuell 3.386 Personen (oder 20,7 Prozent) mehr auf der Suche nach einem geregelten Einkommen als vor zwölf Monaten, schreibt die Adem.

Im Februar 2020, dem Monat vor dem Corona-Stillstand, lag die Zahl der Arbeitssuchenden laut Statec erst bei 15.939 Personen. Im April überschritt sie die Marke von 20.000 Menschen auf Arbeitssuche. Von Juni bis August besserten sich die Zahlen dann Monat für Monat wieder leicht. Mit einer neuen Corona-Welle

verschlechterten sich die Zahlen zu Jahresende jedoch wieder.

Rückgang bei den Einstellungen

Der Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahresvergleich sei weiterhin hauptsächlich auf einen Rückgang bei den Einstellungen zurückzuführen, schreibt die Adem weiter. Nicht auf eine Zunahme der Neu-Einschreibungen. Insgesamt 2.700 Personen haben sich im Laufe des Monats neu bei der Adem registriert, teilt die Behörde mit. Das seien 182 Personen (oder 6,3 Prozent) weniger als im Vorjahreszeitraum. Bereits im Gesamtjahr 2020 lag die Zahl der Neueinschreibungen fünf Prozent unter der von 2019. In der gleichen Zeit hatte die Adem jedoch 12 Prozent weniger „Dossiers“ abschließen können als im Vorjahreszeitraum.

Die Suche nach Arbeit gestaltet sich demnach weiterhin schwieriger als sonst. Besonders hart trifft dies derweil Personen mit mittlerer oder höherer Bildung. In dieser Kategorie wurde ein Anstieg von Menschen auf Arbeitssuche um mehr als 25 Prozent innerhalb eines Jahres gemessen. Bei Menschen mit einem niedrigeren Bildungsniveau wurde hingegen „nur“ ein Anstieg von 13,2 Prozent festgestellt.

Insgesamt hatten die Arbeitgeber im Monat Januar 6.582 offene Arbeitsplätze bei der Adem gemeldet. Das sind deutlich weniger (17,8 Prozent) als vor einem Jahr, aber leicht mehr (4,8 Prozent) als im Vormonat Dezember.

Zu den am meisten gesuchten Qualifikationen/Berufen zählten im Januar: Verteidigungspersonal, ICT-Fachkräfte, Mitarbeiter für die Buchhaltung sowie Fahrer für Auslieferungen und Finanzexperten.

Aus 5,4 wurde 6,4 Prozent

Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote, berechnet vom statistischen Institut Statec, bleibt im Januar stabil bei 6,4 Prozent. Im April 2020 hatte die Quote einen Höchststand von 6,9 Prozent erreicht. Vor einem Jahr, Ende Januar 2020, lag sie jedoch erst bei 5,4 Prozent, wie Daten von Statec zeigen. Für das Gesamtjahr 2021 rechnet Statec mit einem Anstieg der Arbeitslosenquote auf 6,8 Prozent (positives Szenario) oder auf 7,7 Prozent (negatives Szenario).

Im Januar war derweil die Zahl aller Arbeitsplätze in Luxemburg rückläufig. 479.110 Stellen hat das statistische Institut Statec im Januar gezählt. Das sind 264 Arbeitsplätze weniger als vor einem Monat. Ziemlich wenig für ein Land, das monatliche Zuwachsraten von etwa 1.000 neuen Stellen gewohnt war. Im Januar 2020 waren es 2.456 neue Stellen.

Zugelegt hat derweil jedoch wieder die Zahl der Grenzgänger: Sie stieg im Januar um 166 Personen und erreichte ein neues Rekordhoch von 208.165. Ihre Zahl war im Monat März 2020 um rund 4.000 auf 200.217 Personen eingebrochen. Seit August erreicht sie jeden Monat wieder neue historische Rekordhöhen.

Gewinn der SES geht weiter zurück

UNTERNEHMEN Satellitenbetreiber sieht sich dennoch auf Kurs

Christian Muller

Der einst so erfolgsverwöhnte Luxemburger Satellitenbetreiber SES hat weiterhin mit einem schwierigen Umfeld zu kämpfen. Umsatz und Gewinn waren auch 2020 rückläufig. Das Unternehmen sieht sich jedoch auf Kurs.

Noch bis vor wenigen Jahren war das Geschäft mit dem Betreiben von Satelliten wie eine Lizenz zum Gelddrucken. War ein Satellit erst bis in der Umlaufbahn, dann galt es nur noch, die vorhandene Kapazität zu vermarkten. Einen neuen Satelliten in Orbit zu bringen, kostete ein Vermögen und dauerte Jahre. Doch die Rahmenbedingungen haben sich geändert. Wettbewerber, die zum Teil auf andere Technologien oder billigere Satelliten setzen, machen den Platzhirschen das Leben schwer.

Der Umsatz der Betzdorfer Unternehmensgruppe SES ist im Jahr 2020 um 5,4 Prozent auf 1.876 Millionen Euro gesunken. Noch deutlich stärker, um fast die Hälfte (47,3 Prozent) ist derweil der Nettogewinn eingebrochen. Er sank von 395 auf 208 Millionen Euro. Das teilte das Unternehmen gestern Morgen mit. Bereits im Vorjahr wurde ein leichter Rückgang der Einnahmen (um 1,3 Prozent) verzeichnet.

Im größten Geschäftsbereich des Unternehmens, Video/Fernsehen, war der Umsatz 2020 erneut deutlich rückläufig. Er ist um acht Prozent auf 1,1 Milliarden Euro eingebrochen. Zum 31. Dezember 2020 übertrug die SES insgesamt 8.265 TV-Kanäle an über 365 Millionen TV-Haushalte in aller Welt. Nach wie vor steht der Bereich für den größten Anteil am Umsatz.

Etwas ausgeglichen wurde die negative Entwicklung im Bereich der Fernsehübertragungen durch ein deutliches Wachstum im Bereich Networks, das die Gesellschaft seit einigen Jahren ausbaut. Dazu zählen Dienstleistungen für Regierungen sowie im Bereich Mobilität

und Fixed Data. In diesem Bereich konnte der Umsatz um 5,3 Prozent auf 759 Millionen Euro gesteigert werden. Somit steht er mittlerweile für 41 Prozent des Umsatzes, nach 38 Prozent im Vorjahr. Nach wie vor ist er jedoch kleiner als das Geschäft mit den Videos.

Fernseh-Kanäle für 365 Millionen Haushalte

Geschäftsführer Steve Collar zeigt sich sehr zufrieden mit dem erreichten Ergebnis. „2020 war ein starkes Jahr für SES“, erklärt er. Die Kombination aus „hervorragender kommerzieller Leistungsstärke“ und einer strengen Kontrolle der Kosten habe dafür gesorgt, dass das Resultat am oberen Ende der Erwartungen lag. Obwohl die Pandemie für eine gesunkene Nachfrage nach Internetverbindungen von Flugzeugen und Kreuzfahrtschiffen gesorgt habe, habe man neue Verträge im Wert von über 1,3 Milliarden Euro abschließen können, sagt er in einer Videokonferenz mit Luxemburger Journalisten. Im Rahmen des Programmes „Simplify & Amplify“ habe man zudem Einsparungen bei den Betriebsausgaben von 50 Millionen Euro (ab 2022) erfolgreich umgesetzt.

Das Programm „Simplify & Amplify“ hatte letztes Jahr in Luxemburg für viel Aufregung gesorgt. Ende Mai 2020 hatte SES angekündigt, einige internationale Zweigstellen zu schließen und 10 bis 15 Prozent der weltweiten Belegschaft zu entlassen, auch Angestellte in Luxemburg. Nach Protest von Gewerkschaften und Politik hatte das Unternehmen schlussendlich Abstand von einem Sozialplan genommen. Ein „Plan de maintien dans l'emploi“ wurde aushandelt und unterzeichnet. Im Laufe des Jahres ist die Zahl der Mitarbeiter am Standort Betzdorf schlussendlich sogar leicht gestiegen. Mittlerweile arbeiten hier 640 Personen. Weltweit beschäftigt

die Gesellschaft 2.100 Menschen.

Für die Aktionäre soll dieses Jahr, wie bereits letztes Jahr, eine Dividende von 0,40 Euro pro Titel ausgeschüttet werden. Auch für die Zukunft verpflichtete man sich, diese Mindestgrunddividende von 0,40 Euro beizubehalten. Letztes Jahr hatte das Unternehmen die Dividende auf 0,40 Euro halbiert. Der niedrigste Stand seit fast 15 Jahren. Im Jahr 2018 hatte sie 0,80 Euro betragen. 2015 und 2016 lag sie noch bei über 1,30 Euro pro Titel. 2013 hatte sie die Marke von 1 Euro pro Aktie überschritten.

Die Verschuldung konnte das Unternehmen letztes Jahr derweil auf einen Fünf-Jahres-Tiefststand senken, so der Satellitenbetreiber. Sie konnte letztes Jahr um 505 Millionen Euro reduziert werden und liegt nun bei 3.418 Millionen Euro.

Erste Satellitenstarts seit einigen Jahren

Im laufenden Jahr 2021 will das Betzdorfer Unternehmen zum ersten Mal seit einigen Jahren wieder neue Satelliten in die Umlaufbahn bringen. Es handelt sich um SES-17- sowie um drei O3b-mPower-Satelliten. Die sollen für neue Einnahmen sorgen. Für das Gesamtjahr 2021 wird mit einem Umsatz zwischen 1,76 und 1,82 Milliarden Euro gerechnet.

Das sich im Aufbau befindende Satellitennetzwerk des Konzerns SpaceX, das die USA mit schnellem Internet versorgen will, beunruhigt den Geschäftsführer nicht. Das US-Unternehmen ziele auf Privatkunden – die SES setze jedoch vor allem auf Unternehmen wie Flugzeuge und Schiffe, erklärt er. Zudem werde die SES das Angebot als Erste anbieten können.

An der Börse kamen die Zahlen nicht besonders gut an, auch wenn kein derart drastischer Einbruch wie vor einem Jahr, als die Aktie innerhalb eines Tages ein

Viertel ihres Wertes verlor, zu verzeichnen war. An der Luxemburger Börse wurde bis 14 Uhr ein Einbruch um 5,5 Prozent auf 6,5 Euro pro Titel verzeichnet. Das ist deutlich mehr als die 5,10 Euro pro Aktie von Anfang April 2020 – jedoch weit entfernt von den Höchstständen, wie sie im April 2015 erreicht wurden (34,7 Euro).

Sinkender Gewinn bei SES

Der Satellitenbetreiber blickt optimistisch ins neue Jahr – die Auftragslage ist gut

Betzdorf. Das Nettoergebnis des Satellitenbetreibers SES lag im Pandemiejahr 2020 um die Hälfte niedriger als 2019. Die bereinigten Umsatzerlöse sanken im letzten Jahr um drei Prozent auf 1,9 Milliarden Euro, gab der Satellitenbetreiber gestern bekannt. Insgesamt lag das Vorsteuerergebnis sechs Prozent im letzten Geschäftsjahr unter dem von 2019.

SES verbucht damit für 2020 einen Nettogewinn von 208 Millionen Euro, 47 Prozent weniger als 2019 (395 Millionen Euro). Der bereinigte Nettogewinn war auch niedriger als im Vorjahr, weil SES

in den USA kräftig in den 5G-Ausbau investierte. Die Umsatzerlöse aus dem traditionellen Fernsehgeschäft schwächeln wie erwartet weiter und lagen 2020 acht Prozent niedriger als im Vorjahr bei 1,1 Milliarden Euro. Das spiegelt, so SES, auch die Auswirkungen von Covid-19 wider, da im vergangenen Jahr Sport- und andere Live-Veranstaltungen ausgefallen waren. „Es war klar, dass das gegenwärtige Umfeld eine Herausforderung für unsere Umsatzentwicklung sein würden. In einigen Segmenten, wie der Bereitstellung von Internet für Flugzeuge oder Kreuz-

fahrtsschiffen, war es offenkundig, dass die Einnahmen sinken würden“, sagte SES-Chef Steve Collar bei der Bilanzpressekonferenz. „Wir haben also die Geschäftsausgaben deutlich begrenzt. So konnten wir die Auswirkungen auf das Ergebnis abmildern.“ Er sprach daher von einem unterm Strich „starken Geschäftsjahr“, das „klare Perspektiven für ein rentables Wachstum und ein Versprechen für die Aktienrendite“ versprach. Über 80 Prozent der Konzernumsatzprognose für dieses seien bereits unter Vertrag. SES hat seine Investitionsausgaben für 2020-2024 gegen-

über den bisherigen Prognosen um 390 Millionen Euro reduziert. Steve Collar dazu: „Wir haben unser ‚Simplify & Amplify‘-Programm mit Einsparungen bei den Betriebsausgaben von 50 Millionen Euro ab 2022 erfolgreich umgesetzt, und die Verschuldung befindet sich aufgrund eines hohen Cashflows auf einem 5-Jahres-Tiefststand.“

Die Nettoverschuldung in Höhe von 3,4 Milliarden Euro war um 505 Millionen Euro niedriger als 2019. Damit konnte der Satellitenbetreiber seine Zinskosten deutlich senken.

MeM/ThK



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

FINANZEN

Zielscheibe Luxemburg

OpenLux: Internationale Medien werfen dem Großherzogtum erneut Steuerdumping vor

Luxemburg. Noch immer ziehe das Großherzogtum große Konzerne und das Geld von Prominenten an, kritisierten am gestrigen Montag verschiedene internationale Medien. Denn Luxemburg sei nach wie vor eine Steueroase. Die als „OpenLux“ veröffentlichten Rechercheergebnisse in den Zeitungen, die vor Jahren den LuxLeaks-Steuervermeidungsskandal öffentlich machten, monieren nun, dass in Luxemburgs Transparenz-Register nicht von jeder eingetragenen Gesellschaft auch der

wirtschaftliche Eigentümer bekannt sei. Zudem könnten die vielen Investmentfonds im Land potenziell von Kriminellen zur Geldwäsche genutzt werden. Es stelle sich die Frage, ob das legitim und solidarisch sei, so die „Süddeutsche Zeitung“. Seit 2014 habe sich in der „Steueroase Luxemburg“ jedenfalls nicht viel geändert, ist das Fazit des Recherchenetzwerks. Die Replik auf die Beschuldigungen ließ nicht lange auf sich warten. *MeM*

Chamber als Trutzburg

Im Parlament verteidigen die meisten Parteien Luxemburgs Finanzplatz gegen Kritik

Von Marc Hoscheid

„Luxemburg wird dargestellt, als würden wir uns nicht ordentlich benehmen, dabei halten wir alle Regeln der EU und OECD ein, wir sind ein Rechtsstaat“, meinte Finanzminister Pierre Gramegna (DP) zu Beginn seiner Ausführungen über die Vorwürfe im Rahmen der „OpenLux“-Affäre. Das Großherzogtum habe in Sachen Steuerpolitik zwar nicht immer gut ausgesehen, setze jedoch seit 2014 auf Transparenz, nachdem es zuvor durch die „LuxLeaks“ auf dem falschen Fuß erwischt wurde.

Man antizipiere alle Vorschriften im Kampf gegen Geldwäsche, hier müssten sich jedoch alle EU-Staaten beteiligen. Die Kritik an der Größe des luxemburgischen Finanzplatzes bezeichnete Gramegna als „Frontalangriff auf den gemeinsamen EU-Binnenmarkt“. Der luxemburgische Finanzplatz sei wegen seiner politischen Stabilität, des sozialen Friedens, des Triple A, seiner Innovationskraft sowie seiner Anziehungskraft für Talente erfolgreich. Nichtsdestotrotz bestehe noch Luft nach oben beim Kampf gegen Geldwäsche, vor allem die digitale Variante.

CSV stützt Mehrheit

Justizministerin Sam Tanson (Déi Gréng) unterstrich, dass Luxemburg aufgrund seiner geringen Größe besonders genau beäugt werde. Deswegen habe man den Zugang zum Registre des bénéficiaires effectifs bewusst einfacher gestaltet, als zu diesem Moment vorgeschrieben. Aus Datenschutzgründen sei jedoch bewusst darauf verzichtet worden, dass man eine Person nur mit Hilfe ihres Namens im Register findet. Bei Falschangaben drohten bis zu 1,2 Millionen Euro Strafe.

Es habe 4 000 Anfragen gegeben, um im nicht öffentlich einsehbaren Bereich des Registers eingetragen zu werden, von denen der Großteil abgelehnt wurde. 300 Klagen seien hier anhängig.

„Es kommt nicht oft vor, aber es kommt vor, ich kann quasi alles unterschreiben, was die beiden Minister hier gesagt haben“, so Laurent Mosar (CSV). Der frühere Chamberpräsident kritisierte die ausländischen Medien, die Luxemburg im Rahmen von „OpenLux“

Vorwürfe gemacht hatten, und warf ihnen Doppelmoral vor, weil die Praktiken in anderen Staaten nicht beleuchtet wurden. Als große Herausforderung bezeichnete er die anstehende Bewertung durch die Financial Action Task Force (FATF, franz. Gafi).

„Noch vor einigen Jahren sah die Zukunft des Finanzplatzes alles andere als rosig aus“, meinte DP-Fraktionspräsident Gilles Baum, der daran erinnerte, dass Luxemburg wegen seines Bankgeheimnisses auf mehreren schwarzen Listen stand. Die Erfolge der vergangenen Jahre wolle man sich nicht schlechtreden lassen. Georges Engel, LSAP-Fraktionschef, lobte die Regierung für ihr schnelles Handeln. Er unterstrich die Bedeutung des Finanzplatzes für Luxemburg, der für 60 000 Arbeitsplätze und 4,4 Milliarden Euro an Einnahmen verantwortlich sei. Die LSAP stehe für Steuergerechtigkeit, die allerdings in der gesamten Europäischen Union gelten müsse.

Die Vorsitzende der Fraktion von Déi Gréng, Josée Lorsché, betonte, dass der Kampf gegen Geldwäsche und Steuerkriminalität nie beendet sei und sich nicht auf Europa beschränken dürfe. Bei „OpenLux“ handle es sich nicht um ein zweites „LuxLeaks“, weil die Daten öffentlich zugänglich gewesen seien. Dass viel ausländisches Kapital in Luxemburg verwaltet werde, mache das Land nicht per se zu einem Steuerparadies und sei kein Grund, sich zu schämen. Sie warf Ländern wie Malta oder Zypern vor, ihre Hausaufgaben im Gegensatz zu Luxemburg nicht gemacht zu haben.

ADR kritisiert Grüne und Sozialisten

Fernand Kartheiser (ADR) appellierte an Gramegna, die finanzielle Stabilität und somit das von ihm als Argument für den Finanzplatz Luxemburg angeführte Triple A zu erhalten. Er kritisierte zudem die Grünen und Sozialisten dafür, dass ihre Vertreter im Europaparlament noch vor kurzer Zeit dafür gestimmt hatten, dass Luxemburg auf eine schwarze Steuerliste gesetzt werden sollte. Hier zeige sich eine Doppelmoral. Er warnte vor einer Finanztransaktionssteuer, die nicht für alle OECD-Mitgliedsstaaten gilt.

„Heute ist ein trauriger Tag, ich habe fünf Blockreden gehört und möchte mit einigen Dingen aufräumen“, so David Wagner (Déi Lénk). Die internationalen Journalisten gehörten nicht zu einer Verschwörung gegen Luxemburg. „Ich kann mir vorstellen, dass der Finanzplatz nicht in erster Linie daran interessiert ist Mafiosi anzuziehen, denn man möchte ja unter zivilisierten Menschen bleiben.“ Trotzdem setze man auf Unternehmen, die durch Steueroptimierung der Allgemeinheit schaden.

„Man muss sich die Frage stellen, ob alles, was legal ist, ethisch korrekt ist“, meinte Sven Clement (Piraten). Luxemburg müsse sich die Frage stellen, mit welchen Personen und Unternehmen es in Zukunft Geschäfte machen möchte. Die luxemburgischen Behörden müssten proaktiver gegen Geldwäsche vorgehen. „Von den letzten beiden Rednern kamen einige kritische Punkte, ich teile sie nicht, möchte sie aber nicht kommentieren“, so Gramegna, der sich über die ansonsten herrschende parteiübergreifende Einigkeit freute. Er werde alles tun, um den Finanzplatz noch sauberer und transparenter zu machen.

Tanson bezeichnete die Arbeit der Journalisten im Rahmen von „OpenLux“ als legitim, weil sie ihrer Kontrollfunktion nachgekommen seien, auch wenn sie nicht alle Aussagen teile. Beim Kampf gegen Geldwäsche liege die Hauptverantwortung bei den Akteuren des Finanzplatzes, die ihre Kunden auf ihre Vertrauenswürdigkeit hin bewerten müssten. Die Justizbehörden sollten mit zusätzlichem Personal ausgestattet werden, ein entsprechendes Gesetzesvorprojekt sei ausgearbeitet.

● *Es kommt nicht oft vor, aber es kommt vor, ich kann quasi alles unterschreiben, was die beiden Minister hier gesagt haben.*

Laurent Mosar, CSV

● *Heute ist ein trauriger Tag, ich habe fünf Blockreden gehört.*

David Wagner, Déi Lénk

Keiner Schuld bewusst

Abgeordnete können Kritik im Rahmen der „OpenLux“-Affäre nicht nachvollziehen

Luxemburg. Gäbe es Déi Lénk und die Piraten nicht, wäre die Verteidigungsfront gegen die Kritik am luxemburgischen Finanzplatz gestern in der Chamber perfekt gewesen. Sowohl die drei Mehrheitsparteien als auch CSV und ADR witterten nämlich eine internationale Verschwörung gegen das Großherzogtum, die in erster Linie auf Neid basiere. Von den meisten Rednern wurde noch einmal betont, dass Luxemburg alle internationalen Vorgaben in Sachen Geldwäsche erfülle, hier habe man aus den „LuxLeaks“ gelernt.

Über die meisten Parteigrenzen hinweg war man sich einig, dass

die angeblichen Enthüllungen im Rahmen der „OpenLux“-Untersuchungen nur wegen der Transparenz des Registre des bénéficiaires effectifs möglich waren. Hier könnten sich einige andere EU-Staaten ein Beispiel an Luxemburg nehmen. Auch die Motivation der Presseberichte wurde kritisch hinterfragt. Das Großherzogtum ziehe ausländisches Kapital nicht, wie behauptet, vor allem durch Steuervorteile, sondern durch seine Mehrsprachigkeit und politische Stabilität an. Auffällig war indes die Abwesenheit von Premier Xavier Bettel (DP). *MaH*



Im Verteidigungsmodus: Pierre Gramegna. Foto: Anouk Antony

Leitartikel

Nicht ausruhen

Von Nadia Di Pillo

Es hat sich nicht viel geändert“, schreibt die „Süddeutsche Zeitung“ über die sogenannte „Steuroase Luxemburg“ – das „kleine Land“, das jedes Jahr „Milliarden auf Kosten anderer Länder verdient“. Das ist schlicht und ergreifend falsch. Denn Tatsache ist: In den letzten zehn Jahren hat in Luxemburg ein regelrechter Paradigmenwechsel stattgefunden. Die Regierung hat sehr wohl verstanden, dass es Luxemburgs Image und seine Praktiken ändern, bei der Bekämpfung von Betrug und Steuerhinterziehung kooperieren muss.

Es sind dann auch keine leeren Worte geblieben: Alle Richtlinien, die die Europäische Kommission in den letzten sechs Jahren in dem Bereich verabschiedet hat, wurden einstimmig – also mit den Stimmen Luxemburgs – beschlossen. Luxemburg erfüllt nicht nur alle EU-Richtlinien, sondern auch alle OECD-Standards zur Steuertransparenz, insbesondere im Bereich des Informationsaustauschs und der Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen. Selbst der ehemalige EU-Steuerkommissar Pierre Moscovici sagte einmal: „In den letzten fünf Jahren ist mehr geschehen als in den Jahrzehnten davor.“ Das wird in den Recherchen von „OpenLux“ leider völlig ignoriert.

Der Bericht erweckt auch den Eindruck, als würden die vermögenden Familien immer noch aus nur einem einzigen Grund nach Luxemburg kommen: Steuervermeidung. Auch das ist passé. Kaum eine Branche war in den letzten Jahren so stark mit neuen Regulierungen rund um das Thema Transparenz und Bankgeheimnis konfrontiert wie das Private Banking. Fakt ist, die Transparenz hat dem Luxemburger Finanzplatz nicht geschadet. Die Branche glänzt weiterhin mit guten Zahlen. Weil Luxemburg eben auch andere Stärken und Vorteile hat, die in den internationalen Medien immer gerne ausge-

klammert werden: eine Triple-A-Bewertung, eine offene Wirtschaft, vor allem aber auch die nötige Expertise im Bereich grenzüberschreitende Finanzaktivitäten, Unternehmensfinanzierung und Strukturierungsgeschäfte für internationale Kunden.

Falsch wäre es dennoch aus Luxemburger Sicht, die internationalen Kritiken nicht zu berücksichtigen und alles blindlings zu verteidigen, was am Finanzplatz Luxemburg an Transaktionen durchgeführt wird. Wer sich damit begnügt, auf die erzielten Fortschritte zu verweisen, macht es sich zu einfach. Regierung, Gesetzgeber, Bankenaufsicht und Justiz bleiben deshalb gefordert, immer wieder alle getroffenen Maßnahmen auf den Prüfstand zu stellen und nötigenfalls Verbesserungen vorzunehmen. So etwa beim „Registre des bénéficiaires effectifs“ und bei der Suche des wirtschaftlichen Eigentümers bei allen Gesellschaften. Wenn nötig, muss das Regelwerk nachgebessert und die verfügbaren Ressourcen zur Durchsetzung der Vorschriften aufgestockt werden.

Die erneute Kritik aus dem Ausland sollte man daher nicht einfach so zurückweisen. Schließlich war es auch in der Vergangenheit schon der internationale Druck rund um die LuxLeaks-Affäre, der uns in Sachen Transparenz und Kampf gegen Steuervermeidung weitergebracht hat. Das sollte auch diesmal nicht anders sein.

Kontakt: nadia.dipillo@wort.lu

*Luxemburg
sollte sich
nicht mit
dem
Erreichten
begnügen.*

Fluch der guten Tat

Luxemburgs Parlamentarier verteidigen mehrheitlich „transparenten“ Finanzplatz – Kritik kommt aus dem linken Lager

Von Marc Hoscheid

Luxemburg. So viel Einigkeit, wie sie nach der gestrigen gemeinsamen Sitzung von parlamentarischer Finanz- und Justizkommission über die Parteigrenzen hinweg herrschte, hat Seltenheitswert. Nachdem Finanzminister Pierre Gramegna (DP) und Justizministerin Sam Tanson (Déi Gréng) die Abgeordneten in Sachen „OpenLux-Affäre“ auf den aktuellen Stand gebracht hatten, unterstrichen sowohl die Vertreter der Mehrheit als auch der Opposition die Transparenz des luxemburgischen Registre des bénéficiaires économiques und lobten die Kommunikation der Regierung.

Dass die Regierung noch in der Nacht von Sonntag auf Montag eine Stellungnahme heraus gab, erklärt DP-Fraktionschef Gilles Baum damit, dass sie wegen mehrerer Anfragen der an den Nachforschungen beteiligten Medien darauf vorbereitet war. Er unterstreicht, dass die luxemburgische Gesetzgebung konform zu allen internationalen Vorgaben sei und das Level Playing Field respektiert werde. Auch wenn Baum es für legitim hält, dass Journalisten ein öffentlich zugängliches Register überprüfen, vermutet er hinter den Enthüllungen doch nicht nur investigative Interessen. „Nach dem Brexit wird der Kuchen neu verteilt und die Bankplätze gegeneinander ausgespielt.“

Warnung vor digitaler Geldwäsche

Auch Laurent Mosar (CSV) wundert sich, dass nur über das Großherzogtum und nicht über andere EU-Staaten berichtet wird. Vor allem mit Blick auf das französische Register gebe es Grund für Kritik. Das luxemburgische Register funktioniere und Sorge für Transparenz, andernfalls hätten die Journalisten überhaupt keinen Zugriff auf die Daten bekommen. Wenn trotz einer insgesamt guten Gesetzeslage „merkwürdige Gestalten“ den Weg auf den hiesigen Finanzplatz fänden, müsse es zu punktuellen Anpassungen kommen.

Mosar fordert eine europaweite

Vergleichsstudie, die die Umsetzung der betreffenden EU-Direktive analysieren soll. In Luxemburg fordert er Nachbesserungen beim Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung durch digitale Währungen. Die Reaktion der Regierung in puncto „OpenLux“ lobt er hingegen ausdrücklich, hier habe sie aus den Fehlern bei den „LuxLeaks“ gelernt.

Die Fraktionsvorsitzende von Déi Gréng, Josée Lorsché, lobt die Fortschritte, die Luxemburg in den vergangenen Jahren im Kampf gegen Geldwäsche unternommen habe. „Seit zwei Jahren tun wir nichts anderes als EU-Direktiven umzusetzen, die Regierung gibt hier richtig Gas.“ Dass es hierzulande so viele Finanztransaktionen gibt, führt sie weniger auf Steuervorteile als vielmehr auf die politische Stabilität, den sozialen Frieden und die Sprachenvielfalt zurück.

LSAP-Fraktionschef Georges Engel stellt den Finanzplatz nicht grundsätzlich infrage, dieser trage wesentlich zum Wohlstand des Landes bei und investiere beispielsweise in grüne Technologien. Außerdem seien die Steuerrulings zwischen 2015 und 2020 um 92,4 Prozent zurückgegangen. Er bemängelt jedoch die starke Abhängigkeit vom Finanzplatz und plädiert für eine Diversifizierung der Wirtschaft. Auch müsse die Magistratur mehr Personal für den Kampf gegen Geldwäsche erhalten, denn diese werfe ein schlechtes Licht auf alle Akteure: „Wenn in einem Konzert eine falsche Note gespielt wird, sprechen die Leute nur darüber und nicht über die 1 000 richtigen.“

Für Sven Clement (Piraten) müssen die Behörden in erster Linie mit den nötigen technischen Mitteln ausgestattet werden, beispielsweise für eine automatische Überprüfung von Sanktionslisten. Die aktuelle Debatte solle Luxemburg als Chance sehen, eine Vorreiterrolle zu übernehmen und seine Politik der aggressiven Steueroptimierung zu überdenken. Auch wenn er die Berichterstattung für teilweise voyeuristisch hält, begrüßt er es den-

noch, dass die Regierung keine Klage gegen die Journalisten anstrebt. „Was Klagen im digitalen Bereich angeht, ist die Regierung in der Vergangenheit ja nicht gerade durch Zimmerlichkeit aufgefallen.“

„Der dümmste Mafioso der Welt“

Roy Reding (ADR) findet es erstaunlich, dass überhaupt von einer Affäre gesprochen wird, da alle Informationen frei zugänglich seien. Es sei zudem normal, dass Investmentfonds nicht in dem Register aufgeführt werden, weil diese teilweise über Tausende von Aktionären verfügten. Reding bezweifelt sogar, dass, wie in der Recherche behauptet, mafiose Organisationen ihr Geld in Luxemburg waschen. „Der Mafioso, der seinen echten Namen in ein öffentlich zugängliches Register eintragen lässt, ist der dümmste Mafioso der Welt.“

Déi Lénk, die weder in der Finanz- noch in der Justizkommission vertreten sind, teilen in einem Pressecommuniqué mit, dass sie sich in ihrer Globalisierungskritik bestätigt fühlen. Liberalisierten Geldflüssen stünden fragmentierte nationale Gesetzgebungen gegenüber, was es den Reichen ermögliche, ihre Profite auf Kosten der Allgemeinheit zu optimieren.

Eine Sprecherin der EU-Kommission wollte sich gestern während eines Pressebriefings nicht zu weit aus dem Fenster lehnen. Sie betonte lediglich, dass die EU ihre bereits robusten Regeln gegen die Steueroptimierung weiter verbessern will und unterstrich, dass Luxemburg über die geltenden Richtlinien im Kampf gegen Geldwäsche im Bilde sei.

● *Wenn in einem
● Konzert eine
falsche Note
gespielt wird,
sprechen die Leute
nur darüber.*

Georges Engel, LSAP-Fraktionschef

Luxemburg erneut am Pranger

Nach LuxLeaks folgt OpenLux: „Das Großherzogtum ist noch immer ein Steuerparadies“, sagt ein internationales Recherchenetzwerk

Von Marco Meng

„Luxemburg nimmt seine Nachbarn aus“, schreibt gestern die „Süddeutsche Zeitung“. Denn das Großherzogtum setze nach wie vor auf Steuerdumping. „Trotz aller Skandale und Ermittlungen zieht die Steueroase Luxemburg weiterhin internationale Konzerne und vermögende Personen an und macht es diesen leicht“, so die Zeitung aus München. Angestoßen von der französischen Tageszeitung „Le Monde“ beteiligten sich neben der „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) auch das Journalistennetzwerk Organized Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP), die belgische Zeitung „Le Soir“, die Luxemburger Wochenzeitung „Woxx“ sowie die US-Mediengruppe McClatchy an der „OpenLux“-Recherche.

● *Nur bei der Hälfte der Gesellschaften sind die wahren Eigentümer bekannt.*

OpenLux-Recherche

Sie kommt zu dem Schluss, dass sich im Großherzogtum auch nach der LuxLeaks-Affäre im Jahr 2014 nicht viel geändert habe.

„Le Monde“ schreibt, Luxemburg sei ein „Magnet für den Reichtum der Welt“: Milliardäre, multinationale Unternehmen, Sportler, Künstler, Politiker und sogar einige Royals hätten hier Briefkastenfirmen ohne Büroräume und Angestellte gegründet. Allein 2020 waren in Luxemburg 10 713 neue Firmen gegründet worden. Auch werde im Land Vermögen fragwürdigen Ursprungs verwaltet: Die internationalen Recherchen zeigten, dass Luxemburg nach wie vor nicht nur die Reichen und Prominenten anzieht, sondern auch dubiose Gestalten wie einen Waffenhändler, der in Frankreich im Zentrum eines Korruptionsskandals steht, einen der Schwiegersöhne

des tunesischen Ex-Diktators Ben Ali sowie Menschen mit Verbindungen zur organisierten Kriminalität in Russland und in Italien.

Es zeige sich, dass Luxemburg „noch immer einer der bevorzugten Finanzplätze ist für vermögende Menschen und Großunternehmen, die Steuern vermeiden wollen“, und „weiterhin ein attraktiver Finanzplatz für Unternehmen und vermögende Menschen, um Steuern zu minimieren“.

Weniger Steuer-Rulings seit LuxLeaks

Die Zahl der Vereinbarungen zwischen Steuerbehörden und Konzernen (die als „Steuer-Rulings“ bekannt gewordenen Vorbescheide) ist zwar seit dem „LuxLeaks“-Skandal deutlich zurückgegangen, von 599 im Jahr 2015 auf 44 im letzten Jahr. Doch nach wie vor sei bei vielen der Gesellschaften, die im Transparenzregister eingetragen sind, der wirtschaftliche Eigentümer unbekannt, wie „Le Monde“ und die SZ schreiben.

Das öffentliche Register, mit dem Luxemburgs Behörden die wahren Eigentümer von Gesellschaften offenbaren wollten, erweise sich damit als „weitgehend wirkungslos“. Seit 2019 soll das „Luxembourg Business Register“ (lbr.lu) den wirtschaftlichen Eigentümer (Registre des bénéficiaires effectifs) einer Gesellschaft offenlegen. „Die Recherche zeigt, dass bei etwa der Hälfte der Luxemburg-Gesellschaften die versprochenen Informationen fehlen oder irreführend sind. Oftmals sind die Angaben auch offensichtlich falsch.“

Tausende solcher Registrierungen, in denen kein wirtschaftlicher Eigentümer eingetragen ist, seien zuletzt aber von Luxemburgs Finanzbehörden an die Staatsanwaltschaft weitergegeben worden, räumen die Publikationen ein. Die Rechercheure stoßen sich auch daran, dass man nicht „einfach in der Suchmaske den Namen beispielsweise eines Promi-

nenten“ eingeben könne, um herauszufinden, ob dieser eine Firma in Luxemburg besitze.

Etwa drei Viertel der eingetragenen Firmeneigentümer, so stellte man beim Durchforsten des Registers fest, stammten aus aller Welt und nicht aus dem Großherzogtum: Allein 4 600 Personen, die eine Firma in Luxemburg besitzen, kämen aus Deutschland, wird moniert. Dass Luxemburg ein internationaler Standort ist und viele Firmengründer nicht nur in Luxemburg, sondern auch anderswo, zum Beispiel ebenso in ihren Heimatländern selbst, Firmen besitzen, bleibt allerdings im OpenLux-Bericht unerwähnt.

Zuweilen kommen bei der Lektüre des Berichts Zweifel auf, ob sich die Rechercheure eingehend mit der Struktur Luxemburgs und seiner Wirtschaft befassten. Dass in Luxemburg jedenfalls „Investitionen in Höhe von Milliarden Euro verwaltet werden“, ist nichts Ungewöhnliches, da Luxemburg der größte Fondsstandort Europas ist. Doch auch das wird in dem Bericht hinterfragt. Denn Investmentfonds würden zunehmend zur Geldwäsche benutzt. Dass Investmentfonds und deren „Eigentümer“ nicht im Register auftauchen, wird mit OpenLux folglich ebenfalls kritisiert. Ein öffentliches Register allerdings mit den Namen aller, die Fondsanteile besitzen, gibt es nirgendwo auf der Welt. Technisch wäre das auch nur schwer umzusetzen: Denn Fondsanteile können täglich, ja im Grunde jede Sekunde ver- oder gekauft werden; eine entsprechende öffentliche Datenbank wäre nie aktuell. Ganz abgesehen davon ist es fraglich, ob ein solches Register mit dem Datenschutz in Übereinstimmung zu bringen ist. Ist es angemessen, dass jede Person – ob sie für die Rente spart oder als normale Geldanlage – mit Namen in einer öffentlich zugänglichen Liste auftaucht, oder ist es Privatsache, wenn jemand Fondsanteile

kauft?

Großer Finanzplatz, kleine Behörden

Im Gegensatz zu den Behauptungen der luxemburgischen Regierung, kritisiert OpenLux, sei das Großherzogtum ein „wahrhaftiges Offshore-Zentrum.“ Das liege auch daran, dass die Größe der mit der Aufsicht beauftragten Verwaltung sich eher an der Größe des Landes orientiere, nicht aber an dem Umfang der tatsächlichen Transaktionen. Das Registre des bénéficiaires économiques habe lediglich 59 Angestellte, und auch die Aufsichtsbehörde für den Finanzsektor (CSSF) sei mit rund 900 Angestellten unterbesetzt. Dabei würden rund 55 000 Offshore-Unternehmen ein Vermögen von mindestens sechs Billionen Euro verwalten. Allein mehr als 250 Milliarden sind laut OpenLux im Luxemburger Transparenzregister angeführt: Brad Pitt, Angelina Jolie, Claudia Schiffer, Tiger Woods, Cristiano Ronaldo sind einige der Namen, die genannt werden. Unternehmen wie Hermès, Pfizer, LVMH, Decathlon, KFC oder Amazon kommen ebenfalls vor.

Im Gegensatz zu LuxLeaks vor knapp sechs Jahren handelt es sich bei den aktuellen Enthüllungen nicht um unrechtmäßig beschaffte Daten. Im Rahmen von OpenLux wurden die öffentlich zugänglichen Informationen aus dem LBR-Register der wirtschaftlich Berechtigten benutzt – zwischen drei und vier Millionen Datensätze seien ausgewertet worden. Allerdings seien die Informationen „lesbarer“ gemacht worden, heißt es.

„Ist es illegal, eine Firma in Luxemburg zu besitzen?“, fragt die SZ als Fazit selbst und gibt zu: Nein. Aber es bleibe die Frage, „ob es legitim und solidarisch ist, dass ein Land durch seine vorteilhafte Steuergesetzgebung multinationalen Konzernen und reichen Menschen hilft, Steuern in ihren Heimatländern zu vermeiden oder zu

sparen.“ Und diese Steuergelder würden gebraucht, um zum Beispiel „Coronaimpfstoffe zu kaufen“, so die SZ. Die Luxemburger Regierung wies indes gestern in einer Stellungnahme „die verschiedenen Behauptungen sowie die völlig ungerechtfertigte Darstellung des Landes und seiner Wirtschaft“ zurück.

Replik auf die Veröffentlichungen lässt nicht auf sich warten

„Es gibt in Luxemburg keine günstige Steuerregelung für multinationale Unternehmen oder für digitale Unternehmen. Diese müssen sich an genau dieselben Steuerregeln und Gesetze halten wie alle anderen luxemburgischen Unternehmen“, so die Erklärung der Regierung. Am Finanzplatz würden überdies alle EU- und internationalen Vorschriften sowie Empfehlungen angewendet. Die Behauptungen der OpenLux-Autoren seien

darum unbegründet.

„Die Journalisten haben diese Recherche gemacht mit Millionen von Dokumenten, die sie in den luxemburgischen Firmenregistern gefunden haben, und klagen uns dann an, wir seien nicht transparent genug“, kommentiert Nicolas Mackel, Geschäftsführer von „Luxembourg for Finance“. Dieses Vorgehen sei „doch etwas inkohärent, oder?“ Dass Luxemburg nach wie vor wohlhabende Investoren und Prominente aus aller Welt anzieht, erklärt Mackel vor allem mit der Spezialisierung des Landes und Attraktivität des Finanzplatzes. „Ähnlich wie zum Beispiel Ingolstadt sich auf die Automobilindustrie haben wir uns nun mal auf Finanzprodukte spezialisiert. Es ist daher nicht erstaunlich, dass so viele Franzosen und Deutsche hierher kommen für ihre Invest-

ments“, sagt Mackel. „Luxemburg hat eine ganz spezifische Rolle als Investmenthub, und zwar innerhalb des international und europäisch vorgegebenen gesetzlichen Rahmens.“ Das Land habe in den letzten Jahren alle Vorgaben in Bezug auf Informationsaustausch und Transparenz umgesetzt. Die CSSF entgegnet auf OpenLux, ihr Personal sei auf 1 000 Mitarbeiter aufgestockt und verfüge „über ausreichende Mittel, um ihre aufsichtsrechtlichen Aufgaben zu erfüllen.“

Dass tatsächlich Luxemburg eines der wenigen europäischen Länder ist, das die wahren Eigentümer von Firmen zugänglich macht – auch wenn dies offenbar noch nicht vollständig geschieht – wird im OpenLux-Bericht nur am Rande erwähnt. „Ende 2020 lag die Vollständigkeitsrate des Registers bei rund 90 Prozent“, so die Regierung. In Luxemburg hat jeder

anonym, unbeschränkt und kostenlos Zugriff auf diese Datenbank – im Gegensatz zu den Registern in Deutschland oder Frankreich.

● *Es bleibt die Frage, ob es legitim und solidarisch ist...*

„Süddeutsche Zeitung“

● *Luxemburgs Gesetzgebung ist in vollem Einklang mit allen EU- und internationalen Vorschriften.*

Luxemburger Regierung

Die LuxLeaks-Affäre

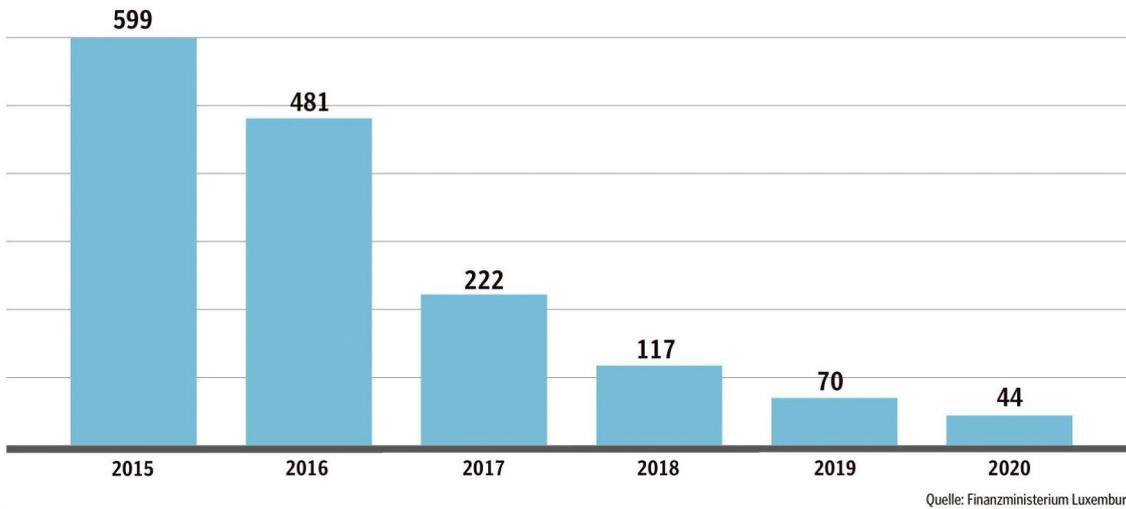
Ende 2014 wurden vertrauliche Dokumente der Beraterfirma PwC Luxemburg als „LuxLeaks“ der Presse zugespielt. Die dadurch bekannt gewordenen Steuervereinbarungen boten 343 internationalen Konzernen von Apple über Amazon bis Ikea die Möglichkeit, ihre Steuern unter ein Prozent zu drücken. Am

21. Oktober 2015 entschied die EU-Kommission, dass die Steuervorteile, die Luxemburg, aber auch beispielsweise die Niederlande multinationalen Konzernen gewährt hatten, illegale Beihilfen darstellen. Die zu wenig gezahlten Steuern müssen nachgezahlt werden. Im Oktober 2016 schlug die Kommission

eine gemeinsame Besteuerungsgrundlage für alle in der EU operierenden Firmen vor. Ein Jahr darauf forderte Brüssel Luxemburg dazu auf, von Amazon 250 Millionen Euro nachzufordern. Das Großherzogtum und der Internetversandhändler klagen dagegen vor dem Europäischen Gerichtshof. *MeM*

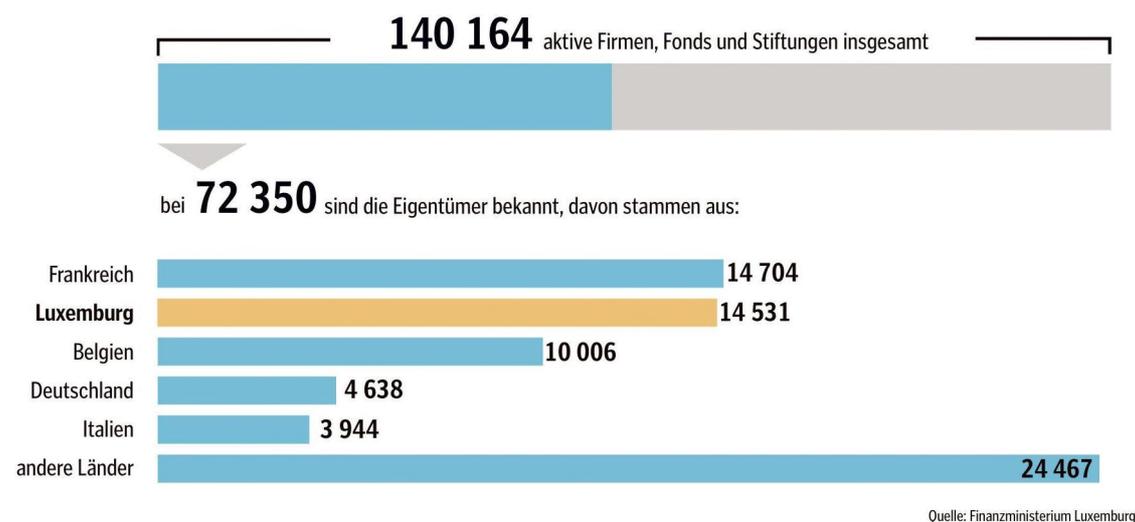
Rückgang der Rulings

Als Tax Rulings werden jene geheimen Abmachungen bezeichnet, mit denen Luxemburg globalen Konzernen Konstruktionen zur Steuervermeidung genehmigt und damit Steuersätze von bisweilen weniger als einem Prozent ermöglicht hat.



Viele Unbekannte

Nur bei der Hälfte aller aktiven luxemburgischen Firmen, Fonds oder Stiftungen sind die wahren Eigentümer bekannt.



So reagieren Luxemburgs Abgeordnete auf die „OpenLux“-Vorwürfe

LÜCKEN Die Politiker wollen sich mit Verbesserung der Kontrolle der Datenbank befassen

Marlene Bucher

Nach der Luxleaks-Affäre im Jahr 2014 ist gestern Morgen eine neue Diskussionsrunde um Luxemburgs Steuervorteile für Firmen aus dem Ausland eröffnet worden. Angestoßen wurde die Debatte durch eine Recherche der französischen Zeitung „Le Monde“, auch andere Medien sind daran beteiligt. Das Tageblatt hat bei den Abgeordneten im Luxemburger Parlament nachgefragt, was sie über die Vorwürfe denken. Das Großherzogtum als Steueroase innerhalb der EU – dieses Klischee haftet Luxemburg mittlerweile schon etwas länger an. Aber entspricht dieses Klischee auch der Wahrheit? Die aktuelle „OpenLux“-Affäre wurde von einer Recherche der französischen Tageszeitung *Le Monde* angestoßen, weitere Zeitungen wie die *Süddeutsche Zeitung* in Deutschland oder *Woxx* in Luxemburg waren daran beteiligt. Die Vorwürfe: Seit der Luxleaks-Affäre im Jahr 2014 habe sich im Großherzogtum bezüglich der außergewöhnlichen Steuervorteile für Unternehmen nicht viel verbessert. Das für jeden einsehbare „Registre des bénéficiaires économiques“ sei „weitgehend wirkungslos“ – dabei soll die Datenbank es eigentlich Briefkastenfirmen schwerer machen, sich zu verstecken.

Das *Tageblatt* hat bei den Abgeordneten im Luxemburger Parlament nachgefragt, was sie von den OpenLux-Vorwürfen halten. Der DP-Fraktionsvorsitzende Gilles Baum sagt zu dem Thema: „Wir haben seit 2013 beziehungsweise 2014 alle unsere Maßnahmen im Finanzbereich sowohl an die EU- als auch an die OECD-Norm angepasst“, sagt der Politiker. Die OECD ist die internationale

„Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung“.

Parlament befasst sich mit „OpenLux“-Vorwürfen

Laut Baum sei Luxemburg mit seinen Vorschriften damit nicht nur auf dem neuesten Stand, was den Finanzsektor angehe, sondern unter anderem auch, was den Bereich Geldwäsche- und Terrorismusbekämpfung betreffe. Der DP-Politiker kündigt an, dass man sich im Parlament konkret mit den Vorwürfen auseinandersetzen werde und – wenn nötig – nachjustieren werde. „Ich sehe keinen Grund, warum man da nicht noch einmal nachbessern sollte, falls es notwendig sein sollte“, erklärt er.

Josée Lorsché, Fraktionsvorsitzende von „déli gréng“, sagt, dass das öffentliche Register genau dafür da sei, dass jeder es einsehen und die Daten darin prüfen könne, wie zum Beispiel jetzt die Journalisten während deren Recherche. „Luxemburg ist beispielhaft vorgegangen, indem es das Register öffentlich zugänglich gemacht hat – das ist so nicht in jedem Land möglich“, so Lorsché. „Das zeigt, dass wir unsere Hausaufgaben machen, statt Geheimniskrämerei.“

Dass sich in Luxemburg so viele Unternehmen tummeln, erklärt Lorsché damit, dass das Großherzogtum nun mal ein attraktives Land sei – aus mehreren Gründen. Zum Beispiel sei Luxemburg ein Ort mit vielen Sprachen, kurzen Wegen und guten Arbeitskräften. Die „OpenLux“-Kritik sei in dem Sinne gerechtfertigt, dass es zwar durchaus fragwürdige Menschen gebe, die zum Beispiel falsche Daten in das Register eingeben – doch das sei der Ansporn, die Kontrollmechanismen der Datenbank noch mehr zu verbessern und solche Einträge auf-

zudecken.

Im Blick auf andere Länder wünscht sich Lorsché weniger mahnende Finger in Richtung Luxemburg, solange viele andere Länder noch nicht einmal dazu übergegangen seien, das Register öffentlich zu machen und für Transparenz zu sorgen. „Wenn man keine Transparenz hat, dann findet man diese Fehler auch nicht“, erklärt die Abgeordnete.

„Déi Lénk“: Affäre bestätigt nur bekannte Umstände

Der ADR-Abgeordnete Jeff Engelen hält den Vorwurf, das Großherzogtum sei ein Steuerparadies und es würden nicht genügend Gegenmaßnahmen ergriffen, für unberechtigte Kritik. „Ich glaube nicht, dass Luxemburg eine Steueroase ist“, erklärt er gegenüber dem *Tageblatt*.

Auch „déli Lénk“ äußerte sich am Montag in einer Pressemitteilung zu der Affäre. „Für 'déli Lénk' bestätigen die ersten Veröffentlichungen der journalistischen Untersuchung 'OpenLux' nur, was allgemein bekannt ist: Vermögende in aller Welt nutzen ausgeklügelte Finanzarrangements, um Steuern zu vermeiden, und der Finanzplatz Luxemburg bietet ihnen, wie auch in anderen europäischen Ländern, dafür eine maßgeschneiderte Plattform.“ Das öffentliche Register sei „dank des Drucks der Zivilgesellschaft und gegen den Willen vieler EU-Mitgliedsstaaten öffentlich gemacht“ worden.

„Déi Lénk“ erkenne zwar an, dass die Luxemburger Regierung in den letzten Jahren Anstrengungen unternommen habe, internationale Empfehlungen und Initiativen umzusetzen. Allerdings fordere die Partei von der Regierung, dass die vorgebrachte Kritik ernst genommen werde und das Parlament voll in die „Aufklä-

rungs- und Wiedergutmachungsarbeit“ einbezogen werden solle.

Der LSAP-Fraktionsvorsitzende Georges Engel bezeichnet die „OpenLux“-Vorwürfe als ungerechtfertigt. Seit der LuxLeaks-Affäre im Jahr 2014 habe sich das Großherzogtum „auf die Fahne geschrieben“, von sämtlichen schwarzen Steuerlisten herunterzukommen. „Das ist uns auch gelungen“, sagt der Politiker. Noch in dieser Woche solle beispielsweise ein Gesetzestext zur Bekämpfung von Geldwäsche im Parlament gestimmt werden. Alle Finanzvorschriften,

die von OECD oder EU als Norm eingestuft seien, habe man in Luxemburg auch entsprechend umgesetzt. „Wir machen alles in dem legalen Rahmen, den uns die EU vorgibt“, so Engel.

Vorwürfe werden heute in der Chamber diskutiert

Der Abgeordnete fügt hinzu: „Es gibt natürlich schwarze Schafe am Luxemburger Finanzplatz, aber aufgrund weniger schwarzer Schafe sollte man nicht den ganzen Rest der Beteiligten verurteilen.“ Das Großherzogtum verfüge grundsätzlich über einen sehr

guten Finanzplatz, betont Engel. Am Dienstag werde im Parlament allen Parteien die Möglichkeit eingeräumt, zur „OpenLux“-Affäre Stellung zu nehmen und darüber zu diskutieren.

Das Luxemburger Finanzministerium schreibt zudem auf *Tageblatt*-Anfrage, dass das „Registre des bénéficiaires économiques“ ordnungsgemäß geführt werde. „Da es noch ein sehr 'junges' Instrument ist (etwas mehr als ein Jahr alt), wird es permanent Anpassungen und Verbesserungen geben“, erklärt das Ministerium.

Halbe Wahrheiten

Stefan Kunzmann

Chefredakteur

Nicht schon wieder! Luxemburg steht wieder am Pranger und wird als Steuer-oase gebrandmarkt. Dem Vorwurf sieht sich das Land schon lange ausgesetzt. Bevor 2014 Hunderte von „Tax Rulings“ zwischen multinationalen Unternehmen und der hiesigen Steuerbehörde durch zwei Whistleblower und ein internationales Journalistenkonsortium an die Öffentlichkeit gelangten, wusste die Welt bereits, dass Privatleute und Firmengeflechte nicht wegen des guten Klimas ihre Geldschäffchen hierzulande ins Trockene brachten. Nun gab die „LuxLeaks“-Affäre den Steuerdeals, euphemistisch Steuersparmodelle genannt, einen Namen. Damit hatten manche Konzerne mit Unterstützung des zuständigen Amtes ihre Steuersätze auf unter ein Prozent gedrückt.

Die damals noch ziemlich taufrische blau-rot-grüne Regierung hatte den Skandal von den Vorgängerregierungen der Juncker-Ära geerbt und gelobte Besserung. Die Bemühungen zeitigten Erfolge. Mehr als eine Legislaturperiode später betont sie nicht zu Unrecht, dass das Land heute transparenter sei – als andere EU-Staaten – und es „keine schädlichen Steuerpraktiken“ mehr gebe. Was nur die halbe Wahrheit ist, denn im internationalen Wettstreit der Finanzplätze kommt immer irgendjemand zu Schaden – die immer länger werdende Liste von Leaks (Lux-, Swiss- und Football-Leaks) und Papers (Panama und Paradise) haben dies eindrucksvoll belegt. Und sicherlich gehen durch Steuerminimierung und -hinterziehung den Finanzämtern in den geschädigten Ländern viele Milliarden Euro durch die Lappen.

So wie die jüngsten Enthüllungen – unter anderem der Süddeutschen Zeitung, Le Monde und der luxemburgischen woxx – das international allseits beliebte Luxemburg-Bashing fördern, gleicht die Reaktion von luxemburgischer Regierung und Finanzplatz einem Pawlowschen Reflex: Die aktuellen „OpenLux“-Berichte waren kaum über den Äther geschickt, veröffentlichte die Regierung gleich eine Stellungnahme, und Finanzminister Pierre Gramegna gab seiner Empörung freien Lauf. Die Kritik sei unbegründet und ungerechtfertigt; Luxemburg habe schließlich als eines der ersten Länder Europas ein öffentliches – und zu 90 Prozent vollständiges – Register der wirtschaftlichen Berechtigten eingeführt. Es wurde also schön abgewiegelt, im Parlament fand tags darauf gleich eine Debatte zu dem Thema statt. Außer der Linken und den Piraten war man sich in der Verteidigung des Finanzplatzes ziemlich einig. DP-Fraktionschef Gilles Baum witterte sogar eine Verschwörung.

In der Tat ist die Zahl der Rulings, also der geheimen Abmachungen zur Steuervermeidung, von 599 im Jahr 2015 auf 44 (2020) nach Angaben des Finanzministeriums mehr als deutlich gesunken. Transparenz hin oder her, dass im „Régistre des bénéficiaires effectifs“ bei vielen Firmen die Geschäftsführer und Verwalter genannt werden, aber nicht die wahren Eigentümer, dafür manchmal sogar Minderjährige, ist eine entscheidende Lücke. Nur bei der Hälfte der Luxemburger Firmen sind sie bekannt. Die Daten sind also nicht vollständig. Nennenswerte Lücken gibt es besonders bei Investmentfonds. Auch ist es richtig, dass im Kampf gegen die Geldwäsche noch viel getan werden muss. „Denn wenn verschleiert

wird, wem eine Firma gehört, dann kann sich dahinter ziemlich alles verbergen“, schreibt reporter.lu. So zieht der Luxemburger Finanzplatz nicht nur Konzerne und reiche Privatpersonen an, sondern auch zwielichtige Gestalten aus Diktaturen und Mafiaorganisationen.

Aber das große Geld landet nicht nur, wie ein pauschaler Blick suggeriert, wegen des Steuerdumpings im Großherzogtum, sondern wegen der viel beschworenen kurzen Wege und aufgrund von Renommee, Rechtssicherheit und Stabilität. Ein genauerer, differenzierterer Blick hätte der Objektivität von „OpenLux“ gutgetan, ein vergleichender Blick auf die Steueroptimierung in anderen europäischen Ländern wie Deutschland, Irland oder die Niederlande ebenso. Immerhin wurde erkannt, dass der angesammelte Luxemburger Reichtum nicht bei allen Einwohnern des Landes ankommt, die Mieten ins Unermessliche steigen und sich die Armutsrate in den vergangenen 25 Jahren verdoppelt hat – dass also Luxemburg nicht ein einziges Schlaraffenland von Profiteuren ist.

Andererseits sollten die Rechercheergebnisse von der Regierung aktiv genutzt werden, um weitere Fortschritte gegen Geldwäsche zu erzielen. Luxemburg muss darüber hinaus künftig verstärkt eine konstruktive Rolle bei der gemeinsamen EU-Steuerpolitik spielen und darf sich der Kooperation auf diesem Gebiet nicht verschließen. Nur so kann es sich vom Pranger der Anschuldigungen befreien – und sich des schlechten Images ein für alle Mal entledigen.

Luxemburg muss eine konstruktive Rolle bei der gemeinsamen EU-Steuerpolitik spielen.

Was andere Steuerregeln das Land kosten könnten

UNTERNEHMEN IWF-Studie zum Gewicht der „internationalen Besteuerung“

Christian Muller

Unter anderem attraktive Steuervorschriften haben dazu beigetragen, aus Luxemburg einen Standort für international tätige Unternehmen zu machen. Nun stehen einige dieser Regelungen unter Druck. Das Land droht Steuereinnahmen von Unternehmen zu verlieren. Das geht aus einem Arbeitspapier des Internationalen Währungsfonds (IWF) hervor. Untersucht wurde, welches Gewicht dieser Sektor für die Wirtschaft des Großherzogtums darstellt, und was die Risiken sind.

In der Corona-Krise ist die Verschuldung der Staaten stark gestiegen. Sobald die Krise vorbei ist, wird die Suche nach Geldern, um das Finanzdesaster zu finanzieren, losgehen. Auch nach der Finanzkrise von 2008 war dies passiert. Ins Visier geraten waren damals Steuerhinterziehung und Bankgeheimnis. Nur wenige Jahre später war das traditionelle Bankgeheimnis Teil der Geschichte, sowohl in der Schweiz als auch in Luxemburg.

Wohin der diesbezügliche Weg nach Corona gehen wird, ist bereits jetzt klar. Ins Visier geraten dürften vor allem die Steueroptimierungspraktiken von globalen Konzernen. OpenLux lässt grüßen. Bereits seit mehreren Jahren wird, angestoßen von den G20-Ländern, am Thema gearbeitet (Stichwort BEPS). Luxemburg wird die noch zu formulierenden neuen Regeln akzeptieren. Das Land will nicht wieder als „Steuerparadies“ gebrandmarkt werden.

Doch die sich verändernden internationalen Steuerregeln für Unternehmen führen zu rückläufigen Steuereinnahmen in Luxemburg und werden somit zur Ungewissheit für die Staatsfinanzen. „Änderungen des regulatorischen und steuer-

lichen Rahmens in der Europäischen Union könnten eine Herausforderung für (Red.: den Finanzplatz) und Luxemburgs Wachstumsmodell darstellen“, schreibt beispielsweise die Ratingagentur Moody's in ihrem Bericht über Luxemburg von Januar 2021.

Experten sehen sinkende Steuereinnahmen von Firmen

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat dem Thema eine ganze Studie gewidmet. „International Taxation and Luxembourg's Economy“ lautet der unspannende Titel. „Die laufenden Änderungen der internationalen Rahmenbedingungen für die Unternehmensbesteuerung werden sich wahrscheinlich sowohl auf die Wirtschaft als auch auf die öffentlichen Einnahmen aus der Unternehmensbesteuerung in Luxemburg negativ auswirken, sagte Ruud De Mooij, einer der Autoren der Studie, gegenüber dem Tageblatt.

In dem Arbeitspapier stellt der IWF fest, dass die Gesamtheit der Unternehmen dem Staat hierzulande einen überaus hohen Anteil an den Steuern einbringen. Im Jahr 2019 betragen die diesbezüglichen Einnahmen 3,9 Milliarden Euro, was 6,4 Prozent des BIP oder 23 Prozent des gesamten Steueraufkommens entsprechen. Das sei, im Verhältnis zum BIP, etwa doppelt so hoch wie der Durchschnitt in der EU und der OECD, schreibt der IWF.

Die Erklärung für diesen höheren Anteil an den Steuern ist die Größe des Finanzplatzes. Er allein steht für mehr als drei Viertel dieser Einnahmen. Doch mehr als ein Drittel der Einnahmen vom Finanzplatz kommen von Soparfis. Das ist der Bereich, für den der IWF wohl am meisten Risiken sieht. Der IWF definiert diese als

Gesellschaften mit geringer oder keiner physischen Präsenz (z.B. weniger als fünf Mitarbeiter), die von einem Nicht-Einwohner kontrolliert werden, und gegründet wurden, um bestimmte Vorteile zu erlangen, und die hauptsächlich Geschäfte mit Gebietsfremden tätigen.

An der Spitze der weltweiten Auslandsinvestitionen

Im Fokus der internationalen Aufmerksamkeit stehen diese Gesellschaften wegen ihrer Bilanzsumme und ihrer Auswirkungen auf die weltweite Statistik der ausländischen Direktinvestitionen (FDI). Laut den offiziellen Statistiken wird hierzulande nämlich genauso viel Geld aus dem Ausland investiert wie in den USA – und sogar mehr als in China. Laut der globalen FDI-Statistik ist Luxemburg der drittgrößte Investor weltweit nach den Vereinigten Staaten und den Niederlanden. Klar ist, dass ein Großteil dieses Geldes nicht in Luxemburg investiert wird, sondern nur durch das Land fließt, um dann andernorts investiert zu werden. Etwa 95 Prozent dieser ausländischen Investitionen laufen über Zweckgesellschaften, schreibt der IWF in der letzten Studie – hierzulande normalerweise Soparfis. Luxemburg zählt etwa 45.000 solcher Gesellschaften.

Gründe, warum diese Gesellschaften Luxemburg ausgewählt haben, kann es, laut der Studie, sowohl nichtsteuerliche (wie den einfachen Zugang zum Kapitalmarkt oder den Zugang zu hochentwickelten Finanzdienstleistungen) als auch steuerliche geben. Zu Letzteren zählt der Bericht, neben einer relativ großzügigen Beteiligungs-Freistellungsregelung, auch niedrige Quellensteuersätze auf Dividen-

den, Zinsen und Lizenzgebühren sowie ein breites Netz von Doppelbesteuerungsabkommen, das dazu beiträgt, dass eingehende Zahlungen nach Luxemburg in den Partnerländern des Abkommens relativ niedrig bleiben. Als „Steuroase“ oder „Finanzparadies“ wird Luxemburg an keiner Stelle im Bericht bezeichnet. Auf Nachfrage erklärte Ruud De Mooij: „Wir verwenden diesen Begriff nicht, da er allgemein schlecht definiert ist.“

Die Praxis der Rulings trägt derweil nicht mehr zur Attraktivität des Standortes bei. Die Zahl der Steuervorbescheide, die darauf abzielen, Steuersicherheit zu bieten, ist in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen. Nach dem LuxLeaks-Skandal wurden die Antragsverfahren und die Verrechnungsrichtlinien deutlich erschwert. Zudem beteiligt sich Luxemburg am automatischen Austausch von grenzüberschreitenden Steuervorabentscheidungen in der EU. „Diese Änderungen scheinen große Auswirkungen gehabt zu haben“, stellt der IWF fest: Die Anzahl der geltenden Rulings ist von 599 Ende 2016 auf nur noch 14 Ende 2018 gefallen.

US-Maßnahmen führen zu Umlenkung der Kapitalströme

Wegen ihrer Anzahl und Größe spielen die Zweckgesellschaften für die Wirtschaft eine Rolle. Daten für ca. 42.000 Soparfis deuten darauf hin, dass sie 2018 in Luxemburg 508 Millionen Euro (oder 0,9 Prozent des BIP) für Gehälter und etwa 1,2 Milliarden Euro für Prüfungs-, Rechts- und Buchhaltungsgebühren (2,1 Prozent des BIP) ausgaben, ist in der Studie zu lesen. Dieser Beitrag ist in den letzten zehn Jahren schrittweise gestiegen. Auch die Beschäftigung ist stark gewachsen, von 690 Arbeitsplätzen im Jahr 2005 auf 4.465 im Jahr 2018. Auch die Steuereinnahmen aus Zweckgesellschaften in Höhe von 3 Prozent des BIP sind in den letzten zehn Jahren stetig gestiegen. Zusammengefasst bedeuten die Steuerzahlungen und die inländischen Ausgaben, dass sie für 5,9 Prozent des luxemburgischen BIP stehen, so der IWF.

Doch das Wachstum ist bereits vorbei. Während die FDI-Bestände weiterhin hoch sind, haben man 2018 und 2019 einen rela-

tiv großen Abfluss von Geldern beobachtet, so die Studie. Das führen die Autoren auf die Verabschiedung von Maßnahmen gegen Steuervermeidung in den USA zurück. Gleichzeitig seien die Bilanzen von Zweckgesellschaften von 9,6 Billionen Euro im Jahr 2016 auf 8,6 Billionen Euro im Jahr 2018 rückläufig. Nach einem Jahrzehnt des Anstiegs ist die Zahl der Soparfis von 46.238 im Jahr 2016 auf 45.613 im Jahr 2019 etwas zurückgegangen, schreibt der IWF. Konzerninterne Schulden und Zinszahlungen gingen zurück. Der Wert der Kredite an ausländische Tochtergesellschaften sank. Das Steuervolumen war 2019 niedriger als im Vorjahr. Reformen, die derzeit im Rahmen der OECD und der Europäischen Union diskutiert werden, könnten die Einnahmen weiter belasten, so der Währungsfonds.

In einem weiteren Teil der IWF-Studie machen sich die Autoren Gedanken darüber, mit welchen neuen Einnahmequellen der luxemburger Staat diese austrocknende Quelle ersetzen könnte. Mehr dazu morgen im Tageblatt.

„Luxemburg for Finance“-Chef: „OpenLux“-Artikel substanzlos

MEDIEN Journalisten hätten kein Verständnis für besondere Expertise Luxemburgs

Frank Goebel

Die Enthüllungen im Rahmen der konzertierten „OpenLux“-Artikel sind gar keine, hat der „Luxemburg for Finance“-Chef Nicolas Mackel im Interview mit RTL erklärt. Die Journalisten hinter der Veröffentlichungsserie seien erkennbar voreingenommen gegen die Finanzwirtschaft an sich mit einer speziellen Obsession für Luxemburg. Hierherkämen Geschäftemacher gar nicht so sehr wegen der Steuern – sondern wegen der insgesamt guten Rahmenbedingungen, die über Jahrzehnte gebildet wurden.

Der Erfolg des Finanzplatzes Luxemburg „stört“ das Ausland. Diese Ansicht hat Nicolas Mackel als CEO von „Luxemburg for Finance“ gestern in einem Gespräch beim Radiosender RTL vertreten. Die Journalisten hinter den „OpenLux“-Artikeln verstanden außerdem schlichtweg nicht, wie der Standort funktioniert. Sie hätten ohnehin grundsätzliche Vorbehalte gegen den Finanzkapitalismus und hätten diesbezüglich eine „Obsession“ gegenüber Luxemburg entwickelt. Diese Thesen hat Mackel im Rahmen der Sendung „Invité vun der Redaktioun“ gegenüber Moderator François Aulner geäußert.

„Die Journalisten haben den Erfolg erstens nicht verstanden, zweitens können sie ihn nicht akzeptieren“, glaubt Mackel – und dass man im Ausland eine einfache Gleichung ausmache, nach der Erfolg des verhältnismäßig kleinen Landes nur auf „Gefudels“ beruhen könnte. Dabei wende man in Luxemburg aber „im Prinzip“ doch die gleichen Regeln an, die auch in anderen EU-Ländern gelten.

Auch die reine Masse der in Luxemburg ansässigen Gesellschaften sei alles andere als skandalös: Sähe man sich etwa die Situation in Paris an, könnte man feststellen, dass dort, in Relation zur Einwohnerzahl, die gleichen

Verhältnisse herrschen: „Das ist einfach so, dass in einem Finanzstaat, einem Finanzzentrum, einem großen Business-Zentrum Gesellschaften gegründet werden“, sagt Mackel im RTL-Studio.

„In Probleme geraten“

Ankündigungen wie die von Justizministerin Sam Tanson, die Kontrolle des Finanzmarktes zu intensivieren, machen ihm keine Angst, gibt der „Luxemburg for Finance“-CEO an: Hierzulande sei man sich der Verantwortung sehr bewusst und nehme diese entsprechend ernst. Man wolle ohnehin nichts als die höchsten Standards: „Wenn Mme Tanson sagt, dass Kontrollen verstärkt werden: sehr gut“, erklärt Mackel – und dass es aber längst viele Kontrollinstanzen gebe, die die Journalisten „vergessen“ hätten: Dabei habe das als nachlässig gepflegt kritisierte Transparenzregister gar keine „Kontrollfunktion“, die läge vielmehr bei anderen Akteuren in der „Kette“, nämlich bei Anwälten, Notaren – und den Banken.

Gesellschaften alleine nutzen schließlich wenig – im Gegensatz zu Bankkonten: „Wenn ein französischer Waffenhändler über eine Luxemburger Gesellschaft Transaktionen macht, muss er die aber über Bankkonten machen, die er aber dann wahrscheinlich in Frankreich hat“, erklärt Mackel. Das sei es, wo man verstärkt ansetzen müsse – und im Zeitalter der immer weiteren Digitalisierung könnte man sich etwa über die Nutzung von künstlicher Intelligenz („die da wirklich hilft“) in Zukunft „sicher viel besser aufstellen“.

Kriminelle legen nun einmal „viel Kreativität an den Tag, um unter dem Radar durchzufliegen“. Es könne immer sein, dass bei 140.000 Gesellschaften „ein, zwei schwarze Schafe dabei sind“, erklärt nicht Mackel, sondern der RTL-Journalist, der für den sprachlich ins Straucheln geratenen Lobbyisten den Satz beendet.

Es könne ja vorkommen, dass Leute oder Firmen, die zunächst ganz unauffällig nach Luxemburg gekommen sind, in einem späteren Verlauf „in Probleme geraten“ – aber dann sei ja immer noch die Kontrolle da durch die Banken, über die Transaktionen. Im Großen und Ganzen funktioniere dieses System ausweislich, findet Mackel. Schließlich seien Banken nicht nur verpflichtet, ihre Kunden beim ersten Kennenlernen zu prüfen, sondern auch jede spätere Transaktion – um bei den geringsten Zweifeln an der Rechtmäßigkeit Meldung zu erstatten. Und dies geschehe zuverlässig, wie entsprechende Zahlen belegen.

Jedenfalls sei der reine Nachweis einer Verbindung, die vielleicht anrühlig erscheinen könnte, noch überhaupt kein Beleg für tatsächlich erfolgte Tätigkeiten, erklärt Mackel sehr stark im Konjunktiv: „Ganz viele Banken haben ja vielleicht aufgehört, Transaktionen zu fakturieren von diesen Klienten, haben ihre Beziehungen zu diesen Kunden aufgegeben, sodass vielleicht noch immer eine Gesellschaft in Luxemburg existiert, die aber keine Aktivität mehr aufweist.“ Zu dreckigen Deals, die konkret über die Gesellschaften getrieben worden wären, brächten die Journalisten hinter den „OpenLux“-Veröffentlichungen jedenfalls keine „Elemente“.

„Wie bei der persönlichen Steuererklärung“

Die Optimierung der Steuern in Luxemburg als verbreitetes Geschäftsmodell sei jedenfalls unproblematisch, fand Mackel und wandte sich direkt an den Moderator: Der Sorge doch sicher auch dafür, dass seine Steuerlast möglichst gering sei – „etwa durch einen Bausparvertrag oder den Kauf eines Elektroautos oder -fahrrads“. Der Finanzplatz biete genau das Gleiche, in anders: „Bei vielen Gesellschaften ist das dasselbe im Großen und im Kom-

plizierten“ – weil natürlich die Summen, um die es da geht, viel größer seien.

Überhaupt seien die Steuern meist vielleicht ein, aber nur selten der ausschlaggebende Punkt, sich hierzulande (finanz-)geschäftlich niederzulassen: Luxemburg habe über Jahre und Jahrzehnte nun mal eine generelle „Expertise“ aufgebaut, die für internationale Transaktionen extrem wichtig geworden ist – und

die sogar bis an die Gerichte reiche.

Ein echter Standortvorteil sei auch „die Tatsache, dass wir in Luxemburg Sprachen sprechen, vor allem auch Englisch im Geschäftswesen“: Dass man etwa am „Tribunal de commerce“ auf Englisch plädieren könne, das gebe es „in ganz vielen anderen Ländern nicht“. Auch bei der „Commission de surveillance du secteur financier“ (CSSF) sprächen „vom

Portier bis zum Generaldirektor hinauf alle Menschen Englisch“. So was, glaubt Mackel, „finden Sie nicht an anderen Orten!“

Zuletzt verweist Mackel im RTL-Studio auf die hohe politische Stabilität in Luxemburg: Nicht nur hätten die extremen Enden des politischen Spektrums hier nur geringen Nachhall – auch der letzte größere Streik sei nun rund 100 Jahre her.

Fehler sind nicht auszuschließen

OPENLUX Eintragung im „Registre des bénéficiaires effectifs“

Jessica Oé

Luxemburg wird in der „OpenLux“-Recherche von 17 Medienpartnern an den Pranger gestellt. Im Fokus steht dabei das „Registre des bénéficiaires effectifs“ (RBE). Es sei unvollständig und fehlerhaft, so die Vorwürfe. RBE-Chef Yves Gonner hat dem Tageblatt erklärt, wie die Eintragung ins Register abläuft. Luxemburg hat seit September 2019 ein „Registre des bénéficiaires effectifs“ und setzt damit eine entsprechende EU-Direktive um. Durch das Register soll für mehr Transparenz gesorgt werden, wem die in Luxemburg registrierten Unternehmen gehören. Doch nach einer Auswertung der verfügbaren Daten durch Journalisten von 17 Medienpartnern wurde in sogenannten „OpenLux“-Artikeln angeprangert, dass nur etwa die Hälfte der Eigentümer der Unternehmen auch eingetragen sind – und es teils gravierende Fehler gibt. Zum Beispiel soll ein Franzose als Geburtsdatum das Jahr 2087 angegeben haben. Miuccia Bianchi Prada, Geschäftsführerin des bekannten Modeunternehmens, ist nach den Unterlagen des RBE am 10. Mai 1048 geboren.

Dass es im RBE Fehler gibt, das streitet auch Yves Gonner, der Chef der „Luxembourg Business Registers“ (LBR), nicht ab. „Da im Laufe der Jahre 2019 und 2020 große Mengen an Daten innerhalb von wenigen Monaten hinterlegt wurden, ist nicht auszuschließen, dass es trotz aller Kontrollen zu Fehlern gekommen ist“, antwortet Gonner in einer E-Mail auf die Fragen des *Tageblatt*. Seit Mitte 2020 sei man aber in einem „normalen“ Rhythmus angelangt und die „Fehlerquote müsste auf einem Minimum sein“.

Unternehmen
in der Verantwortung

Eine Einschreibung im RBE läuft eigentlich wie folgt ab. Das Unternehmen muss die Unterlagen über die wirtschaftlichen Eigentümer einreichen. Die LBR gleichen diese Einschreibung dann – wenn der Eigentümer eine luxemburgische Identifikationsnummer hat – mit dem „Registre national des personnes physiques“ und dem „Registre national des localités et des rues“ ab. Bei ausländischen Eigentümern muss die Firma zusätzlich Identifikationspapiere mit einreichen, damit alles kontrolliert werden kann. Ehe die Informationen in die Datenbank eingetragen werden, kriegt die deklarierende Firma das Dossier noch einmal zugeschickt. Sie muss dieses dann überprüfen und zur Not verbessern. Wer falsche Daten eintragen lässt, macht sich strafbar. Eine „Contrôle de fonds“ würde aber nicht in die gesetzlichen Kompetenzen der LBR fallen, sagt Gonner.

Für alle Fachleute, die das RBE nutzen, bestehe eine Verpflichtung, eventuelle Fehler den LBR mitzuteilen, falls ihnen etwas auffällt. Wenn die LBR einen Fehler bemerken, kontaktiere man die betroffene Firma. Diese müsste dann innerhalb von 15 Tagen die fehlerhaften Daten korrigieren. Falls das Unternehmen nicht reagiert oder die Antwort nicht zufriedenstellend sei, geben die LBR das Dossier an die Staatsanwaltschaft weiter. Wie die Justiz gegenüber dem *Tageblatt* bestätigt, wurden schon etwa 20.000 Dossiers zu nicht vorhandenen oder fehlerhaften Daten an die Staatsanwaltschaft übermittelt.

Den Eigentümer angeben

Laut Yves Gonner haben bisher 90 Prozent der in Luxemburg aktiven Unternehmen ihre Daten beim RBE eingeschrieben. Das sei der Stand am 31. Dezem-

ber 2020. 129.374 Firmen müssten sich im Transparenzregister anmelden, 114.146 hätten dies bisher gemacht. In den „OpenLux“-Artikeln wird dem RBE vorgeworfen, weit weniger komplett zu sein. Nur bei 52 Prozent der Unternehmen soll das Register auch die Eigentümer nennen. Justizministerin Sam Tanson erklärt am Dienstag im Parlament, das rühre auch daher, dass die Firmen in Luxemburg nur Eigentümer, die mehr als 25 Prozent der Unternehmensanteile indirekt oder direkt besitzen, angeben müssen.

Gonner erklärt gegenüber dem *Tageblatt*, dass man bei den LBR bemüht sei, das System regelmäßig zu verbessern. So wären Mitte 2020 neue HTML-Formulare eingeführt worden und eine neue Internetseite würde derzeit entwickelt werden. Auch die systematischen Kontrollen würden angepasst werden. So würden nun Unternehmen, die sich neu im „Registre de commerce et des sociétés“ (RCS) anmelden, automatisch darauf hingewiesen, dass sie auch im RBE Angaben machen müssen. Neue Betriebe, die sich mit der Ausfüllung der Daten Zeit lassen, würden auch regelmäßig angeschrieben, ehe das Dossier an die Staatsanwaltschaft weitergereicht wird.

59 Menschen beschäftigen die LBR aktuell. Sie verwalten sowohl das RBE wie das RCS. In den „OpenLux“-Artikeln wird die Frage aufgeworfen, ob die LBR mit ihrer nicht gerade zahlreichen Belegschaft überhaupt die Masse an Daten korrekt verwalten können. Direktor Yves Gonner sieht das nicht als Problem. Man sei ja finanziell unabhängig und würde die Zahl der Angestellten den Anforderungen anpassen. Im Rahmen der aktuellen gesetzlichen Aufträge „haben die LBR genug Leute zur Verfügung“.

Generaldirektor der Handelskammer kritisiert „OpenLux“

EINFACHES ZIEL Luxemburg ist laut Carlo Thelen transparenter als andere Länder

Cédric Feyereisen

Nicht nur verschiedene Luxemburger Abgeordnete halten die Affäre „OpenLux“ für unberechtigte Kritik: Auch der Generaldirektor der Handelskammer, Carlo Thelen, kann die Einschätzung der Journalisten nicht teilen. Das „Kollektiv Steuergerechtigkeit Luxemburg“ fordert mehr Mittel zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung.

„Es existiert eine gewisse Eifersucht wegen des Erfolges des Luxemburger Finanzbereiches – und das obwohl andere Länder ähnliche Praktiken betreiben“, sagt Carlo Thelen, CEO der „Chambre de commerce“, dem *Tageblatt* gegenüber. Der Grund für diese Aussage ist die sogenannte „OpenLux“-Recherche von 17 Medienpartnern, die aufzeigen soll, dass sich Milliardenunternehmen und Superreiche über das Großherzogtum vor den Steuern im eigenen Land drücken.

Thelen vergleicht den Luxemburger Finanzplatz mit der deutschen Automobilbranche. „Die ist genauso disproportioniert zur Bevölkerung wie das Finanzwesen im Großherzogtum“, sagt Thelen. Deutschland exportiere Fahrzeuge, Luxemburg Finanzdienstleistungen. „Es stört sich auch niemand daran, dass man drei T-Shirts für zehn Euro aus Bangladesch kaufen kann – aber bei Finanzdienstleistungen sieht das plötzlich anders aus“, bedauert der Luxemburger.

Er behauptet, dass der „ganze EU-Binnenmarkt von einem starken Luxemburger Finanzbereich“

profitiere. Der freie Binnenmarkt würde zum europäischen Geist gehören und es sei traurig, dass in dieser Hinsicht immer auf Luxemburg gedroschen werde – „obwohl das natürlich nichts Neues ist“, sagt Thelen. Der Generaldirektor der Handelskammer betont, dass Luxemburg seine Steuerpolitik nicht an irgendwelche Firmen anpasst. „Unternehmen eröffnen in Luxemburg eine Filiale, weil das Großherzogtum attraktiver für sie ist – aber sicher nicht aus steuerlichen Gründen“, sagt Thelen. Luxemburg habe kurze Wege und eine offene multilinguale Wirtschaft, die die internationalen Bedürfnisse verstehe.

Warum hat die Presse dann Luxemburg wieder in Visier genommen? „Es ist einfach, Luxemburg anzugreifen, weil wir die Informationen öffentlich zugänglich gemacht haben“, sagt Thelen. Luxemburg sei transparenter als seine Nachbarn. Luxemburg sei eines der ersten europäischen Länder gewesen, die ein öffentliches Register der wirtschaftlichen Eigentümer eingerichtet haben. Über das Register sollte für jedes Unternehmen einsehbar sein, wer sein wahrer Besitzer ist. Im Großherzogtum ist es möglich, diese Liste online und kostenlos ohne jegliche Einschränkung abzurufen – auch für Journalisten.

Wenn *Le Monde* sich mit der gleichen Vorgehensweise über Frankreich oder Belgien informiert hätte, dann wären die Journalisten laut Thelen zu anderen Schlussfolgerungen gekommen. „Erstens: Andere Länder haben viele Finanz-

instrumente, für die wir jetzt kritisiert werden, und zweitens sind ihre Register nicht so transparent wie das der Luxemburger“, sagt Thelen.

Kritik innerhalb Luxemburgs

Das „Kollektiv Steuergerechtigkeit Luxemburg“ hat sich auch zu „OpenLux“ geäußert. „Es reicht nicht aus, sich hinter Ausreden wie der Anwendung der – leider unzureichenden – Standards der OECD oder der Europäischen Union zu flüchten“, schreibt das Kollektiv am Montag in einer Pressemitteilung. Es fordert unter anderem eine Stärkung der Kapazitäten der „Commission de surveillance du secteur financier“ (CSSF), des Finanzministeriums, der luxemburgischen Unternehmensregister und der „Cellule de renseignement financier“, um ein Gleichgewicht mit dem riesigen System der Privatwirtschaft zu schaffen.

Das *Tageblatt* hat auch bei der CSSF nach einer Stellungnahme gefragt. Die CSSF ist eine öffentlich-rechtliche Anstalt und ist zuständig für die Überwachung des gesamten luxemburgischen Finanzplatzes mit Ausnahme der Versicherungen. Die Kommission hat daraufhin auf die „OpenLux“-Internetseite der Regierung verwiesen. Die veröffentlichte Erklärung und die FAQs würden die Position der CSSF wiedergeben, schreibt die Organisation.

„Luxemburg hält sich an die internationalen Steuerregeln“

OPENLUX OECD-Direktor für Steuerangelegenheiten äußert sich zur Affäre

Cédric Feyereisen

Pascal Saint-Amans, OECD-Direktor für Steuerangelegenheiten, findet es bedauerlich, dass die „OpenLux“-Texte es auf Luxemburg abgesehen haben. Dabei halte sich das Großherzogtum an die internationalen Steuerregeln, so der Steuerexperte im Interview mit dem Radiosender 100,7.

Die Luxemburger Regierung habe alles gemacht, um konform mit den internationalen Steuerregeln zu sein. Das sagte Pascal Saint-Amans, Direktor für Steuerangelegenheiten bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), gestern in einem Interview mit dem Radiosender 100,7. Hintergrund des Gesprächs ist die Affäre „OpenLux“. Mehrere Journalisten werfen dem Großherzogtum vor, dass Luxemburg weiterhin von Reichen und Firmen als Schlupfloch benutzt werde, um Steuern zu hinterziehen.

„Seit Xavier Bettel und seine Mannschaft angefangen haben, hat Luxemburg seine Legislatur wirklich verändert – dazu gehört unter anderem auch das Bankgeheimnis“, sagt Saint-Amans. Luxemburg sei trotzdem noch immer ein Land der Finanzen. Es gebe auch nicht-steuerliche Gründe, warum das Großherzogtum interessant sei. „Es ist ein stabiles Land mit einem effizienten Finanzplatz“, erklärt der OECD-Direktor. Die „OpenLux“-Texte würden dies auch beweisen. Luxemburg biete „kompetitive Produkte“ in Bereichen, die international nicht reguliert seien, und besitze die legislativen Mittel, die

zu einer steuerlichen Optimierung beitragen würden. „Das kann ein politisches Problem darstellen“, sagt Saint-Amans.

Der Steuerexperte bedauert, dass „die Journalisten es mit diesen Recherchen auf Luxemburg abgesehen haben“, weil das Land als eines der ersten das „Registre des bénéficiaires effectifs“ (RBE) eingeführt habe. Dieses Register soll die Eigentümer hinter den Firmen, die im Großherzogtum angemeldet sind, auflisten. Die „OpenLux“-Texte bemängeln, dass die Daten lückenhaft oder gar falsch seien.

„Bessere Kontrollen nötig“

Die Kontrollen des Registers müsse man auf jeden Fall verstärken. Dieser Meinung ist auch Pascal Saint-Amans. Die OECD nehme bereits regelmäßig Kontrollen vor, bei denen sich die Mitgliedsländer gegenseitig prüfen. Beim Register seien allerdings Fortschritte von allen Ländern nötig. „Es handelt sich um ein neues Instrument, das noch verbesserungsbedürftig ist“, sagt der Direktor für Steuerangelegenheiten. Ein Beispiel: Nur jene Eigentümer müssen genannt werden, die mindestens 25 Prozent einer Firma besitzen. Fonds gehören aber oft Hunderten Anlegern zu Bruchteilen – ihre Namen tauchen also nicht auf. Für Saint-Amans leidet Luxemburg nun darunter, „dass es das Richtige getan hat“.

Die OECD habe viele Regeln eingeführt – unter anderem für das Ruling. Über das sogenannte Ruling, auch Steuerentscheid genannt, können die großen,

international operierenden Konzerne ihre Umsätze, Gewinne oder sogar Verluste von Land zu Land transferieren und so ihre Steuerlast drücken. Laut dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ist die Anzahl der geltenden Luxemburger Rulings von 599 Ende 2016 auf nur noch 14 Ende 2018 gefallen. „Wir haben das Finanzwesen in Luxemburg reguliert – und die Luxemburger Politik hat das auch unterstützt“, sagt Saint-Amans. Trotzdem würden noch Instrumente bleiben, die den Steuerwettbewerb für Luxemburg vereinfachen: so zum Beispiel die fehlende Erbschaftsteuer. Das sei eigentlich ein rein „nationales Problem“, das aber auch von ausländischen Personen ausgenutzt werden kann – und das hat „OpenLux“ gezeigt.

Momentan arbeite die OECD an einer globalen Mindeststeuer, die die Steuerflucht von Firmen wie Google, Facebook oder Amazon beenden soll. Der Luxemburger Finanzminister Pierre Gramegna unterstütze diesen Prozess auch. Schlussendlich sei aber jedes Land selbst für die eigene Steuerpolitik zuständig. „Wenn ein Land die Konsequenzen der eigenen Steuerpolitik nicht respektiert, kann das in einem Steuerkrieg enden, der wiederum jedem schadet“, erklärt der Steuer-Experte. Deswegen sei eine Steuerkooperation wichtig – „nicht zu verwechseln mit einer Vereinheitlichung“. Luxemburg habe sich sehr lang nur um sich selbst gekümmert und auch davon profitiert. Mit der neuen Regierung, die 2013 das Ruder übernommen hat, habe sich das geändert.

Fehler in Frankreichs Register weist Xavier Bettel als Afghanen aus

KURIOSUM Premier laut Infogreffe nicht Luxemburger

Yves Greis

Ein Fehler in einem französischen Transparenzregister weist dem Luxemburger Premier die afghanische Nationalität zu.

Luxemburg ist ein Steuerparadies. So urteilte ein Verbund europäischer Zeitungen in den letzten Tagen. Die Journalisten haben öffentlich zugängliche Register durchforstet und sind dabei auf Informationen gestoßen, die belegen sollen, dass Luxemburg in der Tat eine Zuflucht für Steuersünder ist. Ein Teil der Kritik: Das Luxemburger Transparenzregister („registre des bénéficiaires effectifs“) sei unvollständig und fehlerhaft. Ein solches Register führen viele Länder

in Europa. Es soll Auskunft darüber geben, wer sich hinter einer Firma verbirgt. Tatsächlich sind diese Register noch relativ neu und auch nicht immer benutzerfreundlich. So kann man darin nur den Namen der Firmen suchen und nicht etwa nach Personen filtern.

Ein solches Register führt auch Frankreich. Abrufbar ist das Register unter infogreffe.fr. Darin findet sich auch die Information, dass der luxemburgische Premier und sein Ehemann Teilhaber einer privaten Immobiliengesellschaft in Paris sind. Kein Geheimnis, denn Bettel legt diese Beteiligung in einem deontologischen Dokument auf der Internetseite der Regierung offen.

Das französische Transparenzregister verrät nicht nur den Namen, den Beruf und das Geburtsdatum der Menschen, die hinter einer Firma stecken, sondern auch ihre Nationalität. Und hier muss den französischen Behörden ein Fehler unterlaufen sein. Dem Register zufolge hat der Luxemburger Premier nämlich die afghanische Staatsangehörigkeit. Darüber, was passiert ist, kann nur spekuliert werden. In alphabetischen Listen ist Afghanistan meistens das erste Land, das aufgeführt wird. Es ist also gut möglich, dass es sich um einen einfachen Eingabefehler handelt.



Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel

Nachhaltige Finanzen: Strategie vorgestellt

Luxemburg. Die im vergangenen Jahr als öffentlich-private Partnerschaft gegründete Luxembourg Sustainable Finance Initiative (LSFI) stellte gestern Luxemburgs Strategie für nachhaltige Finanzen vor und will Luxemburgs zentrale

Informationsstelle für nachhaltige Finanzen werden. Ziel sei es, das Bewusstsein für nachhaltiges Finanzwesen sowohl in der Finanzplatzgemeinschaft als auch in der Zivilgesellschaft und der allgemeinen Öffentlichkeit zu schärfen und Luxemburgs Rolle als internationale Drehscheibe für nachhaltiges Finanzwesen zu festigen. Die LSFI

soll dabei eine Plattform zum Wissensaustausch und zur Entwicklung werden, um das Potenzial der luxemburgischen Stakeholder bei der Integration von Nachhaltigkeit in ihre Geschäftspraktiken freizusetzen und zur Entwicklung neuer und zusätzlicher nachhaltiger Finanzinitiativen beizutragen. Fortschritte des Finanzsektors

beim Übergang zu nachhaltigem Finanzwesen sollen gemessen werden. Im Rahmen einer öffentlichen Konsultation gaben mehr als 30 Institutionen, von Verbänden des Finanzsektors bis hin zu Regulierungsbehörden und der Zivilgesellschaft, Feedback zum ersten Entwurf der Strategie. *MeM*

Commerzbank verlässt Luxemburg

Das deutsche Finanzinstitut will sein Auslandsnetzwerk verschlanken und effizienter gestalten

Von Nadia Di Pillo

Ende Januar 2021 kündigte die Frankfurter Commerzbank an, bis 2024 weltweit 10 000 Stellen zu streichen, was unter anderem eine Reduzierung der Filialen auf rund 450 statt derzeit 790 in ganz Deutschland zur Folge haben wird.

Auch die Tochtergesellschaft im Großherzogtum, die „Commerzbank AG Filiale Luxemburg“, wird von dieser strategischen Entscheidung der Muttergesellschaft betroffen sein, meldete gestern die Bankengewerkschaft Aleba. Die Luxemburger Filiale wird nämlich 2024 ihre Türen schließen. 200 Mitarbeiter sind dort derzeit beschäftigt. Die Aleba sei über diese Situation informiert worden und habe sofort, zusammen mit der Personaldelegation, „einen Sozialdialog mit der Geschäftsleitung über die konkrete Entwicklung der Situation in Luxemburg aufgenommen“.

Commerzbank zieht sich aus 15 Standorten zurück

„Die Commerzbank bleibt ein leistungsfähiger Partner ihrer Kunden auch im Ausland. Im Rahmen ihrer

neuen Strategie wird die Commerzbank jedoch ihr Auslandsnetzwerk verschlanken und effizienter gestalten. Die Bank wird ihr internationales Netzwerk konsequent auf Firmenkunden mit Geschäftsbezug zu Deutschland fokussieren“, sagte gestern ein Pressesprecher der Bank in Frankfurt.

In der Folge plane die Bank, sich aus 15 internationalen Standorten zurückzuziehen und zwei Filialen in lokale Repräsentanzen umzuwandeln. Damit wird die Bank künftig in knapp 40 Ländern präsent sein.

„Die Commerzbank beabsichtigt, im Zuge dieser strategischen Neuausrichtung einen Großteil ihrer geschäftlichen Aktivitäten am Standort Luxemburg bis 2024 nach Deutschland verlagern beziehungsweise einstellen“, so der Pressesprecher. Die Bank werde sicherstellen, dass „dieser Transformationsprozess transparent und partnerschaftlich mit Mitarbeitern und Kunden erörtert wird und in enger Abstimmung mit den lokalen Gremien erfolgt“.

Luxemburger Filiale hatte sich

neu ausgerichtet

Die Commerzbank feierte 2019 ein halbes Jahrhundert Präsenz am Finanzplatz Luxemburg. Die Filiale hatte sich in den vergangenen Jahren neu ausgerichtet. 2016 verkaufte die Commerzbank ihr Privatkundengeschäft mit damaliger Tochterfirma „Commerzbank International Luxemburg“ (Cisal) an die Schweizer Bank Julius Bär. Vom einstigen Fondsgeschäft hatte die Commerzbank bereits kurz nach der Übernahme der damaligen Dresdner Bank in 2008 vieles an State Street abgetreten. Im Sommer 2018 vereinbarte die Bank auch den Verkauf ihrer Asset-Management-Sparte „Funds Solutions“ an die Société Générale.

In der Commerzbank Luxemburg erfolgt im Wesentlichen die Verwaltung und Buchung des Konsortialkreditgeschäfts der Bank (sogenanntes „Agency Geschäft“). Dieses Geschäft hat einen administrativen Charakter und beinhaltet keine direkte Kundenbetreuung.

Mit dem harten Sparkurs, der sich bereits im vergangenen Jahr angedeutet hatte, will das seit der Finanzkrise 2008/2009 teilver-

staatlichte deutsche Institut seine Kosten deutlich senken. Bis zum Jahr 2024 sollen diese im Vergleich 2020 um 1,4 Milliarden Euro verringert werden. Wie die deutsche Nachrichtenagentur dpa im Januar berichtete, hatte schon der Vorstand unter Führung von Martin Zielke im vergangenen Jahr ähnliche radikale Sparpläne entworfen. Digitalisierung und Zinstief setzen die gesamte Bankenbranche unter Druck. Doch bei der Commerzbank geriet zusätzlich der Konzernumbau ins Stocken, weil Zielke nach Kritik von Investoren seinen Rücktritt erklärte und zudem die Spitze des Aufsichtsrates neu besetzt werden musste.

● *Im Rahmen ihrer neuen Strategie wird die Commerzbank ihr Auslandsnetzwerk verschlanken.*

Pressesprecher, Commerzbank

Commerzbank verlässt Luxemburg bis 2024

RÜCKZUG Bislang beschäftigt die Bank 200 Mitarbeiter im Großherzogtum

Die Commerzbank wird in Luxemburg nur noch bis zum Jahr 2024 präsent sein, denn bis dahin will sie das Großherzogtum verlassen haben – das hat ein Sprecher der Bank gestern gegenüber dem Tageblatt bestätigt.

„Im Rahmen ihrer neuen Strategie wird die Commerzbank ihr Auslandsnetzwerk verschlankt und effizienter gestalten“, erklärt der Sprecher. „Die Commerzbank beabsichtigt, im Zuge dieser strategischen Neuausrichtung einen Großteil ihrer geschäftlichen

Aktivitäten am Standort Luxemburg bis 2024 nach Deutschland zu verlagern beziehungsweise einzustellen.“ Die Bank wolle ihr internationales Netzwerk künftig auf Firmenkunden mit Geschäftsbezug zu Deutschland fokussieren. Dafür ziehe sie sich aus 15 internationalen Standorten zurück und sei danach dann noch in knapp 40 Ländern aktiv. Die Bank wolle sicherstellen, dass der folgende Transformationsprozess transparent und partnerschaftlich mit Mitarbeitern und Kunden erörtert werde und in enger Abstimmung

mit den lokalen Gremien erfolge. Bislang sind in Luxemburg rund 200 Mitarbeiter dort beschäftigt. Zudem versichert der Sprecher: „Die Commerzbank bleibt ein leistungsfähiger Partner ihrer Kunden, auch im Ausland.“ Der OGBL erklärte gegenüber dem *Tageblatt*, dass man zu dem Thema sicherlich noch Kontakt mit der Bank aufnehmen werde, allerdings sei zurzeit noch nicht im Detail bekannt, was das für die einzelnen Mitarbeiter der Commerzbank in Luxemburg bedeute. (Red.)



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TRANSPORT UND LOGISTIK

Dünne Luft

Corona-Krise und Brexit setzen den Vermietern von Businessflugzeugen wie Luxaviation und Jetfly heftig zu

Von Marco Meng

Luxemburg ist nicht nur ein wichtiger Standort für die Fondsindustrie, von hier aus werden auch Flüge mit Geschäftsflugzeugen in aller Welt koordiniert. Mindestens sechs Anbieter von Flügen mit Businessflugzeugen sind am Findel aktiv. Drei davon sind Luxemburger Gründungen: Jetfly, Luxaviation und die – jüngst mitten in der Corona- und Luftfahrtkrise gegründete – Gesellschaft Flyer.

Laut Branchenverband „European Business Aviation Association“ (EBAA) war 2020 das schlimmste Jahr in der Geschichte der zivilen Luftfahrt – auch für Anbieter von Flügen mit kleinen Geschäftsflugzeugen. Im Vergleich zu 2019 bedeutet das vergangene Jahr laut EBAA für die europäischen Anbieter einen Verlust von 160 000 Flügen – ein Minus von 25 Prozent.

Ein Anbieter von Charterflügen mit Geschäftsflugzeugen ist Jetfly Aviation in Leudelingen. „Die Situation bei uns ist nicht so dramatisch wie bei den Airlines“, sagt Maxime Bouchard, Anteilseigner und Managing Director von Jetfly Aviation, „aber es ist eine echte Krise.“ Letzten April war es sogar auf zehn Prozent des normalen Umsatzes zurückgegangen, auch jetzt im Januar sind die Zahlen wieder sehr niedrig gewesen.

● Es ist eine ● echte Krise.

Maxime Bouchard, Jetfly Aviation

1999 mit einer Person in Luxemburg gegründet, beschäftigt Jetfly heute in Leudelingen 75 Mitarbeiter, die die Flugbuchungen verwalten, die Flüge koordinieren, das Rechnungswesen des Unternehmens machen und für das Warten und Instandhalten der Maschinen sorgen. Das Unternehmen hat

insgesamt 300 Mitarbeiter, darunter 150 eigene Piloten. Bestand die heute 50 Maschinen große Flotte einst nur aus Pilatus PC-12-Propellerflugzeugen („Turboprop“), kamen inzwischen für längere Strecken PC-24-Düsenjets dazu. Doch gerade längere Strecken werden derzeit nicht geflogen. Das drückt auf die Bilanz.

Wie die anderen Anbieter von Flügen mit „Business“-Maschinen – unter anderem Global Jet Luxembourg, Tochtergesellschaft der Global Jet in Monaco, oder die Luxemburger Filiale der Flyinggroup mit Sitz in Antwerpen – ist Jetfly weltweit tätig.

Das Eigentümer-Problem

Jetfly fliegt mehr als 3 000 Flugplätze in Europa an, sowohl internationale Flughäfen als auch kleinere Flugplätze. Wie letzten Sommer, als es einen steilen Anstieg an Nachfragen gab, während viele Flugzeuge großer Airlines am Boden blieben, hofft Jetfly-Manager Bouchard mit zunehmendem Impferfolg auch auf einen neuen Aufschwung in diesem Frühsommer.

Ein Problem momentan bereitet das Geschäftsmodell von Jetfly, genauer gesagt der Brexit. Jetfly bietet die Beteiligung an einer Maschine an, die dann für Flüge genutzt werden kann. Ein Sechzehntel des Flugzeugs beispielsweise gibt Zugang zu einer bestimmten Anzahl von Stunden überall in Europa mit Verfügbarkeitsgarantie. Durchschnittlich acht der insgesamt rund 300 Eigentümer teilen sich so bei Jetfly eine Maschine. Hier kommt der Brexit ins Spiel: Denn seit dem 1. Januar 2021 sind britische Staatsangehörige Nicht-EU-Bürger, und ihre Beteiligungen zählen nicht zur Erfüllung der EU-Eigentumsanforderungen. Die EU-Bestimmungen verlangen, dass alle Fluggesellschaften mit EU-Betriebslizenzen mehrheitlich im Besitz von Staatsangehörigen

eines Mitgliedsstaats der EU, der Schweiz, Norwegens, Islands oder Liechtensteins sein müssen. Ein Problem, das auch Airlines wie Easyjet und Ryanair trifft.

Luxaviation gründet Tochterfirma

Flüge Richtung Amerika, Asien und Nahen Osten gibt es momentan so gut wie keine, und auf den Basen, die Luxaviation in Johannesburg, Dubai und New Delhi unterhält, ist nichts los. Luxaviation betreibt mit rund 250 Flugzeugen eine der weltweit größten Flotten an Businessjets. Diese Maschinen gehören nicht Luxaviation, werden aber über Luxaviation versichert, gemanagt, gewartet und vermietet.

Der Geschäftsbereich Aircraft Management gibt ein stetiges Einkommen, kann aber nicht den ganzen Ausfall der Interkontinentalflüge kompensieren, so Luxaviation-Geschäftsführer Patrick Hansen. „Es ist im Moment extrem ruhig“, sagt er. Dennoch konnte das Unternehmen das Corona-Jahr 2020 mit einem positiven Ebitda (Ergebnis vor Steuern und Abschreibungen) abschließen. „Allerdings weit davon weg, wie es sein sollte“, fügt Hansen hinzu. Denn während es in Luxemburg Kurzarbeit gibt, gibt es das in Ländern wie Südafrika, Indien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten nicht. So hat Luxaviation die Dividende gestrichen und zahlte den beschäftigungslosen Mitarbeitern einen Mindestlohn. „Wir mussten unseren Mitarbeitern helfen, durch die neun Monate zu kommen“, erklärt Hansen. Auch im laufenden Februar gebe es mehr Abmeldungen als Bestellungen. So hofft Hansen, dass es Ende April wieder aus der Krise herausgeht.

Umgekehrt wie Jetfly, die sich inzwischen auch Jets zulegte, geht Luxaviation den Weg in die andere Richtung: im Dezember gründete Luxaviation in Luxem-

burg die Tochtergesellschaft Flyer, die nur mit Turboprop-Maschinen fliegt. Die Propellerflugzeuge haben einen um 30 Prozent geringeren Treibstoffverbrauch als Jets, sind allerdings langsamer respektive haben eine kürzere Reichweite. Vor etwa zwei Wochen startete Flyer den Geschäftsbetrieb.

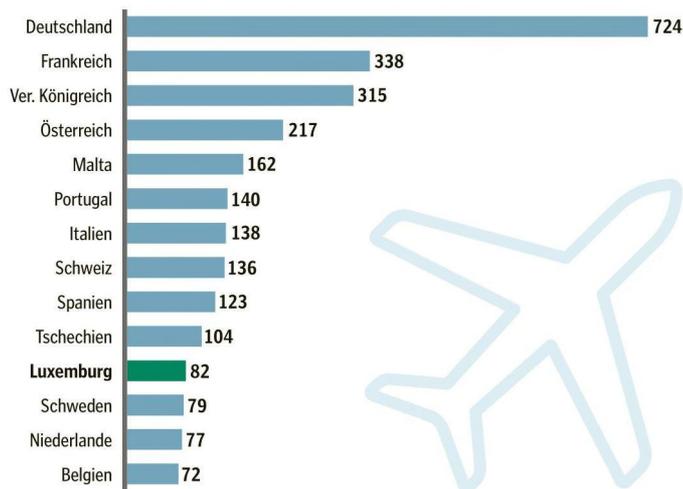
„Letztes Jahr im April begannen wir“, erläutert Hansen, „als wir überlegten, wo will der Privatkunde hin während der Covid-Krise und danach? Um preisgünstige Kurzflüge anzubieten, was mit Jets kaum möglich ist, wurde Flyer ins Leben gerufen.“ Entschieden wurde dabei, die Turboprop-Maschinen unter einer anderen Marke zu fliegen, weil es ein anderes Angebot an andere Kunden sei. Die nächste Beechcraft King Air 250 oder 260-Maschine, die unter der Betriebserlaubnis (AOC) von Luxaviation Luxembourg im Namen der Eigentümer betrieben werden, soll im März in Dienst gestellt werden. Geplant werde eine Flotte von etwa 20 Maschinen, in Luxemburg, Belgien, der Schweiz, Deutschland und Frankreich stationiert.

In der EU sind knapp 3 000 Geschäftsflugzeuge registriert – in den USA sind es rund 22 000. Dennoch ist in Europa der Markt mit etwa 500 Anbietern von Flügen mit Geschäftsflugzeugen, von denen 90 Prozent weniger als 20 Maschinen betreiben, sehr zersplittert.

Nicht alle Anbieter werden laut Hansen Coronakrise und Brexit überstehen. Neben der neuen Tochtergesellschaft hat Luxaviation im Mai noch eine Lounge in Paris gekauft sowie ein Unternehmen in Rumänien, wo Backoffice-Arbeiten verrichtet werden. „Wir haben abgespeckt, aber müssen unsere Muskeln nicht verstecken“, so Hansen.

Zugelassene Geschäftsflugzeuge in Europa

In Luxemburg waren zuletzt laut Branchenverband „European Business Aviation Association“ 82 Geschäftsflugzeuge unter dem „LX“-Kürzel registriert.





GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

WISSENSCHAFT, BILDUNG UND KULTUR

„Wir wollen wirklich unverzerrte Proben“

INTERVIEW LNS-Chef Friedrich Mühlischlegel über Virenvarianten, repräsentative Stichproben und clevere PCR-Tests

Tobias Senzig

Spätestens seit die neuen, potenziell gefährlicheren Virenvarianten in Luxemburg Einzug gehalten haben, steht eine Institution erneut im Fokus: das „Laboratoire national de santé“ (LNS). Hier werden nicht nur Corona-Tests ausgewertet – sondern auch untersucht, welche Varianten im Land kursieren. Ein Interview mit LNS-Chef Friedrich Mühlischlegel.

Das Gesundheitsministerium hat am Mittwoch erstmals eine repräsentative Statistik zur Verteilung der Virenvarianten in Luxemburg veröffentlicht. Das Resultat: Die britische Variante B.1.1.7 ist bei Tests in der Woche vom 8. bis zum 14. Februar in 57,6 Prozent der untersuchten Corona-Tests aufgetaucht.

Geliefert hat diese Daten das „Laboratoire national de santé“ (LNS) in Düdelingen. 5.313 „Sequenzierungen“ hat das LNS bis jetzt gemacht hat. Das heißt: 5.313 positive Corona-Tests hat das Labor einer genauen genetischen Analyse unterzogen. Ein aufwendiges Verfahren, das aber einen Einblick in die Pandemie erlaubt. Dazu gehört nicht nur herauszufinden, welche Virenvarianten in Luxemburg kursieren, sondern auch, wie sie sich auf genetischer Ebene entwickeln.

LNS-Direktor Friedrich Mühlischlegel berichtet im Interview davon, wie das Labor seine Kapazitäten ausbaut und Varianten schon mit dem PCR-Test erkennen will – und warum es bei der Kommunikation über die Virenvarianten plötzlich gehakt hat.

Tageblatt: Zehn Prozent der positiven Tests zu sequenzieren, das ist eine der Anforderungen des ECDC. Luxemburg erfüllt das seit Monaten. Wieso haben wir dann

erst jetzt repräsentative Daten zu den Virenvarianten?

Friedrich Mühlischlegel: Das eine ist die generelle Messlatte, die als Minimum gefordert wird. Das andere ist die Frage nach der Repräsentativität. Das bedeutet, dass zunehmend alle Player zusammenarbeiten. Das ist wichtig, weil nicht wir die diejenigen sind, die sich als Epidemiologen die unterschiedlichen Ausbrüche anschauen – das macht die „Inspection sanitaire“, mit der wir auch in Kontakt sind. Es muss eine ganz enge Zusammenarbeit geben. Dann können wir sagen: Es ist repräsentativ.

Weshalb waren die Daten vorher nicht repräsentativ?

Die „Inspection sanitaire“ verfolgt beispielsweise einen Ausbruch in einer Schule – und schickt uns die Proben, die wir testen und sequenzieren. Wenn man das in diese zehn Prozent der Stichprobe mit einberechnet, gäbe es in dem Moment eine Verzerrung der Daten. Weil es in dem Ausbruch per Definition eine Überrepräsentation im Vergleich zum Gesamtpool gibt.

Bei den zehn Prozent, von denen schon früher die Rede war, geht es doch gerade um Repräsentativität.

Natürlich geht es letztendlich darum, aber das ist wie gesagt die ursprüngliche Messlatte des ECDC. Aber man muss auch als Epidemiologe oder Statistiker herangehen. Zehn Prozent ist der Idealfall, wenn man eine sogenannte „Non biased sample proportion“ hat – also eine unverzerrte Stichprobe. Wir bekommen von der „Inspection sanitaire“ selbstverständlich auch Ausbruchproben – und in dem Moment ist natürlich die Probe in eine bestimmte Richtung „biased“. Cluster verzerren. Aber wir sind Pedanten und gehen noch

mal tiefer rein und sagen: Wir wollen wirklich unverzerrte Proben haben.

Aber dem ECDC geht es bei den zehn Prozent doch um eine Stichprobe und nicht um Cluster-Analysen, oder nicht?

Es ist letztendlich vom ECDC nicht so klar definiert. Das ECDC macht mehr quantitative Aussagen, es ist nicht eine qualitative. Und wir wollen hochqualitative Daten liefern, die Daten müssen bereinigt sein und die Cluster müssen raus – sonst ist das Ergebnis verzerrt. Ich weiß nicht, ob andere Nationen derart pedantisch Cluster herausnehmen. Deshalb müssen wir auch immer vorsichtig sein mit dem Vergleich von Daten. Ich bin jetzt mit der Woche 6 sehr „zufrieden“, im Sinne der Repräsentativität.

132 Proben wurden dafür zurate gezogen. Das ist keine riesige Stichprobe.

Es sind zwölf Prozent. Punkt. Es ist eine statistische Definition, wann man Repräsentativität hat. Wenn man eine verzerrte Probe hat, dann bringt es überhaupt nichts, ob man zehn, 15 oder 20 Prozent sequenziert – wenn verzerrte Daten drinbleiben, bleiben sie verzerrt.

Was passiert, wenn Infektionszahlen wie im November kommen – mit 4.000 Neuinfektionen pro Woche? Kommen Sie dann auch auf die zehn Prozent?

Ja, das können wir vom Sequenziervolumen her leisten.

Vor einigen Wochen hat das LNS insgesamt 384 Sequenzierungen pro Woche gemacht.

Diese Woche planen wir 600 – und dann, in den nächsten Wochen und Monaten, auf 1.200 zu gehen. Und das ist wichtig – denn die Daten, die aus der

Sequenzieraktivität kommen, untermauern immer alle anderen Tests.

Wann erreichen wir die 1.200 Sequenzierungen pro Woche genau?

Mein Wunsch ist natürlich so schnell wie möglich. Idealerweise innerhalb von acht Wochen.

Sind die Sequenzierungen überhaupt noch die richtige Strategie? Es gibt jetzt ja auch PCR-Tests, die unterschiedliche Varianten detektieren können.

Ja, natürlich bringen die Sequenzierungen etwas: Je mehr man sequenziert, desto akkurater sind die Daten – und desto mehr kann man insgesamt die Evolution des Virus beobachten. Das kann man mit einem varianten-spezifischen PCR nicht.

Was ist denn der Vorteil der genauen Daten?

Mit dem varianten-spezifischen PCR kann man sagen: Das ist der britische Virenstamm, das ist ein südafrikanischer Virenstamm, das ist ein anderer Virenstamm. Er kann aber keine Zusatzdaten liefern. Die Zusatzdaten sind wahnsinnig wichtig, um die feine Evolution zu verfolgen, wenn plötzlich neue Entwicklungen bei einem Virus stattfinden. Wenn man die Gesamtsequenz ana-

lysiert, kann man beispielsweise sagen: Aha, hier findet noch eine Mikroevolution statt. Das ist sehr detailliert.

Wann werden die varianten-spezifischen PCR-Tests in Luxemburg eingesetzt?

Wir evaluieren. In Frankreich wird das schon gemacht und da gibt es einen bestimmten Test, der da im Moment genutzt wird. Wir haben automatisierte Plattformen mit zwei Typen von Tests, die wir parallel evaluieren. Und es ist auch wichtig, dass man nicht plötzlich eine Plattform komplett neu erfindet, sondern Versuche macht und testet. Robust und verlässlich. Und das läuft im Moment. Und natürlich müssen wir warten, bis der Test formal auf den Markt kommt. Ich hoffe, dass wir bis Mitte März loslegen können.

Wie groß ist das Volumen bei den neuen Tests dann?

Die Idee ist, dass jeder PCR am LNS dann varianten-spezifisch läuft. Das ist die Ambition.

Geben die varianten-spezifischen Tests bei allen Varianten auch ein positives oder negatives Resultat?

Ja, bei Sars-CoV-2 schlägt er immer an. Und dann sagt er auch: Es ist die britische Variante. Oder es handelt sich entweder um die südafrikanische oder die brasilianische Variante.

In der nächsten Testgeneration – die ist in Vorbereitung – dann die britische oder die südafrikanische oder die brasilianische. Und ich wäre nicht überrascht, wenn sich das dann weiterentwickelt.

Kommt das nicht zu spät?

Nein, das würde ich nicht sagen. Es wäre natürlich immer schön, wenn es mit einem Fingerschnipp da wäre, aber so ist es nicht. Ich glaube – um für das LNS zu sprechen –, das Team in der Mikrobiologie ist wirklich sehr reaktiv.

Das LNS hat in seinem „Revilux“-Newsletter dienstags über die virologische Situation in Luxemburg berichtet. Das hat sich jetzt – wo es akut wurde – schlagartig geändert. In der vergangenen Woche kam gar kein Newsletter. Woran liegt das?

Es geht mehr um die Koordination des Informationsflusses. Es ist ja nicht so, als ob das Gesundheitsministerium nicht den Verlauf von Infektionen, Anzahl von positiven Fällen und so weiter kommuniziert hätte, das ist ja durchgehend passiert. Um was es geht, ist wirklich allen die Möglichkeit zu geben, diese Datensätze zu koordinieren. Es geht um die richtige Zeitrasterung dazu. Revilux wird es weiter geben.

Computerprogramm aus Luxemburg erkennt Überschwemmungen weltweit

TECHNIK Spin-off des Forschungsinstitutes LIST gegründet

Yves Greis

Mit Satellitenbildern und einem von ihnen entwickelten Computerprogramm können Forscher des LIST Überschwemmungen weltweit überwachen. Ein neugegründetes Unternehmen soll die Technologie nun vermarkten.

An Satelliten, die die Erde beobachten, mangelt es nicht. Ganze Schwärme von ihnen umkreisen den Globus und machen hochauflösende Aufnahmen. „Das Problem ist, dass es oft lange dauert, bis diese Bilder ausgewertet werden und denen zur Verfügung stehen, die etwa im Falle einer Naturkatastrophe schnell Entscheidungen treffen müssen“, sagt Patrick Matgen. Er ist Wissenschaftler am Forschungsinstitut LIST. Ein neues Programm, das er und sein Team entwickelt haben, schafft Abhilfe. „Wir haben in den letzten Jahren am LIST eine Software entwickelt, die es erlaubt, diese Daten ganz schnell auszuwerten und Überschwemmungskarten zu erstellen“, so Matgen weiter.

Die Satelliten-Daten liefern zum Beispiel die Sentinel-1-Satelliten der europäischen Weltraumagentur ESA. Dabei handelt es sich um Radarbilder. Die Sentinel-Satelliten sind Teil der Copernicus-Mission der Europäischen Kommission und der ESA. Ihre Bilder sind frei verfügbar. „Radar-satelliten haben den Vorteil, dass sie unabhängig von der Bewölkung und der Tageszeit Aufnahmen von der Erdoberfläche machen können“, sagt Matgen. „Damit sind sie eine zuverlässige Datenquelle, anders als optische Satelliten, die nur Fotos liefern können, wenn keine Wolken vorhanden sind, was gerade im Falle von Hochwasser eher selten der Fall ist.“

Die Satelliten kartieren mit ihren Radaren die Erde im Schnitt alle zwei bis drei Tage komplett.

„Mit unserem Programm identifizieren wir ganz schnell, wo sich seit der letzten Aufnahme etwas auf der Erdoberfläche verändert hat.“ Der Forscher zeigt Bilder, die während der Monsunzeit von einer Region in Myanmar gemacht worden sind. Darauf ist deutlich ein dunkel dargestelltes Gebiet zu erkennen, das von einer Aufnahme zur nächsten angewachsen ist.

Ein Novum

Vor wenigen Jahren noch war es nicht möglich, die Erde so systematisch nach Überflutungen abzusuchen. Mithilfe des neuen Programmes ist es jetzt möglich, alle Satellitenbilder systematisch zu durchsuchen. „Das bedeutet, dass wir nicht mehr darauf warten müssen, dass der Zivilschutz eine Notsituation erkennt, Satellitenbilder anfragt und diese dann ausgewertet werden“, erklärt Matgen die Vorteile des Programmes. Noch vor ein paar Jahren hätte es Tage gedauert, bis auf diese Weise eine Karte zustande gekommen wäre. In einem Notfall viel zu lang. „Auf diese Art und Weise können wir nun alle paar Tage ein Update über die Überschwemmungen machen – und zwar global.“ Ein Novum.

Warum aber braucht es dafür Satelliten? Hochwasser ist schließlich auch von der Erde aus beobachtbar. Die Analyse der Satellitenbilder sei dennoch nützlich, sagt Matgen. Die Informationen, die die Forscher daraus ziehen, werden in Modelle zur Vorhersage von Hochwasser eingespeist. So können dann zum Beispiel Bilder der Vogesen dazu beitragen, eine Überschwemmung an der Mosel in Luxemburg besser vorherzusagen.

„In Südostasien gibt es Gegenden, in denen es fünf bis sechs Monate lang Überschwemmungen

gibt. Dort verändert sich die Ausdehnung der Überschwemmung tagtäglich“. Satelliten erlauben es besser als Messungen auf der Erdoberfläche, sich alle zwei Tage einen Überblick über das wahre Ausmaß solcher Überschwemmungen zu machen, so Matgen weiter.

Um das Programm in der Praxis anwenden zu können, hat LIST sich Partner gesucht. Zusammen mit FadeOut Software aus Italien und RSS-Hydro aus Düdelingen haben sie das Unternehmen WASDI gegründet. „LIST trägt seine neue Software zu der neuen Firma bei“, so Matgen. Die privaten Partner des LIST beschaffen die Satelliten-Daten und stellen die enormen Rechenkapazitäten zur Verfügung, die gebraucht werden, um die vielen Satellitenbilder, die jeden Tag gemacht werden, auszuwerten. „Als LIST geht es uns darum, die Technologie zu entwickeln. Für die operationelle Anwendung suchen wir uns Partner, wie in diesem Fall FadeOut Software und RSS-Hydro, um eine Dienstleistung oder ein Produkt daraus zu entwickeln.“ Derzeit arbeiten LIST und WASDI noch eng zusammen, um das Produkt zu optimieren und weiterzuentwickeln. Langfristig soll die Firma auf eigenen Füßen stehen, was laut Matgen eine punktuelle Zusammenarbeit allerdings nicht ausschließen soll. Matgen sind keine anderen Projekte bekannt, die momentan eine globale Überwachung von Überschwemmungen anbieten. Die Konkurrenz allerdings schläft nicht. „Deshalb ist es wichtig, dass wir auch in Zukunft mit der Spin-off zusammenarbeiten, um anderen immer einen Schritt voraus zu sein.“ Eine Herausforderung seien Städte. Auf Radarbildern ist Wasser in den Straßen zwischen hohen Gebäuden nicht gut erkennbar, erklärt Matgen. „Hierfür brauchen wir einen anspruchsvolleren Algorithmus.“ Die Arbeiten an einem derart ver-

besserten Algorithmus seien vor Kurzem abgeschlossen worden. An seiner Vermarktung wird noch gearbeitet.

Katastrophenmanagement

Die neue Firma hat bereits zwei große Kunden: die Weltbank und das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen. Die Weltbank wollte den Versicherungssektor in Südostasien ein Mittel an die Hand geben, um besser mit Naturkatastrophen umgehen zu können. Dazu werden die Überschwemmungskarten mit Karten gekoppelt, die die Bevölkerungsdichte anzeigen. Dieser Auftrag

war die Initialzündung für die Gründung eines Spin-offs. Das Welternährungsprogramm hingegen nutzt die Dienstleistung aus Luxemburg für ihr Katastrophenmanagement. Mit den Überschwemmungskarten kann zum Beispiel festgestellt werden, wo die landwirtschaftliche Produktion über einen längeren Zeitraum beeinträchtigt war. Dort kann dann mit Nahrungsmitteln ausgeholfen werden.

Nicht immer sind die Projekte von Matgen und seinem Team derart global. In einem anderen Projekt kollaboriert das Team mit dem „Institut viti-vinicole“ aus Remich. Bei dieser Zusammenarbeit absolvieren Drohnen Flüge

in den Weinbergen, um die Rebstöcke zu untersuchen. So können erste Anzeichen von Krankheiten festgestellt und den Winzern mitgeteilt werden, damit diese reagieren können. Auch Wälder ließen sich mit Drohnen und Satelliten überwachen.

Das Luxembourg Institute of Science and Technology (LIST) ist eine öffentliche Einrichtung, die im Bereich der Naturwissenschaften und Technik forscht. Öffentliche Aufmerksamkeit erhielt das LIST im letzten Jahr dadurch, dass es Rückstände des Coronavirus in Luxemburgs Kläranlagen aufspürt und überwacht.

Europas Aufholjagd

Die EU-Initiative „EuroHPC“ baut vom Hauptsitz in Cloche d'Or aus ein Netz von Superrechnern auf

Von Thomas Klein

Im Rennen um die schnellsten Rechner der Welt ist Europa in den letzten Jahren gegenüber China und den USA immer weiter ins Hintertreffen geraten. Die Liste der leistungsstärksten Supercomputer wird zuverlässig von amerikanischen und asiatischen Einrichtungen dominiert. Das soll sich nun ändern. Die Europäische Union hat sich vorgenommen, mit eigenen Rechnern bald in die Spitzengruppe der Hochleistungscomputer (HPC) vorzustoßen. Luxemburg wird bei diesem Aufholprozess eine zentrale Rolle spielen. Denn EuroHPC, die gemeinsame Initiative der EU-Staaten, die ein konkurrenzfähiges Netzwerk von Supercomputern aufbauen will, hat im September des vergangenen Jahres ihr Hauptquartier in Cloche d'Or bezogen. An der Spitze der Organisation steht seit dem Herbst 2020 Anders Dam Jensen. Der Däne hat großes mit EuroHPC vor. Noch in diesem Jahr sollen planmäßig sieben neue Großrechner an verschiedenen Standorten ans Netz gehen, darunter auch der Luxemburger Supercomputer MeluXina in Bissen, der mit einer Rechenleistung von zehn Petaflops (zehn Milliarden Rechenoperationen in der Sekunde) zu den 30 schnellsten Rechnern der Welt gehören wird. „Es ist nach wie vor unser Plan, dass die Rechner alle noch 2021 operationell sein sollen. Aber es ist kein Geheimnis, dass Covid uns in die Quere kam und nun möglicherweise unseren Zeitplan durcheinanderbringt“, sagt Jensen. MeluXina soll aber planmäßig noch im ersten Quartal den Betrieb aufnehmen. Wenn die sieben Computer erst mal einsatzbereit sind, sollen die unterschiedlichen Standorte verbunden werden und sich gegenseitig bei Bedarf Rechenkapazität „leihen“ können.

2021 wird in mehrfacher Hinsicht ein entscheidendes Jahr für EuroHPC werden, sagt Jensen. Nicht nur soll die neue Generation europäischer Superrechner ans

Netz gehen, in den kommenden Monaten wird auch von der Europäischen Kommission das Budget für die nächste Projektperiode von sieben Jahren festgelegt werden. Bereits für die Aufbauphase 2020/2021 hatte Jensen aus dem Vollen schöpfen können. „In diesem Zeitraum hatten wir ein Budget von 1,1 Milliarden Euro. Für die kommende Periode erwarten wir ein Budget von etwa acht Milliarden Euro“, sagt er.

Stetige Weiterentwicklung

Bisher beschäftigt EuroHPC in Cloche d'Or zwölf Mitarbeiter, bis Anfang März sollen zwei weitere hinzukommen. „Wenn wir dann unser Budget und die weiteren Projektziele für die nächste Periode haben, werden wir weiter rekrutieren“, erklärt Jensen. Zu den Hauptaufgaben der Luxemburger Zentrale wird es gehören, die Arbeit der verteilten Supercomputer zu koordinieren und die Rechenzeiten nach bestimmten Prioritäten zu verteilen. Aber damit Europa sich tatsächlich irgendwann in der Spitzengruppe des Supercomputings wiederfinden kann, muss die Initiative auch die Weiterentwicklung der Technologie vorantreiben. EuroHPC werde sich zum Beispiel sehr intensiv mit Quantum Computing befassen, erklärt Jensen. Dabei handelt es sich um die nächste Generation von Rechnern, die auf Gesetzen der Quantenmechanik beruhen und bei bestimmten Rechenoperationen die Leistungsfähigkeit selbst der schnellsten Hochleistungscomputer in den Schatten stellen. „Wir werden auch in der neuen Projektphase weiter massiv in neue Anlagen investieren. Daneben wird ein großer Teil unserer Arbeit der Frage gewidmet sein, wie wir in Forschung und Industrie das Bewusstsein für und das Wissen über HPC erweitern können. Unter anderem soll der Aufbau eines speziellen Masterprogramms für HPC gefördert werden“, sagt er. „Die Grundidee ist, dass grundsätzlich jedes europä-

sche Projekt zu uns kommen und sich darum bewerben kann, Zugang zu unseren Rechenkapazitäten zu erhalten.“

Denn an der Spitze der leistungsfähigsten Supercomputer zu stehen, ist nicht nur eine Frage des Renommees, sondern eine wirtschaftliche Notwendigkeit: Spitzenforschung findet zunehmend nicht mehr nur in Laboren statt, sondern indem hochkomplexe digitale Modelle der Wirklichkeit erstellt werden, die nur noch auf Hochleistungsrechnern laufen können. Beispielsweise testete ein Forschungskonsortium innerhalb kürzester Zeit mithilfe von HPC über 70 Milliarden Wirkstoff-Moleküle auf eine mögliche Wirksamkeit gegen Covid-19.

Unterstützung von Unternehmen

Die Rechenzeit der Anlagen werde in erster Linie wissenschaftlichen Projekten gewidmet sein, sagt Jensen. „Aber gerade die EU legt auch besonderen Wert drauf, dass die Rechenleistung auch der Privatwirtschaft und insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen zur Verfügung steht“, erklärt er. „Nur wenige Unternehmen können es sich leisten, sich eine solche Maschine anzuschaffen. Hinzu kommt, dass sie nur manchmal Bedarf für HPC haben. Daher macht es absolut Sinn, dass als eine gemeinsame Ressource zu entwickeln, auf die die europäischen Unternehmen bei Bedarf zurückgreifen können.“ Dabei wolle man aber nicht mit privaten Anbieter wie Google oder Amazon konkurrieren, sondern einen Service anbieten, den es so auf dem Markt nicht gibt. Die Besonderheit des Modells von EuroHPC ist, dass die Kunden die Rechenzeit nicht als reine Dienstleistung einkaufen, sondern eine direktere Kontrolle über die Maschine ausüben können. „Beim Umgang mit den Supercomputern muss allerdings die Programmierung genau an die Spezifikationen der Maschine angepasst werden.

Aus diesem Grund geht es für uns nicht nur darum, den Zugang zu den Rechnern zu ermöglichen, sondern auch die Nutzer bei der Entwicklung ihrer spezifischen Anwendungen zu unterstützen“, sagt er.

Daher gehört es zum Grundkonzept von EuroHPC, dass zusammen mit den Rechenzentren europaweit ein Netzwerk von sogenannten Kompetenzcenter entsteht, wo Experten für HPC und Modellierungen dabei helfen, die Projekte umzusetzen. „Die Idee ist, dass irgendwann ein Wissenschaftler oder jemand aus der Entwicklungsabteilung eines Unternehmens zu seinem regionalen Kompetenzcenter geht, sein Problem schildert und dann an das auf sein Projekt genau passende Rechenzentrum in unserem Netzwerk vermittelt wird“, so Jensen.

Ob die Bemühungen reichen, um die Chinesen und Amerikaner einzuholen, ist noch nicht sicher, weil auch sie massiv in die Technologie investieren. „Aber der Vorsprung wird auf jeden Fall kleiner werden“, ist Jensen sicher. „Der nächste Berg, den wir besteigen wollen, ist der Bau einer Exascale-Maschine (Anm. der Red.: eine Trillion Rechenoperationen in der Sekunde). Die könnte dann in etwa 2024 oder 2025 einsatzbereit sein“, hofft er. Während derzeit auch die Hardware und die Mikrochips für die Anlagen fast ausschließlich in Asien hergestellt werden, träumt Jensen davon, den Großrechner der nächsten Generation größtenteils mit europäischen Komponenten zu bauen. Das europäische Netzwerk von Supercomputern soll helfen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen.

Der Vorsprung der Anderen wird kleiner werden.

Anders Dam Jensen, EuroHPC

Das Ende einer Odyssee

Der Präsident der Shoah-Stiftung, François Moysse, zum Abkommen zwischen der jüdischen Gemeinde und dem Staat

Interview: Dani Schumacher

Nach langen Verhandlungen hat der Staat sich Ende Januar mit der jüdischen Gemeinschaft auf ein Abkommen verständigt, in dem die noch offenen Fragen im Zusammenhang mit der Zwangsenteignung der Juden durch die Nazis während der Besatzungszeit geregelt werden. Der Vorsitzende der Fondation luxembourgeoise pour la mémoire de la Shoah, François Moysse, erklärt, weshalb die Vereinbarung für die jüdische Gemeinde so wichtig ist.

François Moysse, bei der Unterzeichnung des Abkommens haben beide Seiten von einer historischen Vereinbarung gesprochen. Weshalb?

Dass das Abkommen erst mehr als 75 Jahre nach Kriegsende zustande kam, zeigt, wie schwierig der Weg zu einer Einigung war. Es setzt einen Strich unter eine fast 20-jährige Diskussion. Es ist auch deshalb historisch, weil nun auch ausländische und staatenlose Juden entschädigt werden können. Damit wurde eine lange existierende Ungerechtigkeit anerkannt. Am 10. Mai 1940 lebten etwa 4 000 Juden in Luxemburg, drei Viertel davon waren ausländische Juden. Es sind weniger als 100 Überlebende, die nun erstmalig ein Anrecht auf Entschädigung haben.

Wie wird die Entschädigung in der Praxis vonstatten gehen?

Das Abkommen sieht vor, dass die World Jewish Restitution Organisation (WJRO) und deren Tochterorganisation, die Claims Conference, sich um die praktische Umsetzung kümmern werden. Die mit dem Staat vereinbarte Summe wird integral an die Claims Conference überwiesen. Sie wird die Entschädigungsansprüche prüfen und die Gelder auch ausbezahlen. Wir werden die Anträge, die an uns gerichtet werden, daher an die Claims Conference weiterleiten.

Wieso hat es so lange gedauert, bis endlich eine Einigung gefunden wurde?

Diese Frage wird immer wieder gestellt. Ich habe den Eindruck, dass es eine gewisse Angst gab,

dass wir einige Leute für das, was passiert ist, in die Verantwortung nehmen könnten. Für die Enteignungen sind die Nazis verantwortlich. Es war nie unsere Absicht, mit dem Finger auf wen auch immer zu zeigen. Wir wollten nur, dass die Ungerechtigkeit, dass nicht-luxemburgische Juden bislang nicht entschädigt wurden, offiziell anerkannt wird. Die Zwangsenteignungen sind nicht im luftleeren Raum passiert, sie haben sich auf luxemburgischen Boden zugetragen und müssen daher von den luxemburgischen Autoritäten und von der Gesellschaft anerkannt werden. Die Anerkennung war offensichtlich keine Selbstverständlichkeit, es gab Tabus.

Welche Tabus sind das?

Eine Minderheit wurde verfolgt, dem muss man sich stellen. Diese Minderheit wurde in der nationalen Geschichtsschreibung sehr lange nicht anerkannt. In der Nachkriegszeit wurde unterschieden zwischen Luxemburger Juden und Nicht-Luxemburger Juden. Wir haben stets betont, dass es nur eine jüdische Gemeinschaft gibt, unabhängig von der Staatszugehörigkeit. Es hat lange gedauert, bis sich diese Denkweise durchsetzen konnte. Es war ein sehr langwieriger Prozess.

Hat es nicht auch am erforderlichen politischen Willen gefehlt?

Es gab zwar den politischen Willen, um zu analysieren, was passiert war. Es hat aber lange gedauert, bis endlich mutige Maßnahmen folgten. In den letzten Jahren gab es viele positive Schritte, doch die volle Anerkennung, die globale Lösung, die in dem Abkommen nun festgehalten wurde, kam erst jetzt. Dazu brauchte es offensichtlich einen noch größeren politischen Willen und noch mehr Mut.

Haben Sie mit dem Abkommen das Ziel erreicht, auf das Sie jahrelang hingearbeitet haben, oder bleiben noch Forderungen unerfüllt?

Als Luxemburg 2019-2020 den Vorsitz der International Holo-

caust Remembrance Alliance (IHRA) inne hatte, geriet das Land in den Fokus der Weltöffentlichkeit. Natürlich wurde die Frage aufgeworfen, wie Luxemburg mit der Erinnerung umgeht. Allgemein wurde festgestellt, dass Luxemburg zwar viel getan hat, dass es bei den Zwangsenteignungen aber noch Defizite gab. Ein sehr wichtiges Kapitel hat also gefehlt. In dem Abkommen steht, dass durch die Vereinbarung alle Fragen nun beantwortet sind, das heißt, die jüdische Gemeinschaft hat eine kollektive Antwort auf alle noch offenen Fragen erhalten.

Die Vereinbarung sieht eine Entschädigungssumme von einer Million Euro vor. Reicht das?

Es handelt sich um einen symbolischen Betrag. Es gibt nur noch sehr wenige Überlebende. Schätzungen zufolge würden die Zwangsenteignungen heute etwa einer Summe von mehreren hundert Millionen Euro entsprechen. Eine genaue Berechnung ist kaum noch möglich. Der Prozess wäre so unendlich schwierig und langwierig, dass wir uns für eine symbolische finanzielle Wiedergutmachung entschieden haben. Uns ist es vor allem wichtig, dass die aktive Erinnerung an die kommenden Generationen weitergegeben wird.

Sind die vorgesehenen Mittel für die Shoah-Stiftung und die Forschung ausreichend?

Es geht nicht um eine absolute Summe. Es geht darum, was man mit den Geldern macht und mit wem man es macht. Die Stiftung wird für die Dauer von 30 Jahren unterstützt, das entspricht einer ganzen Generation. Sie kann nun dem Wunsch der jüdischen Gemeinschaft nachkommen und als kollektiver Vertreter derjenigen auftreten, die gestorben sind, die verfolgt und enteignet wurden. Ohne die finanziellen Mittel wäre uns dies nicht möglich. Die Forschung ist ungeheuer wichtig. Wir befinden uns nämlich in der Übergangsphase von der Erinnerung der wenigen Überlebenden hin zur Geschichte. Die Forschung kann sich mit individuellen Schicksalen oder ganzen Familien

beschäftigen. Sie muss sich aber auch mit dem Mechanismus beschäftigen, der hinter den Enteignungen stand. Es gibt viele Bereiche, die nie richtig erforscht wurden. Eine systematische Erforschung, wie es dazu kommen konnte, hat es bislang nicht gegeben. Es gibt noch Archive, die immer noch nicht systematisch aufgearbeitet wurden. Bei der historischen Forschung kommt der Universität eine zentrale Rolle zu, denn die Arbeit muss in völliger Unabhängigkeit stattfinden können.

Ist die Shoah-Stiftung so aufgestellt, dass sie den Aufgaben gerecht werden kann?

Die Stiftung spielt eine zentrale Rolle. Wir haben aber keinen festen Mitarbeiterstab, nur einen permanenten Sekretär. Wir verstehen uns als Initiator und als Koordinator und arbeiten mit anderen Partnern zusammen. Wir werden Projekte in verschiedenen Bereichen unterstützen, etwa im Bildungsbereich. Wir können auch Aktivitäten von Organisationen wie dem Comité Auschwitz oder den Témoins de la Deuxième Génération unterstützen. Das gilt auch für individuelle Initiativen, etwa Ausstellungen oder Konferenzen. Unser oberstes Ziel ist es, die Geschichte der Luxemburger Juden in der allgemeinen Geschichtsschreibung zu verankern. Wir wollen, dass sie Eingang in die Geschichtsbücher in den Schulen findet.

Bei der historischen Auseinandersetzung mit dem Zweiten Weltkrieg standen die Resistenz und die Zwangsrekrutierten lange im Mittelpunkt. Ist dies ein Grund, weshalb die Geschichte der Juden in der offiziellen Geschichtsschreibung bislang zu kurz gekommen ist?

Die beiden Geschichten sind parallel verlaufen, das macht das Ganze so schwierig. Die Juden wurden ab dem 10. Mai 1940 verfolgt, enteignet und durch die Nürnberger Rassengesetze nach und nach ganz aus der Gesellschaft verdrängt. Sie wurden zunächst aus dem Land vertrieben und dann deportiert. Der erste Transport fand im Oktober 1941 statt, der letzte im Juni 1943. Das bedeutet, dass es fast keine Juden mehr in Luxemburg gab, als die Resistenz nach dem Generalstreik 1942 richtig Fahrt aufnahm. Das Schicksal der Juden wurde da-

durch gewissermaßen überlagert, ihre Geschichte nach dem Krieg vernachlässigt. Problematisch ist in dem Kontext, dass das Gesetz von 1950 zu den Dommages de guerre ausschließlich Entschädigungen für luxemburgische Staatsbürger vorsah. Ob das so gewollt war oder nicht, lässt sich heute nicht mehr genau sagen. Das Resultat aber war, dass durch diese Entscheidung drei Viertel der Juden von sämtlichen Entschädigungen ausgeschlossen wurden. Bei dem Gesetz von 1967 zu den Kriegsrenten blieben die Juden ganz außen vor, sie wurden nicht als Victimes du Nazisme anerkannt. Das Beispiel zeigt, dass das Schicksal der Juden damals noch nicht Bestandteil der Luxemburger Geschichte war. Die Geschichtsschreibung war zu einseitig.

Wie ist es in Luxemburg um den Antisemitismus bestellt?

Wir sind natürlich besorgt, denn der Antisemitismus nimmt weltweit wieder zu. Vor allem in den sozialen Netzwerken tauchen immer wieder antisemitische Aussagen auf, aber nicht nur dort. Es geht aber nicht nur gegen die Juden, der so genannte Hate speech nimmt generell zu. Die Toleranz gegenüber den Minderheiten wird wieder kleiner. In Luxemburg gibt es bis jetzt zum Glück keinen wirklich schlimmen Antisemitismus. Im Gegensatz zu anderen Ländern

gibt es keine physische Gewalt. Wir müssen aber wachsam bleiben. Die Hemmungen, die es früher als Lehre aus der Geschichte

gab, scheinen nicht mehr richtig zu funktionieren. Und das ist genau die Botschaft der Shoah-Stiftung: Achtung, der Antisemitismus kann zu jeder Zeit wieder aufflammen. Deshalb ist ein nationaler Plan gegen den Antisemitismus, so wie es die EU-Kommission vorschreibt, wirklich wichtig.

Laut dem Abkommen soll sich die Shoah-Stiftung auch um das historische jüdische Kulturerbe kümmern. Worum geht es?

Der Staat wird das Anwesen in Fünfbrunnen kaufen und dort eine Bildungsstätte für die Shoah einrichten. Die Stiftung ist eng in die Ausarbeitung des Projekts eingebunden. Das ist uns sehr wichtig, weil das Kloster der einzige richtige Erinnerungsort in Luxemburg darstellt. Bei dem Kulturerbe geht es nicht um die Erinnerung an die Shoah. Der Beitrag, den die Juden vor und nach dem Krieg zur Gesellschaft geleistet haben, soll sichtbar gemacht werden, damit er als integraler Bestandteil des nationalen Erbes verstanden wird. Leider gibt es nur noch wenige architektonische Zeichen des jüdischen Lebens. In Ettelbrück gibt es die frühere Synagoge. Ein anderes Beispiel sind jüdische Gräber und Friedhöfe, an deren Erhalt oder Instandsetzung sich die Shoah-Stiftung beteiligen wird.

Wie geht es mit den sogenannten „comptes dormants“ weiter?

Eine Arbeitsgruppe wird noch einmal sämtliche Bankkonten mit

jüdischem Vermögen untersuchen. Es soll auch untersucht werden, wie die Liste mit den Konten überhaupt zustande kam. Das gleiche gilt für noch Versicherungen, bei denen es keine Erben mehr gibt. Die Stiftung arbeitet mit dem Staat, der WJRO und natürlich mit den Banken und den Versicherungsgesellschaften zusammen. Die Gelder, die ja nicht den Banken gehören, sollen in die Shoah-Stiftung fließen.

Die Frage um die „comptes dormants“ steht seit der Veröffentlichung des Berichts zur Entzignung der Juden im Jahr 2009 im Raum. Wieso zieht sich das Ganze so lange hin?

Ein derartiges Vorhaben kann nur umgesetzt werden, wenn die Regierung den nötigen Rahmen schafft. In Luxemburg spielt nach wie vor das Bankgeheimnis. Es braucht also ein Umfeld, das es ermöglicht, die Arbeit vollständig und in Einklang mit allen Gesetzes durchzuführen. Und um das Vorhaben umzusetzen, braucht es den nötigen politischen Willen. Der ist jetzt da und wird durch das Abkommen untermauert. Wie viele Konten es noch gibt und wie Gelder blockiert sind, ist schwer zu sagen. Wenn die Arbeitsgruppe ihre Arbeit abgeschlossen hat, muss auch analysiert werden, weshalb es – nach aktuellem Kenntnisstand – nur noch wenige Konten gibt. Eine stichfeste Erklärung für die vorliegenden Zahlen gibt es aktuell nicht.

*Die jüdische
Gemeinschaft hat
eine kollektive
Antwort auf alle
noch offenen
Fragen erhalten.
Bei dem Gesetz
von 1967 zu den
Kriegsrenten
blieben die Juden
ganz außen vor,
sie galten nicht als
Victimes du
Nazisme.*

Das Abkommen

Nach langen Verhandlungen haben die Regierung und die jüdische Gemeinschaft am 27. Januar ein Abkommen unterzeichnet, das die noch offenen Fragen im Zusammenhang mit der Zwangsenteignung der Juden durch die Nazis während der Besatzungszeit regelt. Es sieht die Zahlung von einer Million Euro an die Betroffenen beziehungsweise an ihre Nach-

fahren vor. Erstmals werden auch Nicht-Luxemburger Juden berücksichtigt, die in Luxemburg lebten. Die Fondation luxembourgeoise pour la Mémoire de la Shoah wird jährlich mit 120 000 Euro unterstützt, dies für eine Dauer von 30 Jahren. Außerdem kauft der Staat das Kloster Fünfbrunnen in Ulflingen, um dort ein Bildungs- und Gedenkzentrum einzurichten. Ferner wurde ein Budget von zwei Millionen Euro für die wissen-

schaftliche Forschung vereinbart.

Dazu werden drei Arbeitsgruppen eingesetzt, die sich mit den so genannten „comptes dormants“ bei den Banken, den noch existierenden Versicherungen und mit der Raubkunst beschäftigen. Die Ausarbeitung einer nationalen Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus ist ein weiterer Bestandteil der Vereinbarung.

Unser schriftliches Erbe schützen

Archive sind wichtige Träger des kollektiven Gedächtnisses

Von André Bauler

2018 votierte unser Parlament das erste Archivgesetz in der Geschichte des Großherzogtums. Mit diesem Text wurde die legale Basis dafür geschaffen, damit der Staat eine seiner zentralen Aufgaben erfüllen kann, nämlich die Bewahrung und Überlieferung unseres schriftlichen Erbes.

Blicken wir auf andere europäische Länder, so stellen wir fest, dass Luxemburg diesbezüglich im Hintertreffen war. In Frankreich gehen die ersten Texte auf die Revolutionszeit zurück. Das Luxemburger Nationalarchiv hingegen war vor 2018 immer vom guten Willen der öffentlichen Institutionen abhängig.

Das ändert sich nun mit dem neuen Gesetz. Es führt eine Verpflichtung ein, die Dokumente, die als „archives publiques“ definiert sind und die als historisch wertvoll eingestuft wurden, dem Nationalarchiv zu übergeben, wenn ihr administrativer Nutzen nicht mehr gegeben ist. Die unerlaubte Zerstörung solcher Dokumente wird zudem unter Strafe gestellt.

Kollektives Gedächtnis fördern

Vor etwas mehr als zwei Jahren bekam Luxemburg also endlich einen vollständigen gesetzlichen Rahmen, der zum ersten Mal in der Geschichte des Landes definiert, was genau unter „Archiven“ zu verstehen ist, wie lange bestimmte Dokumente unter Verschluss bleiben müssen und wie die ganze Bandbreite der archivischen Arbeit abgedeckt wird. Sicherlich ist dieser Gesetzestext nicht perfekt. Er wird wohl im Laufe der Zeit noch überarbeitet werden. Dennoch stellt er eine solide, kohärente Basis dar, mit deren Hilfe nun systematischer gearbeitet werden kann.

Auch wird mit dem neuen Gesetz jede öffentliche Verwaltung dazu verpflichtet, relevante Dokumente, gerade auch elektronische, zu archivieren. Dies hat natürlich zur Folge, dass die Quantität an zusätzlichen Dokumenten, die jahraus, jahrein hinsichtlich einer Archivierung anfallen, deutlich ansteigt.

Unser Nationalarchiv ist zweifelsohne der Platz, an dem idea-

lerweise alle historisch relevanten Dokumente gesammelt werden. Sie sind ein Informationsspeicher, eine Art Fenster, das man öffnen kann, um in unsere Vergangenheit zu blicken. Denken wir zum Beispiel an die Notaraktan, anhand derer man auf die Suche nach Familienmitgliedern gehen kann, vor allem dann, wenn Akten aus dem Büro des Zivilstands der Gemeinden oder die Pfarrregister nicht mehr weiterhelfen, weil sie durch Krieg oder Feuersbrünste vernichtet wurden.

Ich denke auch an die Feuerstättenverzeichnisse des 17. Jahrhunderts oder an das Kataster von Maria Theresia aus dem Jahre 1766. Eine Vielzahl an unersetzlichen Dokumenten hilft uns, unsere Geschichte aufzuarbeiten und ein präziseres Bild der damaligen Gesellschaft zu zeichnen. Das gilt natürlich auch für die unzähligen Dokumente aus den Weltkriegen und den Nachkriegsjahren.

Archive sind ein wertvoller Quellenschatz für Studenten, Forscher, Literaten und Historiker. Daher muss der freie und unkomplizierte Zugang zu öffentlichen Archiven in einer demokratischen Gesellschaft gewährleistet sein, auch um die Transparenz der öffentlichen Institutionen zu gewährleisten. Besonders hier können Transparenz und Demokratie nicht getrennt voneinander gedacht werden. Der Souverän ist das Volk und dieses hat ein Anrecht auf Einsicht in diesen Schatz.

Endlich ein neues Gebäude

Archive tragen ferner dazu bei, die öffentliche Debatte mit belastbarem Material zu bereichern und zu beleben. Sie fördern in gewisser Hinsicht die Kontrolle des Staates durch die Zivilgesellschaft. Gerade deshalb dürfen die Herausforderungen einer zeitgemäßen und fachgerechten Konservierung nicht unterschätzt werden. Die einzelnen Dokumente müssen in einem guten Zustand erhalten und auch für zukünftige Generationen zugänglich bleiben. All dies bedarf einer fachgerechten Archivierung, eines geschulten Personals sowie der nötigen Räumlichkeiten.

Seit Jahren platzt das Nationalarchiv aus allen Nähten. Der erste Entwurf für ein neues Gebäude in Esch-Belval geht auf 2003 zurück. 2015, als das neue Archivgesetz vorgestellt wurde, ging man davon aus, dass das neue Gebäude 2020 fertiggestellt sein könne. Weit gefehlt. Erst 2024 soll nun ein neues Archiv in der Nähe des Uni-Campus und des Instituts für Zeitgeschichte bezugsfähig sein.

Wer einmal im Gebäude des jetzigen Nationalarchivs war, weiß nur zu gut, wie eng und alt die Räumlichkeiten im Kasernengebäude der ehemaligen Festung Luxemburg sind. Zudem ist das Nationalarchiv seit Jahren auf fünf verschiedene Standorte verteilt. Die gesamte Infrastruktur ist komplett veraltet. Sie wird den Ansprüchen des neuen Archivgesetzes keineswegs gerecht, das auch verlangt, dass Archivare zeitgemäß und fachgerecht arbeiten können. Die steigende Zahl an Dokumenten erfordert in der Tat eine moderne Infrastruktur, die eine adäquate Lagerung und professionelle Forschung erlaubt.

Zusätzliches Personal vonnöten

Spricht man von Archivierung, so geht es um mehr als um die bloße Aufbewahrung und Sicherung von Dokumenten. Letztere müssen fachgerecht behandelt werden, also für die Konservierung bestens vorbereitet sein.

Für diese Arbeit sind Fachleute gefragt, die gut ausgebildet sind. Ein beachtlicher Teil der Bestände im Nationalarchiv konnte wegen Personalmangels noch nicht aufgearbeitet werden. Dies behindert die Forschungsarbeit von Historikern, Studenten und anderen Interessierten beträchtlich. Dabei muss man auch in Betracht ziehen, dass die gesetzlichen Sperrfristen voraussetzen, zunächst eine Analyse der Dokumente durchzuführen, bevor diese zu Forschungszwecken freigegeben werden können. Nicht alles, was in Kisten und Aktenordnern aufbewahrt wird, kann sofort freigegeben werden. Deshalb stellt sich die Frage der Rekrutierung von zusätzlichem Personal umso mehr.

Nachdem das Parlament also

ein Archivgesetz votiert sowie die notwendigen Summen bezüglich der Errichtung der Gebäude eines neuen Nationalarchivs bewilligt hat, ist es nun an der Zeit, die Problematik der Einstellung von geeignetem Personal anzugehen, insbesondere die Rekrutierung und die Ausbildung von Archivaren. Das erfordert Geld und Zeit, zumal geschulte Archivare und etwaige Hilfskräfte nicht einfach so aus dem Hut gezaubert werden können. Daher lohnt es sich, über neue Ausbildungswege nachzudenken, besonders auch hierzulande: zum Beispiel im Rahmen des nationalen Instituts für öffentliche Verwaltung.

Gemeinden in der Pflicht

Obwohl die Gemeinden nicht dazu verpflichtet sind, die Bestimmungen des neuen Archivgesetzes zu respektieren, können sie, wenn sie möchten, einen Kooperationsvertrag mit dem Staat abschließen. Verweigern sie sich einer Zusammenarbeit, müssen sie in allen Fällen eine Anfrage an das Nationalarchiv richten, wenn sie Dokumente zu zerstören beabsichtigen.

Mittlerweile gehen aber immer mehr Gemeinden mit gutem Beispiel voran und engagieren sich für die fachgerechte Aufbewahrung relevanter Dokumente, die mit der lokalen und regionalen Geschichte verbunden sind. Das ist äußerst lobenswert. Verschiedene Kommunen haben sogar eine eigene Archivkommission eingesetzt, die sich mit der Aufarbeitung von schriftlichen Dokumenten befasst. Dass man dabei nicht nur auf das Gutdünken und Wohlwollen von Freiwilligen zählen kann, versteht sich von selbst. Um wirksam arbeiten zu können, bedarf es der Hilfe von Spezialisten, Archivaren und Historikern, die sich intensiv mit der Materie befassen. Das Nationalarchiv ist immer bereit, Hilfe zu leisten. So hat die Gemeinde Mertzig kürzlich einen „contrat de dépôt“ mit dem Nationalarchiv abgeschlossen.

Verschiedene Kommunen verfügen zudem über hauptamtliche Mitarbeiter, die das lokale Archiv verwalten. Die Stadt Luxemburg ist natürlich einer der achtbaren

Wegweiser, da sie seit Jahrzehnten über ein weit gefächertes Archiv verfügt, das hierzulande seinesgleichen sucht.

Wirksamer sensibilisieren

Alles in allem gilt es sowohl die Bevölkerung als auch die Privatwirtschaft, Vereine und andere Organisationen intensiver und gezielter für die Bewahrung unse-

res schriftlichen Erbes zu sensibilisieren. Auf diese Weise kann für die Geschichtsforschung relevantes Material gesammelt, ausgewertet und aufgearbeitet werden, damit spätere Generationen über ein genaueres, möglichst detailliertes Bild über die Entwicklung unserer Gesellschaft verfügen. Dies ist nicht immer ein leichtes, dafür aber ein

umso lohnenswerteres Unterfangen. Denn wer seine Wurzeln nicht kennt, meinte schon Stefan Zweig, kennt keinen Halt.

Wer einmal im Gebäude des jetzigen Nationalarchivs war, weiß nur zu gut, wie

eng und alt die Räumlichkeiten im Kasernengebäude der ehemaligen Festung Luxemburg sind.

Der Autor ist DP-Abgeordneter und war 2011 Berichterstatter zum Archivgesetz.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

TOURISMUS UND GASTRONOMIE

Gezielte Beihilfen für Gastronomiebetriebe und junge Unternehmen

COVID-19 Gesamtsumme der möglichen Hilfe um 50 Prozent erhöht

Tom Haas

Luxemburg verlängert die Beihilfen für Unternehmen, die durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie wirtschaftliche Schäden davongetragen haben. Das kündigte Mittelstandsminister Delles am Montag bei einer Pressekonferenz an. Besonderes Augenmerk gilt dabei den Betrieben des Horeca-Sektors, aber auch den jungen Unternehmen. Die Gesamtsumme der Förderungen wurde überdies nochmals erhöht.

„Die Covid-19-Pandemie trifft viele Bereiche unserer Wirtschaft immer noch stark“, sagt Mittelstandsminister Lex Delles (DP). Deshalb habe die Regierung entschieden, das Regime an Hilfspaketen bis Juni zu verlängern: Stichtag für die Beantragung von Wirtschaftsförderungsbeihilfe („Aide relance“) ist nun der 15. Mai, Stichtag für die Hilfe für ungedeckte Kosten („Aide frais non-couverts“) der 15. September. An diesen beiden Instrumenten hat das Wirtschaftsministerium nun auch Anpassungen vorgenommen und die zugesprochenen Summen erhöht. Die EU-Kommission in Brüssel hatte vor 14 Tagen grünes Licht für die Erhöhung gegeben. Beide Hilfen sind nicht rückzahlbar, können aber auch nicht kumuliert werden.

Delles betont, dass sein Ministerium im dauerhaften Austausch mit den Berufsverbänden stehe. Insbesondere die Gastronomie, aber auch die Unternehmen aus dem Eventbereich seien weiterhin von Schließungen und Einschränkungen schwer betroffen. Aus diesem Grund werden rückwirkend ab Februar die Einnahmen von Restaurants, welche diese aus

dem Außerhausverkauf erzielen (Take-away und Lieferdienst), nicht mehr zur Berechnung der Hilfen herangezogen – bis zu einer Gesamtsumme von 25 Prozent des Umsatzes, welches der Betrieb im selben Monat im Jahr 2019 erzielt hat. Wenn also ein Restaurant im Februar 2019 einen Umsatz von 100.000 Euro erzielt hat und im Februar 2021 durch den Außerhausverkauf einen Umsatz von 26.000 Euro, werden nur 1.000 Euro davon als Einnahmen gezählt.

Ungedeckte Kosten können bis zu 100 Prozent zurückerstattet werden

Um in den Genuss der Wirtschaftsförderungsbeihilfe zu kommen, müssen Betriebe wenigstens einen Umsatzverlust von 25 Prozent verzeichnen können. Im Rahmen dieses Hilfspakets erhält der Betrieb einen Zuschuss von 1.250 Euro pro Mitarbeiter und Monat, der keine Kurzarbeit in Anspruch genommen hat. Mitarbeiter in Kurzarbeit werden mit 250 Euro pro Monat gefördert. Der Betrag ist auf 800.000 Euro oder 85 Prozent des Umsatzverlustes des jeweiligen Monats gedeckelt.

Größere Anpassungen gab es im Rahmen der Beihilfe für ungedeckte Kosten: Betriebe, die mindestens 40 Prozent Verlust zu verzeichnen haben, können diese Beihilfe beantragen. In den Monaten, in denen die Betriebe von Schließungen betroffen waren, werden ihnen 100 Prozent der Verluste zurückerstattet – eine Obergrenze gibt es allerdings freilich. So können Mikrobetriebe mit bis zu neun Mitarbeitern maximal 30.000

Euro erhalten, Firmen, die zwischen zehn und 49 Mitarbeiter beschäftigen, stehen höchstens 150.000 Euro zu und bei Betrieben mit mehr als 50 Mitarbeitern liegt die maximale Förderhöhe bei 300.000 Euro – pro Monat, versteht sich. Die maximalen Summen wurden demnach um 50 Prozent erhöht.

Eine weitere Änderung betrifft junge Unternehmen: Wer seine Firma nach dem 1. Januar 2020 gegründet hatte, hatte bislang das Nachsehen, da das Ministerium die Umsätze aus 2019 zum Vergleich heranzog. Ab 2021 gilt nun ein gemittelter Durchschnittswert des Umsatzes aus 2020 als Bemessungsgrundlage. Das heißt: Wer beispielsweise im Juni 2020 eine Firma gegründet hat, bei dem wird der Durchschnitt der Umsätze von Juni bis Dezember zur Berechnung der Hilfeleistung herangezogen.

Die Verlängerung des Hilfsregimes gilt vorerst für drei Monate, also bis zum Juni 2021 inbegriffen. Delles unterstrich, dass die Regierung sich dieses Zeitfenster gäbe, um die Wirkung der Hilfen evaluieren und im Zweifel danach noch Anpassungen vornehmen zu können. Der Mittelstandsminister rief auch dazu auf, die Anfragen um Beihilfe über guichet.lu zu stellen – das Ministerium können nur Hilfe leisten, wenn die Gelder auch beantragt wurden. Im Rahmen einer Informationskampagne soll das House of Entrepreneurship auch Unternehmer bei der Erfüllung der Formalitäten unterstützen, ebenso will das Wirtschaftsministerium Webinare zu dem Thema anbieten. Bislang, so Delles, seien bereits über 300 Millionen Euro an Beihilfen ausbezahlt worden.



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

VERSCHIEDENES

Britische Variante ist dominant

Paulette Lenert appelliert: „Jeder muss sich an die Hygieneregeln halten

Von Annette Welsch

„Die britische Virusvariante bereitet uns Sorgen, sie beschleunigt das Infektionsgeschehen.“ Mit diesen Worten mahnte Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP) gestern angesichts der in einer Woche von 165 auf über 200 gestiegenen Sieben-Tage-Inzidenz an täglichen Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner zur Vorsicht: „Wir behalten die Situation nur im Griff, wenn jeder sich an die Regeln hält und das Testen sowie die Quarantäne einhält.“ Es werde oft vergessen, dass in einer Quarantäne nach sechs Tagen ein negativer Test verlangt wird, ehe sie aufgehoben wird. „Das Virus verbreitet sich weiter, auch wenn man keine Symptome hat.“

Man wisse mittlerweile durch repräsentatives Sequenzieren von zwölf Prozent der positiven Tests, dass die britische Variante in der sechsten Kalenderwoche 57 Prozent davon ausmache. „Es hat uns erschreckt, wie schnell dadurch die Inzidenz bei den Kindern zwischen Null und 14 Jahren in die Höhe schnellte“, sagte Lenert. Durch das Homeschooling sei sie zwar wieder stark um 24 Prozent ge-

sunken, dafür legten die Zahlen in der Altersgruppe der Eltern (30 bis 44 Jahre) zu. „In den Familien ist das Virus noch präsent.“

AstraZeneca hoch effizient

Im Vergleich mit den Nachbarländern liegt Luxemburg bei den Neuinfektionen knapp unterhalb von Frankreich und über den Niederlanden, Belgien und Deutschland, wobei die Testanzahl weiterhin unerreicht hoch ist. Die Positivitätsrate ist deswegen vergleichsweise gering. Bei den Sterbezahlen liegt das Großherzogtum im Mittelfeld, steht aber gut da bei der Zahl der Patienten auf einer Intensivstation. Am Mittwoch beschloss die Regierung, dass ab nächster Woche vom AstraZeneca-Vakzin nur noch die Hälfte der zweiten Dosen zurückgehalten wird: 75 Prozent der ankommenden Dosen werden direkt verimpft. „Es ist ein kleines Risiko dabei, weil wir nie sicher wissen, ob es mit den versprochenen Lieferungen auch klappt. Aber angesichts der neuen Varianten wollen wir den Schutz erhöhen, denn wir wissen, dass schon nach einer ersten Impfdosis eine Reihe an Fata-

litäten verhindert werden kann.“

Mittlerweile gingen auch Briefe an die Personen, die die erste AstraZeneca-Dosis erhielten, mit einem nach hinten verschobenen zweiten Impftermin heraus. Sie sorgen derzeit für Verwirrung. „Das zweite Datum für die Zweitimpfung ist das richtige, der zweite Brief ersetzt den ersten“, präzisierte Lenert.

Es wurde auch nochmals eine Lanze für den Impfstoff von AstraZeneca gebrochen: „Es ist ein hoch effizienter Impfstoff, um schwere Krankheitsverläufe zu vermeiden, das zeigt auch eine neue schottische Studie. Es gibt Nebenwirkungen, ja, sie sind aber nicht so dramatisch, wie in einzelnen Fällen berichtet wird“, betonte Gesundheitsdirektor Jean-Claude Schmit.

Vielversprechende Schnelltests

Viel Hoffnung setzt die Gesundheitsministerin nun in die neuen Schnelltests, die vor allem in den Schulen und bei den Grenzgängern zur Anwendung kommen sollen. „Sie können richtige Gamechanger sein, wir nehmen es aber sehr ernst, dass das Material auch

gut ist“, betonte sie. Schmit ergänzte: „Der Abstrich soll so einfach wie möglich sein. Manche Speicheltests und Nasaltests, die aber nicht tief in der Nase gemacht werden müssen, sind vielversprechend.“

Sieben Speichel-Schnelltests, die ähnlich wie Schwangerschaftstests nach 15 Minuten ein Ergebnis anzeigen und zwei Speichel-PCR-Tests, die im Labor ausgewertet werden müssen, werden derzeit im Staatslabor evaluiert und getestet. Mit dem Ziel zu schauen, ob sie es von ihrer Sensitivität her wert sind, dass die Regierung sie kauft. Zwei PCR-Tests versprechen, zu 100 Prozent angeben zu können, ob eine der drei Haupt-Virusvarianten vorliegt.

- *Es gibt*
- *Nebenwirkungen, sie sind aber nicht so dramatisch, wie in einzelnen Fällen berichtet wird.*

Dr. Jean-Claude Schmit

Britische Variante in 57,6 Prozent der Infektionen

SEQUENZIERUNGEN „Santé“ veröffentlicht „repräsentative Daten“ aus der Woche vom 8. bis 14. Februar

Tobias Senzig

Die britische Virusvariante hat sich offenbar in Luxemburg durchgesetzt. Laut einem Bericht des Gesundheitsministeriums machte „B.1.1.7“ in der Woche vom 8. bis zum 14. Februar 57,6 Prozent der Neuinfektionen aus. Der Wert beruhe auf „repräsentativen Ergebnissen“, schreibt die „Santé“.

Das Gesundheitsministerium hat am Mittwoch „repräsentative Ergebnisse“ über die Verteilung der unterschiedlichen Coronavirus-Varianten in Luxemburg veröffentlicht. Demnach gingen 57,6 Prozent der Neuinfektionen in der Woche vom 8. bis zum 14. Februar auf die britische Variante B.1.1.7 zurück, 4,5 Prozent auf die südafrikanische Variante B.1.351.

Um „repräsentative Ergebnisse“ für die gesamte Bevölkerung zu liefern, hat das Luxemburger Gesundheitslabor LNS 132 Coronatests aus der Woche vom 8. bis zum 14. Februar (KW 6) sequenziert und auf die unterschiedlichen Varianten untersucht. Das sind laut Gesundheitsministerium zwölf Prozent der Neuinfektionen. B.1.1.7 wurde

in 76 der für die repräsentative Untersuchung herangezogenen Coronatests detektiert, B.1.351 in sechs. In keinem Test aus der KW 6 wurden „Fälle der brasilianischen Variante (P.1 oder P.2)“ gefunden.

13,7% mehr Neuinfektionen vergangene Woche

Das Gesundheitsministerium hat in seiner Wochenretrospektive auch Bilanz über die vergangene Woche gezogen – also die Woche vom 15. bis zum 21. Februar. Für diesen Zeitraum liegen vom LNS noch keine Ergebnisse hinsichtlich der Virusvarianten vor. Die Zahl der Neuinfektionen ist in der vergangenen Woche aber wieder gestiegen. Laut Gesundheitsministerium wurden insgesamt 1.249 neue Fälle in Luxemburg registriert, d.h. 13,7 Prozent mehr als in der Vorwoche (1.099 Fälle). Die Fälle sind zudem bei weniger Tests entdeckt worden: In der vergangenen Woche wurden insgesamt 60.717 Tests gemacht, fast 10.000 weniger als in der Woche zuvor.

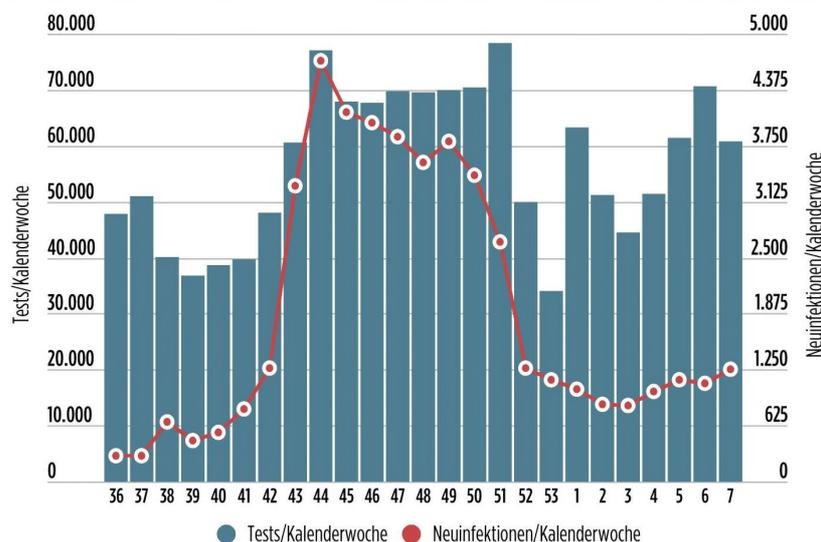
Das schlägt sich auch auf die Positivrate nieder – also

den Anteil der Tests, die positiv ausfallen. Die stieg in der vergangenen Woche auf 4,1 Prozent, in der Vorwoche waren es noch 3,1 Prozent. „Anzumerken ist, dass die Positivitätsrate bei Tests auf Rezept – bei Personen mit Symptomen – mit 5,7 Prozent im Vergleich zu 3,5 Prozent in der Vorwoche deutlich gestiegen ist“, ergänzt das Gesundheitsministerium in seiner Wochenbilanz. Insgesamt wurden in der vergangenen Woche 16 neue Todesfälle verzeichnet, in der Vorwoche waren es elf. „Das Durchschnittsalter der Gestorbenen liegt bei 80 Jahren“, schreibt das Ministerium.

In der Woche vom 15. bis 21. Februar wurden in Luxemburg insgesamt 8.092 Impfdosen verabreicht: 6.004 Personen erhielten eine erste Dosis und 2.088 Personen bereits die zweite. „Bis Ende März 2021 sollen 69.887 Personen geimpft sein“, schreibt das Gesundheitsministerium. Das sind 13,8 Prozent der erwachsenen Bevölkerung, wie aus Daten von Eurostat hervorgeht.

Tests und positive Fälle pro Woche in Luxemburg

Grafik: Tobias Senzig - Quelle: Santé - Stand: 24. Februar 2021



Mutationen könnten zu neuer Welle führen

TASKFORCE Vorkommen der Mutanten kann derzeit nur grob abgeschätzt werden

Frank Goebel

Die Ansteckungszahlen in Luxemburg waren zwar lange im Fallen, aber dann wurde daraus erst eine Seitwärtsbewegung – die jetzt offenbar in einen neuen Anstieg der Zahlen übergeht. Schuld daran dürften die Mutationen sein, die sich leichter verbreiten. Selbst bei Beibehaltung der geltenden Regeln sehen die Forscher von der „Task Force Research Luxembourg“ das Land vor einer neuen Welle, die im Mai ihren Höhepunkt haben könnte. Allerdings fehlen auch noch wichtige Daten zum neuen Alphantrieb im Virus-Rudel.

Das Infektionsgeschehen der vergangenen Wochen in Luxemburg war für Beobachter nicht ganz leicht zu interpretieren: Nach dem bisherigen Höhepunkt der Fallzahlen Anfang November ging es zunächst in mehreren Etappen klar und deutlich abwärts. Allerdings verlangsamte sich diese Abwärtsbewegung immer mehr, bis sie, etwa ab Anfang Februar, zur Stagnation der Zahlen wurde.

Bald schon könnte aus dieser „Seitwärtsbewegung“ aber wieder eine klare und deutliche Steigerung werden – und damit die nächste lokale Welle der Pandemie entstehen. Das befürchtet jedenfalls Dr. Alexander Skupin, unter dessen Leitung die „Research Luxembourg Covid-19 Task Force“ regelmäßig den voraussichtlichen weiteren Verlauf der Fallzahlen darstellt.

Der neueste Report legt durchaus erneute Besorgnis nahe, denn dort heißt es: „Die Entwicklung in der aktuellen Woche zeigt, dass sich die Dynamik der Epidemie immer noch auf einem volatilen Niveau befindet, mit Potenzial für einen epidemischen Rebound.“ Und dieses Ansteigen (Rebound) muss derzeit ernsthaft befürchtet werden – wegen des Einflusses von Virusvarianten, die stärker ansteckend sind als bisher in Luxemburg umgehende Versionen.

Ohne deren Vorkommen wäre

von einem zwar langsamen, aber doch stetigen Rückgang der Fallzahlen auszugehen, schreiben die Forscher. Das nicht unwesentliche Problem: In dieser Modellrechnung ist die leichtere Übertragbarkeit von Virus-Mutationen wie B.1.1.7 gar nicht berücksichtigt. „Man geht aber derzeit von einer 30 bis 40 Prozent höheren Übertragbarkeit aus“, erklärt Skupin gegenüber dem *Tageblatt*.

Skupin und sein Team haben die Projektion aktualisiert – unter der Annahme, dass Ende Januar 16 Prozent aller in Luxemburg umlaufenden Coronaviren von der „britischen“ Variante B.1.1.7 seien und dass diese 37 Prozent ansteckender sei als die bisher vorherrschende Variante. Diese Daten könnten ein besseres Fundament bekommen als die derzeitigen Schätzungen. Die entstehende Projektion ist aber so eindeutig wie alarmierend. Die Infektionszahlen nähern sich für Anfang Mai wieder 500 Fällen pro Tag – was übrigens noch nicht einmal der Worst Case ist. Eine andere Ausführung der bereits Anfang Februar erstellten Projektion kam sogar auf weit mehr als 600 Fälle pro Tag – dann wurde allerdings eine „dreiprozentige Abnahme der sozialen Interaktionen“ eingerechnet. Schließlich waren beispielsweise die Schulen in Luxemburg kurzzeitig geschlossen, bevor die Karnevalsferien einsetzten. „Die daraus folgende Projektion gibt auch besser wieder, was wir in den vergangenen zwei Wochen in der Realität beobachtet haben“, sagt Skupin. Von einem Anstieg der Fallzahlen sei jetzt jedenfalls wohl auszugehen: „Vermutlich hatten wir wohl vor zwei bis drei Wochen einen Wendepunkt in der Dynamik.“

Doch auch die „mildere“ Projektion bedeutet immer noch einen starken Anstieg der Fallzahlen – selbst dann, wenn die bisherigen Maßnahmen im Großen und Ganzen beibehalten

werden. Müssen jetzt also neue, strengere her?

Unsichere Zahlen, laxer Umgang mit Regeln

„Wenn wir alle uns an die bestehenden Maßnahmen halten würden, hätten wir das Problem nicht“, schätzt der Datenanalytiker und Biophysiker. Sinnvoller als die Einführung komplett neuer Maßnahmen sei es wohl, „den Teil der Gesellschaft zu erreichen, der momentan die Regeln sehr lax auslegt“. Insgesamt könne es sinnvoll sein, „die Schrauben zu finden, die es der Bevölkerung leichter machen, sich an die bestehenden Regeln zu halten“.

Auffallend: Mehrfach wird in der Studie erklärt, dass „derzeit keine repräsentativen Daten über die Prävalenz der ansteckenderen UK-Virus-Variante verfügbar“ seien. Dabei prüft Luxemburg durchaus viele positive Proben auf die genau vorliegende Variante: Während das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) empfiehlt, wenigstens zehn Prozent aller positiv getesteten Proben entsprechend zu analysieren, seien es in Luxemburg sogar 30 Prozent, bei denen das so gemacht wird, erklärt Skupin. Das liege daran, dass die sequenzierten Proben nicht rein zufällig ausgesucht werden, sondern etwa aus der näheren Untersuchung eines Clusters stammen können, womit ein „Bias“, also eine statistische Verzerrung einträte. „Wir hoffen, dass nächste Woche repräsentative Daten kommen“, erklärt Skupin auf Anfrage des *Tageblatt*.

Denn, so heißt es im Report: Das fehlende Wissen um die reale Häufung der gefürchteten Mutationen führt dazu, dass „die Einschätzung der Zahlen mit einer hohen Unsicherheit behaftet“ ist.

Weitere Welle befürchtet

Experten schätzen aktuelle Situation als „volatil“ ein

Luxemburg. Forscher aus dem Großherzogtum sehen ein konkretes Risiko für eine vierte Infektionswelle mit dem Corona-Virus. Das geht aus dem neuesten Bericht der Covid-19 Task Force an die Regierung hervor. Trotz der Schulferien und der vorangegangenen Homeschooling-Woche sei die Zahl

der täglichen Neuinfektionen nicht zurückgegangen – im Gegenteil.

Die Situation sei „volatil“ und es bestehe das Potenzial für einen Wiederanstieg der Fallzahlen, ähnlich wie im vergangenen November.

Höhepunkt im Mai

Verantwortlich dafür ist unter anderem die neue Virusvariante, die zuerst in Großbritannien entdeckt worden war und sich nun auch im Großherzogtum verbreitet. Diese sei 30 bis 40 Prozent ansteckender als andere Varianten des Erregers.

In den vergangenen sieben Tagen ist die Zahl der Infizierten pro 100 000 Einwohner wieder auf rund 190 gestiegen. Laut der Prognose der Task Force auf Basis der aktuellen Daten könnten die Infek-

tionszahlen in den kommenden Wochen kontinuierlich ansteigen. Im Mai könnte dann ein neuer Höhepunkt erreicht werden.

Die Reduzierung physischer Kontakte und die Einhaltung der Hygieneregeln sowie die Teilnahme am Large-Scale-Testing seien weiter die drei wichtigsten Gebote der Stunde, so die Forscher in ihrer Analyse. *jt*



GROSSHERZOGTUM LUXEMBURG
Botschaft in Deutschland

ZAHLEN UND FAKTEN

150 Einbrüche aufgeklärt

Grenzüberschreitende Polizeiarbeit führt zur Festnahme von fünf Tatverdächtigen

Luxemburg. Bereits 2014 konnten Einbruchsspezialisten der Polizei Dutzende Taten in der Region einer Tätergruppe zuordnen. Und das nicht ohne Grund: Die Einbrecher unterschieden sich dadurch von anderen Banden, dass sie zum Öffnen von Fenstern und Türen stets Gegenstände benutzten, die sie vor Ort fanden. Dieser Anfangsverdacht wurde zudem durch andere Ermittlungsergebnisse und Zeugenaussagen bestätigt und führte letztlich zur Festnahme von fünf Tatverdächtigen. Sieben Jahre brauchte es letztlich, um der Täter habhaft zu werden, denen insgesamt 150 Taten in Luxemburg, Deutschland, Frankreich und Österreich vorgeworfen werden.

2014 begann die Serie zunächst in der Gegend von Trier, wie das dortige Polizeipräsidium nun in einer Pressemeldung schreibt. Zu-

nächst in Trier, dann im Landkreis Trier Saarburg und schließlich auch in Ortschaften entlang der deutsch-luxemburgischen Grenze.

Dabei hatten die Einbrecher es stets auf Bargeld und Wertgegenstände abgesehen. Das Polizeipräsidium Trier spricht von einer Schadenssumme im sechsstelligen Bereich.

2017 verlagerte die Tätergruppe ihren Aktionsradius schließlich ins Saarland, wo dann auch gegen die Bande ermittelt wurde.

Jahrelange Zusammenarbeit zwischen den Ermittlern aus Luxemburg und dem Saarland habe dann zunächst dazu geführt, dass die wiederkehrende Präsenz von zwei Tatverdächtigen festgestellt wurde, die jedoch zu dem Zeitpunkt noch nicht identifiziert werden konnten.

Der entscheidende Durchbruch erfolgte dann Anfang 2020, als vier Verdächtige im Alter zwischen 20 und 28 Jahren verhaftet werden konnten. Ein fünfter Mann, ein 43-Jähriger, konnte im Oktober 2020 festgenommen werden, als er versuchte, von Bosnien nach Kroatien einzureisen. Er wurde Ende Dezember den deutschen Behörden überstellt.

Bereits zu diesem Zeitpunkt waren an 58 Tatorten gesicherte Spuren ihm zugeordnet worden. Die Ermittlungen wurden nach seiner Inhaftierung aber weitergeführt und sind nun abgeschlossen.

Seine vier Komplizen waren bereits zuvor zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden – nicht nur wegen Taten in Deutschland und Luxemburg, sondern auch wegen Einbrüchen in Frankreich und in Österreich. *str*